

Saarheimatbilder

Illustrierte Monatsbeilage
zum
Saar = Freund



Nummer 3 / 3. Jahrgang



Berlin, 15. März 1927

Lenzweben der Heimat.

Von H. Scheith.

Schneeglöckchen.

Erstes, zages Vorlenzregen liegt wie heimlich-süßes Glück über dem sonnigen Jungfebruar-Sonntag. Ein Himmel, blau mit weißgrauen Wolkensballen, wie nur die ahnungs-frohen Sonnenstunden der Tage ihn haben, die auf der Scheide zwischen Winter und Lenz stehen, lugt herab zu der fahlen Erde. Feines Knospengesprenkel überschießt schon das Gartengeheck. Und drüben über den Saatenspreiten schimmert ein matter Hauch von keimendem Lenzgrün. Sonntäglich still liegen die Dörfchen im Tal.

Hindurch trägt mich der hastende Zug, hinaus aus dem ewig ruhelosen Getriebe der Großstadt. Zu dem stillen Frieden des Heimatdörfchens drüben im Waldlande des Warndt geht meine Fahrt. Freude steht mir im Auge, wie ich hinauschaue in das weite Land. Und ein heimliches Lächeln ist auf meinen Lippen um das, was mir das Herz bewegt. Heim will ich, heim, hin zu dem liebtrauten Garten beim Vaterhaus dort und schauen, ob — die Schneeglöckchen schon blühen . . .

Mit die herzigsten Blumenkinder sind sie mir, die schlich-



Vorfrühling im Tieftal. Post-Wenz, Saarbrücken.

ten Glöckchen mit dem zarten Weiß und Grün ihres Mantels und dem Gold der Klöpplein drin, wie sie auf den feinen, nickenden Stengeln aufreden aus der grauen Erde und verschüchtert dastehen, noch bedrückt von Kälte und Schnee. Zartgliedrige Elfen sind es mit feinen Silberflügeln, die wie schlaftrunken die Köpfe heben und hinauslauschen nach zagem Vorlenzweben und erstem Verkenlaut, und erschrecken dann zusammenlauern, wenn rauher Windhauch über die Beete fährt; Herolde auch, die ihr liches Banner mit den Farben der Hoffnung und der sieghaften Freude wehen lassen, und nach leidgrauen Wintertagen wieder Glauben und Vertrauen dem Menschenherzen wecken an einen neuen Lenz mit lichten, warmen Sonnenstrahlen und jungem Werden.

Zu den beglückendsten meiner Jugenderinnerungen aus dem Naturleben der Heimat gehört die an das Schneeglöckchenbeet, wie es sich in breiter Borte vor Vaters Bienenhaus im Schulgarten daheim hinstreckte. Für den Winter war es mit Laub und Tannenzweig schützend überdeckt. Und wenn dann in milden Wintern zu Ende Januar und Anfang



Blick durch Blüten auf die Ludwigskirche Saarbrücken.

Phot. Aug. Rupp.

Februar unter dem Braunlaub die ersten Spitzen des Blümleins aufsproßten, war selige Erwartung in uns, die Tag um Tag harrend dort stand, bis die ersten weißen Glöckchen auf ihren Stengeln nickten und wir jubelnd es Vater und Mutter kündeten: die Schneeglöckchen blühen! Tannengezweig und Laub wurden dann behutsam entfernt, daß die junge Lenzsonne ihre zarten Kinder kosen und entfalten konnte. Drohten kalte Nächte mit Frost und Schnee, so überdeckten wir sorglich das Beet wieder mit schützendem Geäst. Und wie freuten wir uns, wenn ein besonders warmer Sonnentag die hervorgelockten Biennen aus Vaters Bienenstöcken um die weißen Glöckchen summen und suchend an ihren grünfilbernen Mäntelchen hängen ließ! —

Schneeglöckchen der Heimat zu schauen und zu pflücken, will ich heute wieder hinüber ins stille Dörflein dort beim Waldessaum. So, wie ich es nun schon dreißig Jahre halte, seitdem es mich für immer hinaustrug aus dem Vaterhaus ins Leben. Wie ich es hielt seitdem, Jahr um Jahr an einem sonnigen Jungfebruar-Sonntag . . .

Frühlingwärts.

Will nicht die Amsel schlagen?
Es geht doch frühlingwärts.
Nach goldenen Sonnentagen
sehnt sich mein junges Herz.

In Nächten jäh' ich zu lauschen,
ob nicht der Sturmwind geht,
mit jubelndem Siegesrauschen
des Winters Leid verweht.

Die Amsel will nicht singen. —
Doch — warum zagst du, Herz?
Aus Nacht und Not wir dringen
doch einmal frühlingwärts.

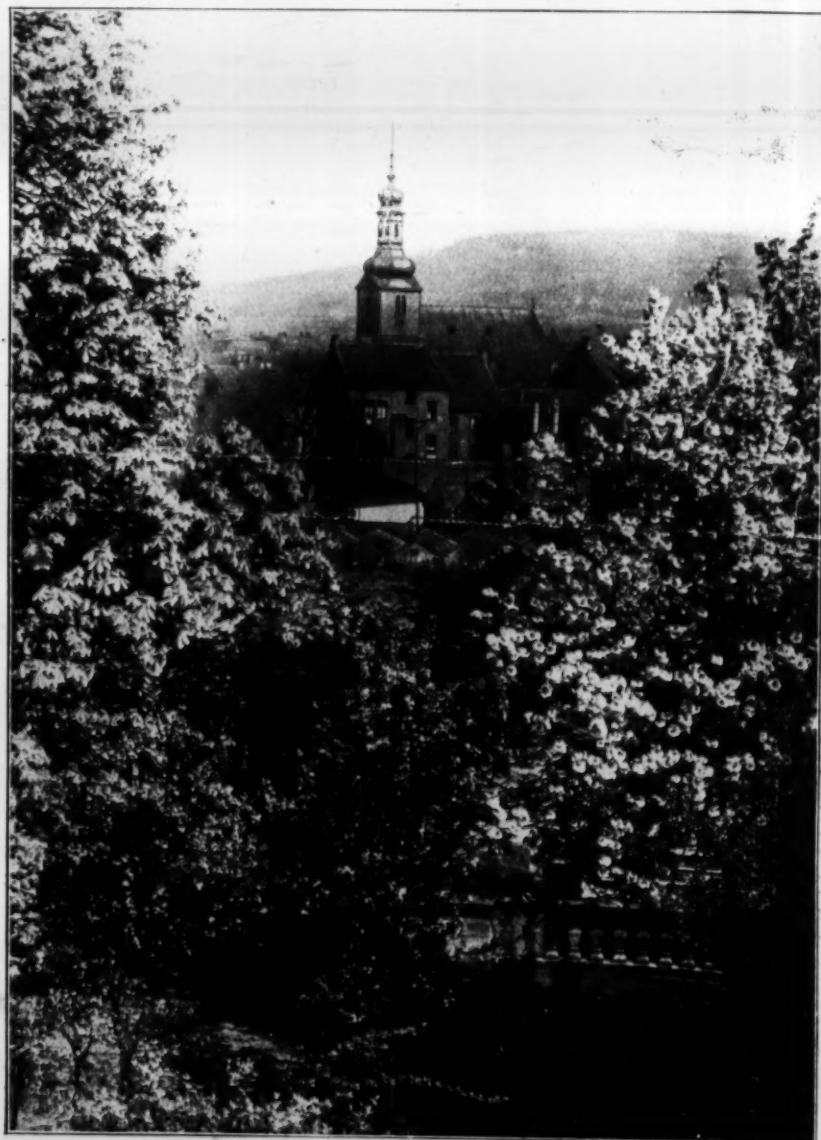
Am Frühlingsbach.

Vorlenz! Rein blaut der Himmel über dem grauen Land. Weiße Wölkchen segeln droben dahin, gesäumt vom Goldglanz der sinkenden Sonne. Weiches Abendträumen webt um den jungen Birken Schlag, darüber warm ein Hauch von werdendem Leben liegt. Und die Waldwasser sind

wach, rieseln und rinnen geschäftig und raunen sich Heimliches zu. Lauschen auch hinüber, wo im Tannenzwiesel schüchtern und zaghaft die erste Amsel nach dem halbvergesenen Liede sucht.

Klingend drängt sich das Waldwasser in die enge Laufrinne. Ein Holzsteg führt hinüber. Dort beugen sich zwei Menschenkinder hinab zu dem Waldbach. Gabelhölzer haben sie geschnitten am knospenden Salweidenbusch und ein Mühlrad gezimmert mit eingenabter Welle und vier Radspeichen, daran zierliche, weiße Schaukeln sitzen. Ihr „Mühlchen“ bauen sie in den klingenden Waldbach ein. Gerade, wie sie als Kinder taten daheim am blanken Kieselbach im Wiesengrund. Hei, wie das Mühlchen nun lustig sich dreht! So wie damals daheim, als in den hellen Augen der Jubel glücklicher Kinderherzen stand.

Still hocken die zwei auf dem Holzgeländer am Steg. Das spielende Mühlrad schauen sie und wie die Wolken eilen. Sehen auch, wie der Lenzhimmel so weit ist und so blau, die Segelwölkchen so weiß und das Sonnengold so licht und warm — auch, wie die duftigen Abendschatten sanft schon Ried und Hau umspinnen. Und sie lauschen, wie die Wasser ihr Silberklingen



Phot. Aug. Rupp.

Frühling im alten Schloßgarten von Saarbrücken.

dahin tragen und die Amsel drüben jag von Lenz und Sonne singt. Und fühlen, wie mütterlich gut doch die Natur ist in ihrer geruhigen Treue.

Still sitzen die zwei und sagen kein Wort. In ihren Augen aber steht ein lichter Glanz. Und in ihren Herzen muß ein tiefes Freuen sein, das sinnend hineinträumt in den weichen Lenzabend und in die klingende Erinnerung. Das sorglich aber auch aus Heimweh und Sehnsucht und starkem Frohsinn den zarten Goldschleier der Freude webt um das düstere Gegenwartssein . . .

Lange noch sah ich das lustige Mühlchen dort im Waldwasser stehen, auch, wie andere Menschenkinder dort vorbei kamen. Alle hielten sie inne im Schreiten. In aller Augen war dann ein seltsames, sonniges Leuchten, um aller Mund ein stilles, verstehendes Lächeln um das „Kinder-mühlchen“ im Frühlingsbach.



Ehemalige Drangerie in Bliestal (Saarpfalz). Phot. Wenk, Saarbrücken.

Amsellied am Morgen.

Düstergrau hebt sich der junge Märztag. Dede und trüß liegt das Gartenland am Saum der Großstadt. Kalte Nässe fröstelt auf dem schwarzen Dachwerk der Häuser rings, und leise tropft es von dem kahlen Gezweig der Lindentrone vor meinem Fenster nieder. Schwer und unfroh liegt der blasse Frühdämmer über dem Land. Bedrückend lastet er auf der wachenden, lauschenden Menschenseele.

Da heulen in der Runde die Morgensirenen auf. Unerbittlich und roh, herrisch und befehlend klingt mir ihr Ruf. Herzloses Heischen und Fordern schwingt drin an Menschen und Menschenkraft, sie hinzuzwingen zu harter Tagesfron in die starren, stidigen Industriehallen. Und die Schritte, die dann hundertfach hindröhnen auf dem Steinpflaster der Straße drunten und hinüber zu dem grollenden Hüttenwerk dort am Uferbord, wollen mir bedünken, wie schwer und mechanisch, ohne beschwingtes Frohsinn. Bedrückend, voll heimlichen Leids ist die fahle Morgendämmerstunde, da Licht und Menschenherz noch ringen um Sieg und starkes, frohes Herrschen . . .

In den Fabrikhallen drüben flammt das stechende Licht der elektrischen Lampen auf. Seine Helle umgeistert den Kranz der alten Bäume und das dunkle Gartengeheck um die schmutze, lichte Villa dort. Matt vom Licht umspielt, glänzt das grüne Knospengesprengel auf, das fein schon die Fliederbüsche umschleiert, und das Gold ersten Blühens am kahlen Gezweig der Eytisusbüsche. Dunkel gegen den Lichtschein aber und den fahlgrauen Himmel steht die Silhouette der Schwarzpappel auf dem Rasenbord vor den Werkhallen.

Da — in das harte, eintönige Summen der Motore hinein plötzlich vom Baumwipfel droben ein anderer Laut. Ein Flöten-ton klingt auf, rund, voll und verträumt. Zaghast und unbestimmt zögernd hebt er an und bricht wieder ab. Doch neu schwingt er herüber, schwermütig weich und doch so stark und innig befeelt. Kraftvoller schwellt ihn entschlossene, selige Sangeslust. Zum beglückenden Adagio formt sich die Flötenmelodie. Und steigt auf zur jubelnden Kantate. Versonnenes Träumen, Lust um schwellendes Werden, starke Lebensfreude und junge Liebe, Beseligsein und Glück um siegendes Licht und werdenden Lenzsonnentag schwingen in den Motiven des stropfenreichen Sanges. Und aus Harfenklang leisen Morgenwindes in frischgrünem Tannengeäst, Erdruch lenzharrender Waldgründe und Silberfang froh cinnender Wald-Frühlingswasser baut sich die Melodie auf. Im heimlichen Märchengrund, im herben Duft und wehenden Hauch des deutschen Lenzwaldes nur kann die Heimat des Sanges sein, der in dem Morgenlied der Amsel hinein-geht in die dämmerdüsteren, grauen Großstadtgassen.

Und das zagende Menschenherz dort lauscht, lauscht hinein in das Werden des jungen Tages und den stark hoffnungsfrohen, jubelnden Sang, der es übersteigt. Seine Weise erfüllt die Seele mit unsagbarem Gefühl. Sehnsucht und Heimweh und ein süßes Seligsein durchziehen das Herz. Und ihr Widerstreit löst sich in ein beglückendes Genügen. Tiefste Geheimnisse der Natur und der Menschenseele schwingen ineinander. Und wie der helle Koratellklang des Amselliedes über dem Grau und der ringenden Rot des jungen Tages steht, trägt aus Beten erwachendes Froh-



Kirschblüte im Bliestal.

Phot. Wenk, Saarbrücken.



„Das Blühen will nicht enden.“

Phot. Wenig, Saarbrücken.

Sein das Menschenherz empor über das Jagen der Morgen-
dämmerstunde und hinein in die siegende Freude des jungstarken,
lichthehren Arbeitssonnentages . . .

Schnepfenstrich.

Vom Dämmerhimmel hebt in feinem Ziligran
der Wald sich schimmernd ab im ersten Knospendrängen
und steigt, umspielt vom matten Abendrot, hinan
in violetten Borden an den Hügelhängen. —
Und Abendfrieden geht. Die Drosseln singen fern,
einschlummernd leis verträumt. Nun schweigen ihre Lieder.
Der Nebel steigt vom Sumpf. Der helle Abendstern
zu meinen Füßen spiegelt sich im Wasser wider.
Der kühle Nachtwind in den Eichenkronen wiegt
und rührt ein dürres Blatt . . .

Da horch: Die Nacht durchfliegt
ein leiser Pfiff. — Ihm folgt dreimal, durchdringend,
ein dumpfer Laut, Erfüllung meinem Harren bringend:
Die Schnepfe zieht vorbei . . . Zu weit. — Die zweite drauf
hebt dort sich aus dem Busch. Doch zu dem Waldbaum auf
steigt sie, im Dunkel schwindend. — Kaum daß hingegangen
ein kurzer Augenblick in lauschend freudigem Bangen,
und wieder eine Schnepfe streicht putzend an.
Im Dämmer nur ein dunkler Strich, kommt sie heran.
Verhaltenen Atems an der starken Esche stehend,
hart' ich gebückt. Den rechten Augenblick ersehend,
hebt sich das Rohr. Ein Bliß — waldbab ein Donnerhall:
Die Schnepfe schlägt am Boden auf mit dumpfem Fall.
Im jäh erweckten Echo grollt des Schusses Rollen,
erstirbt dann in der Ferne . . .

Und in friedevollem
Nachtschlummer ruht der Wald. Den zähen Pulverrauch,
der schwer wie eine Wolke steht, bewegt kein Hauch.
Trompetend hallt herüber aus dem düstern Moore
der Ruf der Kraniche, die rasten dort im Rohre. —
Dann alles wieder still . . .

Und wie ich sinnend stehe,
vor meinen Augen plötzlich ich
Vergangenes sehe.
Und durch den sterndurchstrahlten
Frieden tiefer Waldesruh
mit Schmerzdurchhauchtem Vorwurf
drängt es sich herzu:
verrauschte Freude, Leid von längst
vergangenen Dingen
läßt der Erinnerung weichumspinnene
Saiten klingen.
Blaß zieht ein frühverlorener Lebens-
lenz vorbei — —
Und in die Nacht klagt ein verhaltner
Sehnsuchtschrei . . .

(Nach dem Russischen des Grafen
A. Tolstoj.)

Oster-Sonnenland.

Komm, Kind, wir wollen Hand in
Hand
wandern ins blühende Osterland.
Du plauderst dann, wie es dir gefällt,
von deiner sonnigen Herzenswelt. —
Und wenn ich schweige, sei nicht still.

Nur deiner Seele ich lauschen will,
dem tiefen Born, der in dir quillt. — Kind,
nur lauschen und trinken.

So komm geschwind,
gib mir die warme weiche Hand.
So wandern wir ins Osterland.
Du plauderst und singst, wie es dir gefällt.
Und — Sonne und Blühen ist die weite Welt.



Frühlingsbild aus Gräfintal. Phot. Wenig, Saarbrücken.

kapitalisierter Form als Vermögen von 338 Millionen Mark anzuführen, obwohl dieses in der Finanzgeschichte einzig dastehende Verfahren ist dem Versailler Vertrag widerspricht. Die Folge davon war, daß die Bevölkerung mit Steuern überlastet wurde, da der durch dieses vertragswidrige Verfahren entstandene bedeutende Steuerausfall natürlich gedeckt werden mußte.

Im Hinblick auf den am 31. März ablaufenden Kündigungs-termin fragt die „Saarbrücker Zeitung“, ob die Saarregierung die moralische Kraft aufbringen werde, dieses unmoralische Abkommen zu kündigen oder ob es notwendig sei, daß das Deutsche Reich vor dem Haager Schiedsgericht auf Einhaltung des Friedensvertrages in dieser Angelegenheit klage.

Unberechtigte Postkontrolle durch französische Zollbeamte.

Aus Homburg erhält die „Saarbrücker Zeitung“ folgende Zuschrift: In letzter Zeit ist wiederholt beobachtet worden, daß ein französischer Zollbeamter außerhalb der Zollhalle auf Bahnsteig 3 des Bahnhofes Homburg Reisende, ganz besonders Frauen, angehalten und den Paß verlangt hat. Der Zollbeamte wurde am 10. März auf die Unzulässigkeit dieser Maßnahme insofern aufmerksam gemacht. Als man ihm sagte, daß er nicht das Recht hätte, die Pässe nachzusehen, gab der Zollbeamte in einem aufgeregten Tone zur Antwort, daß das den betreffenden Herrn nichts angehe, wenn er wegen Zoll die Pässe nachsehe. Es steht einwandfrei fest, daß es sich in allen Fällen keineswegs um Zollformalitäten gehandelt hat, sondern daß die Reisenden (besonders Frauen), die bereits durch das Zollhaus gegangen waren, sich auf dem Bahnsteig aufhielten, wo dieser Zollbeamte die Pässe verlangte. Unsere Landjäger sind hierauf schon aufmerksam gemacht worden. Es dürfte wohl im öffentlichen Interesse liegen, darauf hinzuweisen, daß französische Zollbeamte mit der Postkontrolle außerhalb des Zollhauses überhaupt nichts zu tun haben, daß das lediglich Sache der Landjäger ist. Wie stellt sich die Regierungskommission zu dem ungesetzlichen Verhalten der Zollbeamten? (In Fällen unberechtigter Postkontrolle weist man die französischen Zollbeamten ruhig, aber bestimmt ab.)

Bundeslied des Saarvereins.*

Was ist's, das uns zusammen
In unserm Bunde schließt,
Was uns mit Feuerflammen
Durch unsre Herzen schließt?
Die Heimat ist, die traute,
Die jedem Mutter war,
Der jemals sie erschaut —
Das schöne Land der Saar!

Die Mutter steht in Trauern,
Die Heimat ist nicht frei,
In dunklen Wettershauern
Sehnt sie das Licht herbei.
Auf, laßt uns retten, schützen
Der Mutter teu'res Haupt,
Daß nicht der Feindes Stürme
Ihr noch das letzte raubt!

Wie Feuer aus der Kohle
Mit hellen Flammen glüht,
Entflammt sich uns zum Wohle
Der Heimat das Gemüt.
Und wie aus hartem Eisen
Ersteht der här't're Stahl,
Wird unser Arm erweisen
Sich stark für's Heimgattal!

Hört es, Ihr lieben Brüder
Dort drüben an der Saar,
Wir machen unsre Lieder
In deutscher Treue wahr!
Wir stehen auf der Schanze
Und ruh'n und rasten nicht,
Bis daß in hellem Glanze
Euch strahlt der Freiheit Licht!

Friedr. Schön.

* Das Lied ist von dem Verfasser auch schon komponiert und kann vorläufig handschriftlich von der Geschäftsstelle des Saarvereins bezogen werden. Später wird das Lied den einzelnen Ortsgruppen gedruckt zur Verfügung stehen.

Kleine Tageschronik.

Erweiterung saarländischer Bahnanlagen.

Bei der letzten verkehrswirtschaftlichen Besprechung bei der Direktion der Saarbahnen wurde von der Verwaltung erklärt: Der Eisenbahnverwaltung werden fortlaufend Wünsche der Kommunalverwaltungen und der Verkehrsorganisation vorgetragen, die sich erstrecken auf die Erstellung von Neubauten an den Kreuzungen der wichtigen Verkehrsstrahlen mit den Eisenbahnlinien und auf die baulichen Erweiterungen von Bahnhofsanlagen. Diesen Wünschen wird die Eisenbahnverwaltung nach Möglichkeit im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Geldmittel nachkommen. So soll z. B. demnächst die Gemeinde Wiebelskirchen einen Bahnhof für den Personenverkehr erhalten.

Als Ersatz für aufzuhebende Planübergänge soll in Altkirch eine neue Straßenunterführung und auf der Straße Böllingen-Bous eine Begeüberführung hergestellt werden.

Die Frage der Erweiterung von Bahnhofsanlagen, welche in absehbarer Zeit den Erfordernissen des Verkehrs nicht mehr genügen, befindet sich bei der Eisenbahndirektion in fortlaufendem Stadium. Es sind Erweiterungsprojekte in Bearbeitung für den Bahnhof Saarbrücken-Burbach, Böllingen, Dillingen, Burbach, Saarbrücken, Rangierbahnhof; Projekte, die zurzeit nicht spruchreif sind und die eines sorgfältigen Studiums unter Heranziehung der interessierten Verwaltungen und Verbände bedürfen. Der Bau des neuen Hauptpostamtes an der Trierer Straße in Saarbrücken wird auch auf dem Hauptbahnhof Saarbrücken bauliche Ergänzungen verlangen, die zurzeit projektiert werden.

Ein von der Verkehrswelt seit längeren Jahren gefordertes Bauwerk wird voraussichtlich bald in Angriff genommen werden, nämlich die Überführung der Provinzialstraße Brebach-Saargemünd über die Anschlussleiste der Halbergerhütte in Brebach, unter Beseitigung der außerordentlich lästigen und gefährlichen Kreuzung. Das Projekt wird in den nächsten Tagen zur landespolizeilichen Prüfung gestellt und von der Halbergerhütte finanziert.

Begünstigt der in Vorschlag gebrachten Neubauten an den Kreuzungspunkten von Straßen und Eisenbahnen wurde vor einiger Zeit eine Untersuchung angestellt über die Kosten, welche aufzubringen wären, wenn alle derartigen Eisenbahnbrücken und Planübergänge im Zuge von verkehrswichtigen Straßen die gewünschten baulichen Änderungen erfahren würden. Es sind dabei etwa 70 Bauobjekte mit einem Gesamtkostenaufwand von 58 Millionen Franken herausgekommen. An eine Verwirklichung aller dieser Projekte ist naturgemäß nicht zu denken.

*

Saarbrücken. In der Intendantenfrage ist insofern eine Lösung gefunden worden, als der Bürgermeister den Stadtverordneten den Vorschlag unterbreitete, den Vertrag mit Herrn Stuhra nicht mehr zu verlängern, sondern ihm eine einmalige Abfindungssumme in Höhe von 5000 M. anzubieten. Mit der Nichtverlängerung des Vertrages des Intendanten Stuhra haben sich sämtliche Parteien des Stadtverordnetenkollegiums einverstanden erklärt, während für die Abfindungssumme nur die bürgerlichen Parteien eingetreten sind. — Der heldenhafte Verteidiger Deutsch-Drahtas, General von Lettow-Vorbeck, stattete in den ersten Märztagen dem Saargebiet einen Besuch ab. Zunächst suchte er seine Geburtsstadt Saarlouis auf. Zu seinem Eintreffen waren in den Straßen vielfach Fahnen aufgesteckt worden. Im Saarlouiser Saalbau hielt der General an einem Tage zweimal hintereinander einen Vortrag. Beide Male war der Saal überfüllt. Bürgermeister Dr. Kay hieß den General im Namen der Stadt willkommen, als den Jubelruf des deutschen Soldaten und des deutschen Weibes. In einer Erwidierungsansprache mahnte der General zur Einigkeit, da nur in der Einigkeit das deutsche Volk stark sei. Er wünschte Stadt und Land baldige Rückkehr zum großen deutschen Vaterland. Auch in Saarbrücken gestaltete sich der Vortrag des Generals von Lettow-Vorbeck zu einer eindrucksvollen Kundgebung für den General und für das deutsche Vaterland. — Das in Brebach gedruckte Organ der Deutschnationalen Volkspartei des Saargebiets, „Die deutsche Saargeitung“, stellt mit dem 1. April sein Erscheinen ein.

Als mutmaßlicher Mörder der am 3. Juli v. J. in Mergig in ihrer elterlichen Wohnung ermordeten 33 Jahre alten unverheirateten Elise Becker und der im Februar 1925 auf dem Reppersberg ermordeten Dora Kobel, ist der Mechaniker Joseph Köpp aus Duisburg verhaftet und in das hiesige Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. — Ein seltenes Mißgeschick hatte eine junge Pollin aus dem lothringischen Industrierweiler. Am Vortage ihrer Hochzeit reiste sie über die deutsche Grenze nach Saarbrücken, um dort für die Hochzeitsfeier Zigarren und Zigaretten einzukaufen. Sie wollte ihre Waren wieder nach Frankreich hinüberschmuggeln, ließ sich erwischen und ins Gefängnis stecken, da sie nicht die nötigen Mittel zur Bezahlung der Zollstrafe bei sich hatte. Die Ärmste mußte so den Hochzeitstag und die Hochzeitsnacht im Gefängnis verbringen.



„Das Blühen will nicht enden.“

Phot. Wenz, Saarbrücken.

sein das Menschenherz empor über das Zagen der Morgen-
dämmerstunde und hinein in die liegende Freude des jungstarken,
lichthehren Arbeitssonnentages . . .

Schnepfenstrich.

Vom Dämmerhimmel hebt in feinem Filigran
der Wald sich schimmernd ab im ersten Knospendrängen
und steigt, umspielt vom matten Abendrot, hinan
in violetten Borden an den Hügelhängen. —
Und Abendfrieden geht. Die Drosseln singen fern,
einschlummernd leis verträumt. Nun schweigen ihre Lieder.
Der Nebel steigt vom Sumpf. Der helle Abendstern
zu meinen Füßen spiegelt sich im Wasser wider.
Der kühle Nachtwind in den Eichenkronen wiegt
und rührt ein dürres Blatt . . .

Da horch: Die Nacht durchfliegt
ein leiser Pfiff. — Ihm folgt dreimal, durchdringend,
ein dumpfer Laut, Erfüllung meinem Harren bringend:
Die Schnepfe zieht vorbei . . . Zu weit. — Die zweite drauf
hebt dort sich aus dem Busch. Doch zu dem Waldsaum auf
steigt sie, im Dunkel schwindend. — Kaum daß hingegangen
ein kurzer Augenblick in lauschend freudigem Bangen,
und wieder eine Schnepfe streicht pitzend an.
Im Dämmer nur ein dunkler Strich, kommt sie heran.
Verhaltenen Atems an der starken Esche stehend,
harr' ich gebüdt. Den rechten Augenblick ersiehend,
hebt sich das Rohr. Ein Bliß — waldab ein Donnerhall:
Die Schnepfe schlägt am Boden auf mit dumpfem Fall.
Im jäh erweckten Echo grollt des Schusses Rollen,
erstirbt dann in der Ferne . . .

Und in friedevollem
Nachtschlummer ruht der Wald. Den zähen Pulverrauch,
der schwer wie eine Wolke steht, bewegt kein Hauch.
Trompetend hallt herüber aus dem düstern Moore
der Ruf der Kraniche, die rasten dort im Rohre. —
Dann alles wieder still . . .

Und wie ich sinnend stehe,
vor meinen Augen plötzlich ich
Vergangenes sehe.
Und durch den sterndurchstrahlten
Frieden tiefer Waldesruh
mit schmerzdurchhauchtem Vorwurf
drängt es sich herzu:
verrauschte Freude, Leid von längst
vergangenen Dingen
läßt der Erinnerung weichumiponnene
Saiten klingen.
Bläß zieht ein frühverlorener Lebens-
lenz vorbei —
Und in die Nacht klagt ein verhaltener
Sehnsuchtschrei . . .

(Nach dem Russischen des Grafen
A. Tolstoj.)

Oster-Sonnenland.

Komm, Kind, wir wollen Hand in
Hand
wandern ins blühende Osterland.
Du plauderst dann, wie es dir gefällt,
von deiner sonnigen Herzenswelt. —
Und wenn ich schweige, sei nicht still.

Nur deiner Seele ich lauschen will,
dem tiefen Born, der in dir quillt. — Kind,
nur lauschen und trinken.

So komm geschwind,
gib mir die warme weiche Hand.
So wandern wir ins Osterland.
Du plauderst und singst, wie es dir gefällt.
Und — Sonne und Blühn ist die weite Welt.



Frühlingsbild aus Gräfintal. Phot. Wenz, Saarbrücken.

kapitalisierter Form als Vermögen von 888 Millionen Mark anzuführen, obwohl dieses in der Finanzgeschichte einzig dastehende Verfahren trifft dem Versailler Vertrag wider- spricht. Die Folge davon war, daß die Bevölkerung mit Steuern überlastet wurde, da der durch dieses vertrags- widrige Verfahren entstandene bedeutende Steuerausfall natürlich gedeckt werden mußte.

Im Hinblick auf den am 31. März ablaufenden Kündigungs- termin fragt die „Saarbrücker Zeitung“, ob die Saarregierung die moralische Kraft aufbringen werde, dieses unmoralische Ab- kommen zu kündigen oder ob es notwendig sei, daß das Deutsche Reich vor dem Haager Schiedsgericht auf Einhaltung des Friedensvertrages in dieser Angelegenheit klage.

Unberechtigte Bahnkontrolle durch französische Zollbeamte.

Aus Homburg erhält die „Saarbrücker Zeitung“ folgende Zu- schrift: In letzter Zeit ist wiederholt beobachtet worden, daß ein französischer Zollbeamter außerhalb der Zollhalle auf Bahnsteig 3 des Bahnhofes Homburg Reisende, ganz besonders Frauen, an- gehalten und den Paß verlangt hat. Der Zollbeamte wurde am 10. März auf die Unzulässigkeit dieser Maßnahme insofern auf- merksam gemacht. Als man ihm sagte, daß er nicht das Recht hätte, die Pässe nachzusehen, gab der Zollbeamte in einem auf- geregten Tone zur Antwort, daß das den betreffenden Herrn nichts angehe, wenn er wegen Zoll die Pässe nachsehe. Es steht ein- wandfrei fest, daß es sich in allen Fällen keineswegs um Zoll- formalitäten gehandelt hat, sondern daß die Reisenden (besonders Frauen), die bereits durch das Zollhaus gegangen waren, sich auf dem Bahnsteig aufhielten, wo dieser Zollbeamte die Pässe ver- langte. Unsere Landjäger sind hierauf schon aufmerksam gemacht worden. Es dürfte wohl im öffentlichen Interesse liegen, darauf hinzuweisen, daß französische Zollbeamte mit der Bahnkontrolle außerhalb des Zollhauses überhaupt nichts zu tun haben, daß das lediglich Sache der Landjäger ist. Wie stellt sich die Regierungs- kommission zu dem ungesetzmäßigen Verhalten der Zollbeamten? (In Fällen unberechtigter Bahnkontrolle weist man die französischen Zollbeamten ruhig, aber bestimmt ab.)

Bundeslied des Saarvereins.*

Was ist's, das uns zusammen
Zu unserm Bunde schließt,
Was uns mit Feuerflammen
Durch unsre Herzen schließt?
Die Heimat ist, die traute,
Die jedem Mutter war,
Der jemals sie erschaut —
Das schöne Land der Saar!

Die Mutter steht in Trauern,
Die Heimat ist nicht frei,
In dunklen Wettersehauern
Sehnt sie das Licht herbei.
Auf, laßt uns retten, schirmen
Der Mutter teu'res Haupt,
Daß nicht der Zeiten Stürme
Ihr noch das letzte raubt!

Wie Feuer aus der Kohle
Mit hellen Flammen glüht,
Entflammt sich uns zum Wohle
Der Heimat das Gemüt.
Und wie aus hartem Eisen
Ersteht der här't're Stahl,
Wird unser Arm erweisen
Sich stark für's Heimattal!

Hört es, Ihr lieben Brüder
Dort drüben an der Saar,
Wir machen unsre Lieder
In deutscher Treue wahr!
Wir stehen auf der Schanze
Und ruh'n und rasten nicht,
Bis daß in hellem Glanze
Euch strahlt der Freiheit Licht!

Friedr. Schön.

* Das Lied ist von dem Verfasser auch schon komponiert und kann vorläufig handschriftlich von der Geschäftsstelle des Saar- vereins bezogen werden. Später wird das Lied den einzelnen Ortsgruppen gedruckt zur Verfügung stehen.

Kleine Tageschronik.

Erweiterung saarländischer Bahnanlagen.

Bei der letzten verkehrswirtschaftlichen Besprechung bei der Direktion der Saarbahnen wurde von der Verwaltung erklärt: Der Eisenbahnverwaltung werden fortlaufend Wünsche der Kom- munalverwaltungen und der Verkehrsorganisation vorgetragen, die sich erstrecken auf die Erstellung von Neubauten an den Kreuz- ungen der wichtigen Verkehrsstraßen mit den Eisenbahnlinien und auf die baulichen Erweiterungen von Bahnhofsanlagen. Diesen Wünschen wird die Eisenbahnverwaltung nach Möglichkeit im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Geldmittel nach- kommen. So soll z. B. demnächst die Gemeinde Wiebelskirchen einen Bahnhof für den Personenverkehr erhalten.

Als Ersatz für aufzuhebende Planübergänge soll in Allen- wald eine neue Straßenunterführung und auf der Straße Böll- lingen—Bous eine Begeüberführung hergestellt werden.

Die Frage der Erweiterung von Bahnhofsanlagen, welche in absehbarer Zeit den Erfordernissen des Verkehrs nicht mehr ge- nügen, befindet sich bei der Eisenbahndirektion in fortlaufendem Studium. Es sind Erweiterungsprojekte in Bearbeitung für den Bahnhof Saarbrücken-Burbach, Böllingen, Dillingen, Bre- bach Saarbrücken, Rangierbahnhof; Projekte, die zurzeit nicht spruchreif sind und die eines sorgfältigen Studiums unter Her- anziehung der interessierten Verwaltungen und Verbände bedür- fen. Der Bau des neuen Hauptpostamtes an der Trierer Straße in Saarbrücken wird auch auf dem Hauptbahnhof Saarbrücken bau- liche Ergänzungen verlangen, die zurzeit projektiert werden.

Ein von der Verkehrswelt seit längeren Jahren gefordertes Bauwerk wird voraussichtlich bald in Angriff genommen werden, nämlich die Ueberführung der Provinzialstraße Brebach—Saar- gemünd über die Anschlußgleise der Halbergerhütte in Brebach, unter Beseitigung der außerordentlich lästigen und gefährlichen Kreuzung. Das Projekt wird in den nächsten Tagen zur landespolizeilichen Prüfung gestellt und von der Halbergerhütte finanziert.

Besüglich der in Vorschlag gebrachten Neubauten an den Kreuzungspunkten von Straßen und Eisenbahnen wurde vor einiger Zeit eine Untersuchung angestellt über die Kosten, welche aufzubringen wären, wenn alle derartigen Eisenbahnbrücken und Planübergänge im Zuge von verkehrswichtigen Straßen die ge- wünschten baulichen Änderungen erfahren würden. Es sind da- bei etwa 70 Bauobjekte mit einem Gesamtkostenaufwand von 58 Millionen Franken herausgekommen. An eine Verwirklichung aller dieser Projekte ist naturgemäß nicht zu denken.

*

Saarbrücken. In der Intendantenfrage ist insofern eine Lösung gefunden worden, als der Bürgermeister den Stadtver- ordneten den Vorschlag unterbreitete, den Vertrag mit Herrn Stuhra nicht mehr zu verlängern, sondern ihm eine einmalige Abfindungssumme in Höhe von 5000 M. anzuzahlen. Mit der Nichtverlängerung des Vertrages des Intendanten Stuhra haben sich sämtliche Parteien des Stadtverordnetenkollegiums einver- standen erklärt, während für die Abfindungssumme nur die bürgerlichen Parteien eingetreten sind. — Der heldenhafte Ver- teidiger Deutsch-Ostafrikas, General von Lettow-Vor- bed, stattete in den ersten Märztagen dem Saargebiet einen Besuch ab. Zunächst suchte er seine Geburtsstadt Saarlouis auf. Zu seinem Eintreffen waren in den Straßen vielfach Fahnen aufgesteckt worden. Im Saarlouiser Saalbau hielt der General an einem Tage zweimal hintereinander einen Vortrag. Beide Male war der Saal überfüllt. Bürgermeister Dr. Lay hieß den General im Namen der Stadt willkommen, als den Inbegriff des deutschen Soldaten und des deutschen Wesens. In einer Erwidierungsansprache mahnte der General zur Einigkeit, da nur in der Einigkeit das deutsche Volk stark sei. Er wünschte Stadt und Land baldige Rückkehr zum großen deutschen Vaterland. Auch in Saarbrücken gestaltete sich der Vortrag des Generals von Lettow-Vorbed zu einer eindrucksvollen Kund- gebung für den General und für das deutsche Vaterland. — Das in Brebach gedruckte Organ der Deutschnationalen Volks- partei des Saargebiets, „Die deutsche Saarzeitung“, stellt mit dem 1. April sein Erscheinen ein.

Als mutmaßlicher Mörder der am 3. Juli v. J. in Mergel in ihrer elterlichen Wohnung ermordeten 33 Jahre alten unver- heirateten Elise Beder und der im Februar 1925 auf dem Reppersberg ermordeten Dora Nobel, ist der Mechaniker Joseph Köpp aus Duisburg verhaftet und in das hiesige Untersuchungs- gefängnis eingeliefert worden. — Ein seltenes Mißgeschick hatte eine junge Polin aus dem lothringischen Indultrevier. Am Vortage ihrer Hochzeit reiste sie über die deutsche Grenze nach Saarbrücken, um dort für die Hochzeitsfeier Zigarren und Ziga- retten einzukaufen. Sie wollte ihre Waren wieder nach Frank- reich hinüberschmuggeln, ließ sich erwischen und ins Gefängnis stecken, da sie nicht die nötigen Mittel zur Bezahlung der Zoll- strafe bei sich hatte. Die Ärmste mußte so den Hochzeitstag und die Hochzeitsnacht im Gefängnis verbringen.

Küstenhausen. Ein arbeitsscheuer Bursche, der seine Mutter mit einem Messer bedrohte, erhielt von Leuten, die auf die Hilferufe der bedrängten Mutter hinzueilten, eine derartige Tracht Prügel, daß er dem Krankenhaus überwiesen werden mußte.

Wehrden. Der Denkmalsbauverein in Wehrden an der Saar hielt kürzlich seine erste Versammlung ab. Herr Oberlehrer Thomas verstand es in geradezu meisterhafter Weise, in seinem Vortrag die Anwesenden für die Denkmalsache zu begeistern. Ergänzend, sowie den Gedanken der sittlichen Tat in Dingen der Kriegsoffer-Ehrung weiter ausspinnend, räumte Herr Pastor Wilhelm alle Bedenken gegen eine Unterstützung des Denkmalsbauplanes aus. Weiter ausholend zeichnete er die große Linie vom echten Pazifismus zur nationalen Würde, die es jedem Christenmenschen zur unbedingten Pflicht macht, mehr als bisher deutsch zu denken und deutsch zu empfinden. Und als ein Ausfluß dieses ferndeutschen Fühlens ist die Ehrung unserer toten Krieger anzusehen. Er ist der Meinung, daß bei 1250 Familien die Mitalliederbzahl des Vereins statt 500 mindestens 1000 betragen müsse, damit im laufenden Jahre das Denkmal erstellt und am Volkstrauertag 1928 eingeweiht werden könne. Das dürfte wohl der Wunsch und die Ansicht aller sein; denn, so führte der Redner weiter aus, eine solche Sache dürfe, und wenn sie noch so ideal wäre, nicht lange hinausgeschoben werden, da es schwer sei, bei der Unmenge neuer auf uns einströmender Aufgaben, die Beteiligten in der so notwendigen Wärme der Stimmung und Geneigtheit zu erhalten.

Fischbach. Der 28 Jahre alte Bergmann P. Blank stürzte aus unbekannter Ursache von dem Balkon seiner Wohnung und zog sich tödliche innere Verletzungen zu, denen er im Krankenhaus erlag.

Bildhof. Bei einem Bäckermeister wurde nachts ein Einbruch verübt. Die Eindrehler wurden jedoch von den Nachtwächtern überrascht. In der Eile vergaß einer der Diebe seine Schuhe mitzunehmen. Die Täter folgerten nicht mit Unrecht, daß diese ihnen zum Verräter werden könnten. Sie brachten am andern Morgen das gestohlene Geld wieder zurück mit dem Bemerkung. Sie hätten sich nur einen Akt machen wollen.

Neunkirchen. In der letzten Stadtratssitzung wurden 1,7 Millionen Mark zum Umbau der Bahnhofsbauwerke und als erste Rate für den Bau des Rathauses, ferner 1,3 Millionen M. für den Gymnasium-Neubau bewilligt.

Dillingen. Die Bürgermeisterei Dillingen zählte Ende Februar insgesamt 13 568 Einwohner. Davon entfallen 9941 auf den Ort Dillingen.

Pachten. Für die mechanischen Werkstätten sind die Gebäude im Rohbau fertiggestellt, so daß der Betrieb in Kürze wird aufgenommen werden können.

Düppenweiler. Auf dem Eitermont hat man das Gelände — sog. grauer Stein — urbar gemacht und eine Fläche von etwa 20 Morgen angepflanzt. Bei Eintritt günstiger Witterung wird man daselbst, da der Eitermont sehr viel von Wanderern besucht wird, mit dem Bau einer Gastwirtschaft beginnen. Auch der vom Soonwaldverein, Ortsgruppe Dillingen, ausgearbeitete Plan der Erstellung einer Schutzhütte soll demnächst in Angriff genommen werden, so daß allen Wünschen der Besucher des sagenumwobenen Eitermonts Rechnung getragen werden kann.

Körprich. Pfarrer Montadas ist am Fastnachtsmontag in den bayerischen Alpen, wo er Gesundung von seinem langjährigen Leiden suchte, gestorben. Am Aschermittwoch trafen seine sterblichen Ueberreste hier ein und wurden unter Anteilnahme der ganzen Gemeinde zur Kirche geleitet, wo sie vor dem Hochaltar aufgebahrt wurden. Die Trauer über den Heimgang des äußerst beliebten katholischen Geistlichen ist allgemein. Der kirchliche Vorstand und die kirchliche Gemeindevertretung von Körprich widmete dem verstorbenen Geistlichen in einem Nachruf folgende Worte: Nur zwei Jahre hat er, herausgerufen aus einer 10jährigen Tätigkeit als Kaplan der großen, arbeitsreichen Pfarrei Malsdorf, an hiesiger Stelle gewirkt, aber unvergänglich sind die Spuren seiner rastlosen, sich selbst vergessenden Wirksamkeit. In Schule und Kirche, in Familien und Vereinen ist er allen alles geworden: den Kindern ein Freund, der Jugend ein Schutz, den Erwachsenen ein Führer, dem Alter eine Stütze, den Armen ein Helfer, den Kranken ein Trost — allen ein Priester nach dem Herzen Gottes. Dazu nahm er sofort zähsamer und energischer die Lösung der dringlichsten Aufgabe der hiesigen Seelsorge, den Bau einer neuen Kirche, in seine fleißige und geschickte Hand. Heute steht sie da, eingeweiht am Feste des hl. Michael, als dauerndes Denkmal seines Eifers für Gottes Ehre und die Glorification seines Hauses, bereit, ihn aufzunehmen und so sein Grabmal zu werden, den kommenden Generationen auf Jahrhunderte hinaus kündend, daß ein junger, vielversprechender Priester für sie gelebt hat und für sie auch gestorben ist.

Fraulantern. Der Monteur Oskar Arnold wurde von einem Lastauto überfahren, so daß er an den erlittenen schweren Verletzungen verstarb.

Losheim. Zur großen Armee abgerufen wurde hier der Kriegsveteran von 1870-71, Herr pens. Wegemeister Josef Merziger. Der Verstorbene war im Alter von 87 Jahren der älteste Bürger der Gemeinde Losheim.

Personalnachrichten.

Der Treuesten einer: Professor Dr. Theodor Meyer. Am 11. März waren es sieben Jahre, daß einer der treuesten Söhne des deutschen Saarvolkes, Prof. Dr. Theodor Meyer aus dem Leben schied. Ein tragisches Geschick wollte es, daß er vor dem Tage des denkwürdigen 12. März 1920 dahinging, an dem das Volk an der Saar in seiner Gesamtheit offen vor aller Welt sein tiefstes Fühlen, sein entschlossenes Denken, seinen unbeugsamen Willen kundgab, deutsch zu fühlen, deutsch zu denken und deutsch zu leben und zu sterben. Diese Entschlossenheit des deutschen Volkes an der Saar war ein Werk Prof. Dr. Theodor Meyers. Unauslöschlich ist sein Name mit dem Saarbrücker „Volksbildungsverein“ verbunden, den der Verstorbene im Laufe der Jahre zu einem Mittelpunkt des ganzen geistigen Lebens zu gestalten wußte. Was er an Stärkung deutscher Kultur im Saargebiet schon lange vor dem Kriege getan hat, das wissen alle, die die geistige Entwicklung des Saargebiets selbst miterlebt haben. Wie hat er in die Herzen der ihm anvertrauten Jugend deutsches Fühlen, deutsches Denken, deutsche Vaterlandsliebe und Treue hineingepflanzt, wie hat er ihre Herzen während des Krieges begeistert und von ihm neue Ströme der Liebe zu Heimat und deutscher Freiheit ausgehen lassen. Und als dann der schwarze Tag des Einzuges französischer Truppen gekommen war, war es unser Theodor Meyer, der sich wohl am ehesten gefaßt und klar darüber geworden war, welches die Aufgabe sein mußte, um das Saargebiet vor Verwelschung, vor Versklavung zu schützen. Nicht etwa, daß Dr. Meyer Besorgnisse haben mußte, daß die Saargebietsbevölkerung nicht zuverlässig deutsch war. Seine Arbeit entsprang ganz anderen Erwägungen. Nicht, daß das Saargebiet deutsch war, galt es zu betonen, sondern den Willen zu stärken, den französischen Eindringlingen zu zeigen, daß jeder Versuch die Herzen zu erringen vergeblich sein mußte. Wie seine Gedanken und sein Wirken Früchte getragen hat, das hat das Saargebiet am 12. März 1920 bewiesen. Der donnernd hervordringende Ruf des Saargebiets aus einem Munde: „Wir wollen und wir werden Deutsche sein“ ist weit über die Grenzen des Saargebiets hinausgerollt, daß man selbst in Paris ihn hörte und beachtete. Die Verschärfung der Methoden zur Verwelschung des Saargebiets waren die Pariser Antwort, eine Antwort aber, die bereits zeigte, daß man sich des Sieges im Saargebiet nicht sicher fühlte.

In einem Nachruf, den ich Dr. Meyer damals in der „Saarbrücker Zeitung“ widmete, sagte ich unter anderm, daß „Prof. Dr. Theodor Meyer ein deutscher Mann war, ein deutscher Mann in allerbestem Sinne. Sein Leib ist gestorben, doch sein Geist wird fortleben unter uns, wird leben in seinen Werken. Er war unserer Besten einer“. Die Jahre, die nachfolgten, haben dem recht gegeben. Sein Geist wirkte fort; er hat sich in überwältigender Größe und Stärke gezeigt während der Jahrtausendfeier im Sommer 1925 an der Saar. Mit diesem damals einmütig zum Ausdruck gekommenen Bekenntnis wurde den Franzosen die letzte Waffe aus der Hand geschlagen. Nicht durch das Schwert, sondern durch den Geist, der die deutschen Herzen an der Saar erfüllt, der sie stark gemacht hat, trotz der Schwere der Zeit, trotz der wirtschaftlichen, der politischen und der seelischen Not. Prof. Dr. Meyer hatte diesen Geist entzündet, er lebt weiter und wird an der Saar immer bestehen. Daran zu erinnern ist uns, dem Saarverein, eine um so heiligere Pflicht, als Dr. Meyer wohl der Einzige damals gewesen ist, der trotz aller Näherisse sich nicht scheute, über alle willkürlich gezogenen Grenzen und Bajonett-Barrieraden hinweg mit uns die Arbeit der Abwehr und der Aufklärung regelmäßig besprach. Er soll uns und dem Saargebiet nie vergessen sein!

Der neue Landgerichtspräsident Schäfer, der an die Stelle des in den Ruhestand tretenden Landgerichtspräsidenten Magnus tritt, entstammt einer angesehenen Landwirtsfamilie im Münsterlande. Er studierte in München, Freiburg, Berlin und Marburg und begann seine juristische Laufbahn im Jahre 1907 im Landbezirk Essen. Von 1909 bis 1922 war er Landrichter in Saarbrücken und seit 1922 Landgerichtsdirektor. Dem neuen Landgerichtspräsidenten geht nach der „Saarbrücker Landeszeitung“ der Ruf eines besonders gut befähigten und auf allen Rechtsgebieten erfahrenen Juristen voraus, der die Qualifikation nicht nur zum Landgerichtspräsidenten, sondern auch zum vortragenden Rat im preussischen wie im Reichsjustizministerium und sogar zum Reichsgerichtsrat beim Reichsgericht in Leipzig besitzt. Jeder, der Landgerichtspräsidenten Schäfer kennt, weiß, daß lediglich seine hervorragenden juristischen Eigenschaften ihn zu seinem neuen Amte gebracht haben. Deshalb begrüßt man auch in juristischen Kreisen, in denen der neue Präsident sich als gemeiner persönlicher Vorgesetzter erfreut, diese Ernennung ganz besonders.

Pfarrer Becker in Neunkirchen konnte vor einigen Wochen, wie wir damals meldeten, auf eine 30jährige erfolgreiche Amtszeit im Dienste der evangelischen Gemeinde Neunkirchen zurückblicken. Aus diesem Anlaß erhielt er vom preussischen Kultusministerium ein Glückwunschschreiben, in dem ihm gleichzeitig der Dank dieser Behörde für sein erfolgreiches Eintreten für die deutsche Schule ausgesprochen wurde. Des weiteren wurden ihm 1000 RM. zur beliebigen Verwendung für kirchenmusikalische Zwecke zur Verfügung gestellt.

Aus dem Schuldienst geschieden ist nach 34jähriger segensreicher Arbeit Rektor Hoffmann in Urexweiler. Ein Pelden zwang ihn, sein ihm liebgewordenes Amt als Jugendzieher niederzulegen.

Ihren 93. Geburtstag beging die Witwe Sophie Runke, geb. Sticher, in Ottweiler-Neumünster. — In Fischbach feierte der pens. Grubenmeister Georg Ripper seinen 80. Geburtstag, während in Saarbrücken Herr Emil Drander, Ehrenmitglied des Männergesangsvereins von 1861, seinen 70. Geburtstag feiern konnte.

Das seltene Fest der diamantenen Hochzeit feierten die Eheleute Peter Schäfer und Maria, geb. Trouvain, in Heusweiler; Ludwig Jungfleisch und Maadlena, geb. Ripper, in Fischbach; die Eheleute Bonnard-Werner in Verus, ferner die Eheleute Schuhmacher Johann Schuwer und Anna, geb. Rupp, in Böllingen.

Das Fest der goldenen Hochzeit feierten die Eheleute pens. Hüttenarbeiter Christian Schwender und Katharina, geb. Rothar; pens. Bergmann Daniel Oster und Maria, geb. Diehl; Heinrich Schulde und Frau in Neudorf-Mienterschel, Mattheisstraße. Ihr 40jähriges Ehejubiläum feierten die Eheleute Adolf Göttch und Frau, geb. Kallenbaum in Brebach.

Das Fest der Silbernen Hochzeit feierten die Eheleute Valentin Becker und Margarethe geb. Becker in Dudweiler.

★

Todesfälle. Saarbrücken: Johann Belzer, 63 Jahre; Alexander Schmidt von Schwind, 92 Jahre; Frau Johann Bih, geb. Brandel, 64 Jahre; Wilhelm Hoid, 53 Jahre; Frau Susanna Hartmann, geb. Schwindling; Frau Wwe. Konrad Gisting, geb. Haas, 91 Jahre; Charlotte Red, geb. Müller, 67 Jahre; Paul Mügel, 27 Jahre; Frau Witwe Johann Jffland, geb. Mohr, 58 Jahre; Frau Mathilde Blaszczyk, geb. Christmann, 37 Jahre; Peter Krah, 69 Jahre; Johann Schille, 79 Jahre; Luise Buschmann, 22 Jahre; Frau Wwe. P. Lippert, Charlotte geb. Hottenbacher; Friedrich Bertram, 71 Jahre; Georg Peter Glaser, 47 Jahre; Johann Neumann, 53 Jahre; Ludwig Schaed, 65 Jahre; Max Schuhnath, 35 Jahre; Frau Karolina Biermeier, geb. Ziegler, 54 Jahre; Walter Lill, 20 Jahre; Frau Wwe. August Steffens, geb. Lananger, 71 Jahre; Frau Peter Mehls, Elisabeth geb. Dörr, 44½ Jahre; Karl Zähl, 70 Jahre; Bertha Göge, 46 Jahre. — Bischmisheim: Frau Wwe. Christian Schmeer, geb. Schmidt, 74 Jahre. — Scheidt: Eduard Reuther, 48 Jahre. — Fehningen: Frau Wwe. Luise Gentes, geb. Walter, 74 Jahre. — Güdigen: Frau Katharina Palm, geb. Rase, 54 Jahre. — Gerweiler: Frau Wwe. Maria Dießner, geb. Christmann, 68 Jahre. — Geislauren: Georg Deutsch, 50 Jahre. — Mienteschel: Hermann König. — Herrensohr: Frau Wwe. Friedrich Münich, Henriette geb. Walter, 65 Jahre. — Elversberg: Frau Luise Blümel, geb. Schaum, 54½ Jahre. — Buchensachen: Heinrich Schmidt, 80 Jahre. — Dudweiler: Wilhelm Gräß, 77 Jahre. — Landsweiler-Reden: Eva Bach, geb. Sinn, 72 Jahre. — Friedrichsthal: Jakob Osthof, 91 Jahre. — Neunkirchen: Frau Josephine Richter, geb. Grewenig, 76 Jahre; Charlotte Wöhmer, 80 Jahre; Karl Posth. — Wiebelskirchen: Wwe. Wilh. Hoppstädter, geb. Hagner, 75 Jahre. — Saarlouis: Frau Wwe. Peter Leinen, geb. Antonie Stahl; Jakob Baumgärtner, 36 Jahre; Johannes Alonius Koller, 29½ Jahre; Frau Wwe. Katharina Federpiel, geb. Görg, 70 Jahre. — Wallersfangen: Frau Adolf Behrentkamp, geb. Kath. Hekler, 44 Jahre. — Sinnerthal: Frau Wwe. Wilhelmine Lange, geb. Dorst, 70 Jahre. — Gündesweiler: Jakob Thul. — Alsblochen: Joseph Bann den Broed, 88 Jahre. — Sprengen: Otto Weber, 68 Jahre.

Wirtschaft, Handel und Verkehr.

Zur Wirtschaftslage im Saargebiet. Das Gesamtbild des Arbeitsmarktes der Stadt Saarbrücken hat sich im Monat Februar nicht wesentlich verändert. Wenn auch die Zahl der Arbeitsucher und der Unterstützungsempfänger in einigen Berufsgruppen etwas zurückgegangen ist, so brachte doch die Stilllegung eines größeren Sägewerkes sowie die Entlassung von etwa 150 Arbeitern auf einem größeren Werk und die Arbeits-

einschränkung eines mittleren Betriebes in der letzten Monatshälfte eine weitere Belastung des Arbeitsmarktes und der Erwerbslosenfürsorge. Die Aufnahmefähigkeit im Baugewerbe war äußerst gering, das Holzgewerbe zeigte eine Verschlechterung, während die Unterbringungsmöglichkeiten im Metallgewerbe etwas günstiger waren als im Vormonat. Die Nachfrage im Nahrungsmittel- und Bekleidungsgewerbe war gegenüber den früheren Monaten besser. Die Lage für kaufmännische und Bureau-Angestellte blieb weiter schlecht. Für ungelernete und Hilfsarbeiter war zeitweise geringer Bedarf. In der weiblichen Abteilung hat sich die Lage der Hausangestellten gebessert, während die Zahl der stellenlosen kaufmännischen merklich zugenommen hat. Auch im Gastwirts-gewerbe war ein stärkeres Angebot an Arbeitskräften festzustellen. — Nach dem Bericht des städtischen Arbeitsamtes hatte die Stadt St. Ingbert Ende Februar noch 296 Erwerbslose gegen 350 im Monat Januar; es ist also eine leichte Besserung festzustellen, die dadurch erreicht wurde, daß die Eisenindustrie eine größere Anzahl Arbeiter als Hilfsarbeiter neu aufgenommen hat. Im Monat Februar wurden insgesamt 241 Stellen gesucht, jedoch nur 195 angeboten.

Eine Völkerverbundsanleihe für das Saargebiet? Die Zentrumsfraktion des Landestages hat in einer Eingabe an die Regierungskommission die Bitte ausgesprochen, die Ausgaben für Anlagen, insbesondere für Bauten und Straßen nicht vollständig aus laufenden Mitteln zu decken, sondern einen großen Teil aus Anleihemitteln zu bestreiten. In der Eingabe wird zum Ausdruck gebracht, daß infolge der durch den Krieg eingetretenen Veränderungen in den letzten Jahren große Mittel aufgebracht werden mußten, um den notwendigen Anforderungen gerecht zu werden. Insbesondere waren bedeutende Mittel für Verkehrsanlagen, Bauten und den Wohnungsbau erforderlich. Der Ausbau des Straßennetzes wird weiterhin noch große Mittel erfordern. Wie das Beispiel in anderen Staaten, so auch in Deutschland, zeigt, werden derartige Bauten, wie auch die Modernisierung des Straßennetzes, vorzüglich aus Anleihemitteln bestritten und innerhalb 30 bis 50 Jahren amortisiert. Das Saargebiet, das durch die der Marktinflation folgende Frankeninflation fast noch mehr verarmt ist als das Deutsche Reich mit seiner ihm durch das Dawesgutachten aufgebürdeten Schuldenlast kann unmöglich mehr leisten als benachbarte Länder. Es kann nicht alle notwendigen Anlagen sofort bar bezahlen, indem sie auf den laufenden Haushalt übernommen werden. Dem Saargebiet wird es mit Hilfe des Völkerverbundes besonders leicht sein, eine Anleihe zu günstigen Bedingungen aufzubringen. Das Deutsche Reich, das bei der Rückgliederung des Saargebietes die vorgenannten Anlagen übernimmt, wird sich sicher bereit erklären, auch die dafür gemachte Schuldenlast zu tragen. Die Zentrumsfraktion glaubt, daß eine Anleihe des Saargebietes, welche nicht von den Kommunen, sondern von dem Saargebiet als Ganzes übernommen werden soll, neue Arbeitsgelegenheiten schaffen und außerdem Steuerersparungen ermöglichen werde.

Weiter weist die Zentrumsfraktion darauf hin, daß die augenblicklich dem Saargebiet auferlegte Steuerlast nicht länger getragen werden kann. Besonders die nach französischem Vorbild bestehende Umsatzsteuer belastet den Konsum in einer Weise, daß naturgemäß eine außerordentliche Verteuerung der Lebenshaltung eintreten muß, durch die ferner dem Saargebiet die Konkurrenzfähigkeit auf fremden Märkten genommen wird.

Die Zentrumsfraktion hofft, daß sich die Regierungskommission den angegebenen schwerwiegenden Argumenten nicht verschließen und schon bei Aufstellung des Haushaltsplanes für 1927 nach diesen Richtlinien verfahren wird.

Marktkonten beim Postämteramt Saarbrücken. In einer Eingabe der Zentrumsfraktion des Landestages wird die Regierungskommission gebeten, den Absatz 2 des § 14 der Währungsverordnung umgehend wieder in Anwendung zu bringen. Sie begründet diesen Antrag mit den Bestimmungen dieses Paragraphen der Währungsverordnung, daß Marktkonten beim Postämteramt Saarbrücken beibehalten werden können. Infolge der in Deutschland eingetretenen Währungszerrüttung wurde diese Bestimmung von der Regierungskommission seinerzeit außer Kraft gesetzt. Nachdem in Deutschland seit längerer Zeit wieder feste Währungsverhältnisse bestehen, wäre es notwendig gewesen, dieser Bestimmung wieder Geltung zu verschaffen. Darüber hinaus bittet die Zentrumsfraktion die Regierungskommission, den direkten Postanweisungsverkehr in Reichsmark zwischen dem Saargebiet und dem Deutschen Reich wiederum einzuführen. Bei dem derzeitigen Verfahren, daß Marktbeträge nicht aufgeliefert und ausbezahlt werden können, sondern in Franken umgerechnet werden müssen, entstehen sowohl dem saarländischen Abnehmer wie Empfänger durch die Umrechnung Verluste. Da es zumeist kleine Leute sind, die in Ermangelung eines Bankkontos auf den Postanweisungsverkehr angewiesen sind, machen sich diese Schädigungen um so stärker bemerkbar.

Vom Saargbergbau.

Die entwürdigende Behandlung der deutschen Saarbergleute und Angestellten durch das französische Grubenpersonal hat die französische Grubenverwaltung von Anfang an ausgezeichnet. Trotz wiederholter sehr energischer Vorstellungen der Gewerkschaften hat sich hieran grundsätzlich nichts geändert. In der Saarpresse wird neuerdings wieder der Ing. Faucher genannt, der auf Grube Altenwald das französische Antreibersystem mit aller Rücksichtslosigkeit zur Anwendung bringt. Aus einer Mitteilung der „Saarbrücker Landeszeitung“ geht hervor, daß dieser Mann mit einem geradezu beleidigendem Mißtrauen die Dienstleistungen und Handlungen aller erfahrener Beamten verfolgt und kritisiert. Bei allem, was er nicht besser versteht oder was nicht nach seinem Sinn ist, unterstellt er Böswilligkeit. Das Wort Faulenzer für Arbeiter, die nach seiner Meinung nicht genug leisten, ist ihm sehr geläufig. Trotzdem er verlangt, daß im Betrieb alles in Ordnung sei und die notwendigen Reparaturen gemacht werden, will er keine Leute zu diesen Arbeiten genehmigen. Die Leute, die Sonntags zu diesen Arbeiten kommandiert werden, sollen dafür an Wochentagen feiern. Kurz, dieser Mann hat, trotzdem er schon eine Reihe Gruben „durchgemacht“ hat, wenig Verständnis für die Saarbelegschaft. Er scheint auch einer von Briand's schärfsten Gegnern zu sein.

Die Jahresförderung der Saargruben. Nach einer statistischen Uebersicht über die Kohlenförderung auf den Saargruben betrug die Jahresförderung 1926 insgesamt 13 690 874 Tonnen, gegen 12 989 849 Tonnen im Vorjahr. Dieses Förderungsergebnis ist in 29 943 Arbeitstagen gegen 28 619 im Jahre 1925 erzielt worden. Die durchschnittliche Tagesförderung ist im Jahre 1926 von 45 170 auf 45 690 Tonnen gestiegen. Die Kokszerzeugung ist von 272 352 Tonnen auf 255 270 Tonnen zurückgegangen.

Opfer französischen Raubbaues. Auf Grube Heinich verunfallte der noch ledige 23 Jahre alte Bergmann Paul Schäfer aus Lauchkirchen tödlich. — Auf Grube Warbach verunfallte der 47 Jahre alte Bergmann Alois Weiser aus Wingen derart schwer, daß er nach drei Stunden im Fischbacher Krankenhaus seinen Verletzungen erlag. Beim Auseinanderkuppeln von Wagen auf Grube von der Heudt zog sich der 17 Jahre alte Schlepper Friß Schmidt aus Walpershofen schwere Quetschungen der Hand zu. Beim Abkühlen verunfallten auf Grube Dudweiler der Hauer Joseph Klauß aus Dudweiler und der Hauer Moritz Drill aus Alswiller schwer. Der 28 Jahre alte Hauer Ludwig Jung aus Hirtel bei Heusweiler wurde auf Grube von der Heudt von einem Wagen erfasst und so schwer verletzt, daß er auf dem Wege zum Krankenhaus Fischbach verstarb. Auf Grube Göttesborn verunfallte der Hauer Peter Mees aus Mahlschied schwer, ferner der Hauer Emil Schneider aus Holz und der 18 Jahre alte Schlepper Schattle aus Mangelhausen. Beide ebenfalls schwer. Der verunfallte Mees hat eine neunköpfige Familie. Er erlitt einen schweren Schädelbruch. Auf der Grube St. Inabert stürzte der in den 50er Jahren stehende Steiger Franz Schleg über 200 Meter tief in den Schacht, wo er als verstümmelte Leiche gefunden wurde. Auf Grube Enaelsaen wurden die Arbeiter Heinrich Schmidt, zwei Brüder Raumann aus Landsweiler und Adolf Martin aus Schwarzenholz durch vorzeitiges Losgehen eines Schusses derart schwer verletzt, daß sie in hoffnungslosem Zustand dem Krankenhaus Wölklingen zugeführt werden mußten. Auf Grube Griesborn verlor der verheiratete Bergmann Johann Diwo aus Ensborn das Gleichgewicht und stürzte 50 Meter tief in den Schacht. Er war auf der Stelle tot.

Vom „Bund der Saarvereine“.

In Blankenburg im Harz veranstaltete die Vortragsgemeinschaft vaterländischer Verbände am Freitag, 11. Februar, ihren 6. Vortrag. Trotzdem der Tag durch andere Vorträge und sonstige Veranstaltungen stark besetzt war, war der Saal in „Stadt Braunschweig“ sehr gut gefüllt und bewies das Interesse, welches dem Thema „Die Not unserer Brüder an der Saar“ entgegengebracht wurde. Das „Blankenburger Kreisblatt“ schreibt u. a.: Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin war der geeignete Berufene, aus seiner Kenntnis und langjährigen Tätigkeit heraus, die Not, die Schwierigkeiten und die standhafte Treue unserer abgetrennten Brüder zu schildern, da er einer der Ihren war und alle Ungerechtigkeiten miterleben mußte, bis er ausgewiesen wurde und jetzt fern seiner Heimat in Berlin lebt. Direktor Vogel sagte zuerst dem deutschen Volke und der Presse Dank für die stete Teilnahme, die es seit 8 Jahren der Lage des Saargebietes entgegengebracht hatte, welche hervorgerufen war durch den Versailler Vertrag, der für die abgetrennten Gebiete ungeheure Schäden, Nachteile und Verarmung nach sich gezogen habe. Doch wer fern der ganzen Schwierigkeiten steht und nur aus der Presse die Lage der Dinge beurteilen will, hat keine Vorstellung von der eigentlichen Wahrheit und es gehörten viele Stunden dazu, um die Schwere der Lage nur entfernt zu kennzeichnen. Aber aus aller Not leuchtet strahlend

heraus die deutsche Treue des Saargebietes, die vorbildlich da-
stehe. Oft haben die Franzosen versucht, das Saarland abzu-
trennen, es ist ihnen aber nie gelungen. Auch in schwerster Zeit,
als das Saargebiet 1918 besetzt wurde, hat die Bevölkerung nie
ein Hehl aus ihrer Vaterlandsliebe gemacht. Heimlich mußten
schließlich die treugesinnigten Männer zusammenkommen, unter
denen Dr. Theodor Meper der Führer war. Sie alle protestierten
gegen die Abtrennung in einer Kundgebung an Wilson, die zu
nichts führte. Aber auch durch alle Pressionen der Feinde er-
reichten sie nicht, daß sich die Gesinnung der Saarländer änderte.
Frankreich hat im Versailler Vertrag gewagt, historische Ansprüche
zu machen, die durch nichts begründet sind. 150 000 Saar-
franzosen sollen im Saargebiet wohnen; aber wo waren sie zur
geeigneten Zeit, um an Frankreichs Seite zu treten? Frankreich
hat — den Reichtum des Saargebietes in seinen Gruben und
Boden erkennend — stets versucht, Raubpolitik zu treiben, aber
umso treuer lebte das Volk sein deutsches Vaterland. Nachdem
Frankreich die direkte Annexion nicht gelang, suchte es durch Fäl-
schung einer Urkunde die Welt zu betrügen. So entstand die
Saarlüge. Die Grundlage des ganzen Wirtschaftslebens bil-
den die ungeheuren Kohlenvorkommen mit ihren 40 Bergwerken
und etwa 70 000 Bergleuten. Aber es ist auch reich an anderer In-
dustrie, Stahl-, Eisen-, Glashütten. Frankreich ist heute Besitzer
und beherrscht alles; es hat die Gruben schuldlos und lastenfrei
bekommen, dazu noch alle Mobilien und Immobilien. Immer
mehr nehmen die Stimmen zu, die eine neue Regelung des Saar-
gebietes verlangen. Man will nicht nur, man fordert die Volks-
abstimmung, die nur für Deutschland ausfallen wird. Man er-
kennt keine Grenzberichtigungen an der Lothringer Grenze an
und fordert Wiedervereinigungen mit dem Mutterlande. Man
verlangt die Entfernung des französischen Militärs und wünscht
auch keine frisierte Besatzung. Man strebt eine besondere Völker-
bundspolitik an für die Freiheit am Rhein. Und in diesen An-
sprüchen ist sich die gesamte Bevölkerung einig, von links bis
rechts; hier schwinden alle Partei-Interessen, beim Kommunisten
sowohl bis zum Deutschnationalen, hier sind sich alle einig in dem
einen großen Gefühl der Vaterlandsliebe und Treue. Der so über-
zeugend gehaltene, eindrucksvolle Vortrag wurde unterstützt von
wunderbaren Lichtbildern, die die Schönheit des Landes voll zur
Geltung brachten. Auch Bilder der Industrie gaben Zeugnis vom
Reichtum des Saargebietes und interessant waren die Bilder, wie
im Saargebiet, trotz des Verbotes, die Tausend-Jahr-Feier des
Rheinlandes mit Triumphbögen, deutschen Fahnen und öffent-
lichen Veranstaltungen feierlich begangen wurde. General Wol-
ta dankte dem Redner für seinen fesselnden Vortrag und jeder
Anwesende nahm große Eindrücke von der unwandelbaren Vater-
landsliebe der Saarländer mit heim.

Der Saar- und Pfalzverein Erfurt, Ortsgruppe des Bundes der Saar-Vereine, feierte am 4. Februar d. J. sein Stiftungsfest. Wenn wir auch von vornherein mit einem guten Besuch unserer Veranstaltung zu hoffen gewagt hatten, so waren wir doch angenehm überrascht, unsere in dieser Beziehung gehegten Erwartungen in Wirklichkeit noch über-
troffen zu sehen. Nicht nur die Mitglieder unserer Ortsgruppe, sondern auch die Erfurter Mitbürger waren in einer Anzahl er-
schienen, die zu der Hoffnung berechtigten Anlaß gibt, daß der
Saarfrage auch im Kreise der Erfurter Bürger-
schaft das Interesse entgegengebracht wird, das
ihr allgemein von der breiten Masse der Bevölkerung entgegen-
gebracht werden muß, wenn der Kampf um die Befreiung unserer
Saarheimat nicht erlahmen soll. Eineleitete und umrahmt
wurde unsere schlichte Feier durch Musikstücke, Heimatgedichte,
von den Damen Brunkau flüssig und ausdrucksvoll vorgelesen,
ein mit viel Anmut von Frau Kelterborn zu Gehör gebrach-
tes Singspiel und ein von den Damen Jennewein und Götz
sowie Herrn Götz flöt gespielt. „Einakter“ vervollständigten sie.
Auch Herr Jung vom Verein der Sudetendeutschen ließ es sich
nicht nehmen, durch einen in den verschiedenen deutschen Mund-
arten gehaltenen Vortrag heiteren Inhalts zur Verschönerung
des Abends beizutragen. Im Verlaufe der Darbietungen nahm
der 1. Vorsitzende unserer Ortsgruppe, Herr Eisenbahn-Ingenieur
Weinkauff, das Wort zur Begrüßung der Anwesenden und
zur Bewillkommung der Vertreter der Brudervereine und der
übrigen Gäste. Es soll ihm besonders gedankt sein, daß er hier-
bei die Gelegenheit wahrnahm, unseren Mitbürgern die Nöte
und Sorgen der Schwestern und der Brüder in den besetzten und
entziffenen Gebieten im allgemeinen und in der Saarheimat
im besonderen vor Augen zu führen und einen Ueberblick zu
geben über die trostlosen Verhältnisse in dem ferndeutschen Saar-
gebiet, wie sie sich unter dem Druck des Friedensdiktates von
Versailles und unter der Verwaltung der alles andere als neu-
tralen Völkerbundsregierung herausgebildet haben. Seine An-
sprache klang aus in den Worten, die der wahrhaft deutsche
Mann, auf den wir außerhalb der Heimat wohnenden „St. Jo-
hanner“ ganz besonders stolz sind, der St. Johanner Pfarrer
Reichardt anlässlich des Volksstraßentages im Jahre 1926
im Saarbrücker Chrental geprägt hat: „Es wird ein Chrentitel
des Saarlandes bleiben, daß die Menschen, die im Saartal
wohnen, die hier in ihren Heimatsschollen verankert sind, mit
ihren Seelen, mit ihren tiefsten Wurzeln ihres Familienlebens

und ihres Volkstums, daß diese Menschen eher sterben würden, als dem Vaterlande die Treue zu brechen." Herr Wypulol von der Arbeitsgemeinschaft Erfurt der Grenz-, Kolonial- und Auslandsdeutschen und Herr Stadtrat Fiedler vom Verein der Elsaß-Lothringer überbrachten die Grüße der Vereinigungen, die sie vertraten, und dankten Herrn Weinkauff für seine kernigen und inhaltsreichen Worte. Der anschließende Tanz, dem noch eine Verlosung vorausging, und bei dem jedermann auf seine Rechnung kam, hielt Gäste und Mitglieder noch bis in die erste Morgenstunde in festfroher Stimmung zusammen. Möge es allen auf dem Stiftungsfest 1927 des Saar- und Pfalzvereins Erfurt gefallen haben! — Allen denen aber, die zur Verschönerung der Veranstaltung beigetragen haben, sei auch an dieser Stelle nochmals gedankt. — Nachrichtlich teilen wir mit, daß unsere Vereinsabende jetzt jeden 3. Dienstag im Monat im Hotel „Heinricher Hof“ in Erfurt, Lange Brücke, stattfinden. Gäste sind stets herzlich willkommen.

Eindrucksvolle Saarlandgebung in Ibbenhären in Westfalen. Die Ortsgruppe Ibbenhären des Bundes der Saarvereine, eine der fleißigsten und rührigsten im Deutschen Reich, veranstaltete am Sonntag, dem 13. März 1927, eine Saarlandgebung, die sich seitens der Ibbenhärender Einwohner einer so starken Beteiligung zu erfreuen hatte, daß der große Pengermannsche Saal dicht gedrängt besetzt war. Am Abend vorher hatten sich die Mitglieder der Ortsgruppe Ibbenhären in sehr großer Zahl im Vereinslokal in der Blauen Ede von Geschwister Schlachter zu einem Begrüßungsabend eingefunden, zu welchem als Vertreter des Bundes der Saarvereine die Herren Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin und Syndikatsdirektor Karus-Hannover erschienen waren. Bei ernstem und heiterem Betragen und bei gemüthlicher heimlicher Aussprache hat dieser Begrüßungsabend einen recht schönen Verlauf genommen. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Ibbenhären, Herr Markscheider Wilhelm Müller, dankte allen Anwesenden, insbesondere den beiden vorgenannten Herren, für ihr Erscheinen. Letztere ergrißen im Laufe des Abends wiederholt das Wort, um die politischen, insbesondere die gerade in diesen Tagen aktuellen Saarfragen zu erörtern. Erst in später Stunde trennte man sich aus dem gemüthlichen Vereinsheim in der Blauen Ede. Ueber die Veranstaltung am Sonntag nachmittag haben die Ibbenhärender Zeitungen, insbesondere das „Tecklenburger Kreisblatt“, in dankenswerter Weise eingehende Berichte erstattet. Letztere Zeitung schreibt darüber u. a. folgendes: „Von der Bühne grüßte die alle Stadtfahne von Saarbrücken die Saarländer und alle, die gekommen waren, durch ihre Teilnahme an der Veranstaltung der bedrängten Saarbevölkerung kundzutun, daß man auch hierorts mit den Bewohnern des Saarlandes fühlt und ihnen aus tiefstem Herzen dankt für die Hochhaltung ihres Volkstums trotz aller Gefahren und Leiden. Nach einem einleitend gespielten Orchesterstück „Introduction und Chor der Friedensboten“ aus der Wagnerschen Oper „Rienzi“, das von dem aus hiesigen Musikfreunden unter Leitung des Herrn Schreiber zusammengestellten Orchester in bekannt tadelloser Form vorgetragen wurde und dem stimmungsreichen Gesang unseres Männer-Gesangsvereins „Von Vaterland und Freiheit“ begrüßte namens des Vorstandes des hiesigen Saarvereins Herr Dr. Bäumer die Erschienenen, dabei besonders herzliche Worte der Begrüßung an die beiden Redner, Herrn Verwaltungsdirektor Vogel und Herrn Syndikatsdirektor Karus, richtend. Redner gedachte dann anlässlich des Volkstrauertages in ihren Gedankworten der Gefallenen des Weltkrieges, die Bedeutung ihrer Taten und ihres Sterbens für uns kurz und treffend skizzierend. Während sich die Anwesenden zu Ehren der Gefallenen von den Plätzen erhoben, intonierte die Musik das Lied vom Kameraden, während dessen stimmungsvollen Vortrags die Gedanken zurückgingen an die Lieben, die seit Jahren die kühle Erde hier oder im fernen Feindesland deckt. Nachdem das Lied verklungen, wies Herr Dr. Bäumer noch kurz auf die harten Kämpfe hin, die so viele deutschen Stammesbrüder heute noch um ihre Zugehörigkeit zum deutschen Vaterlande zu bestehen haben, ihnen des Dichters Paul Wernes „Gruß aus der Heimat“ zurend. Dann ergriff Herr Verwaltungsdirektor Vogel das Wort, um in längerem Vortrag, in dessen Mittelpunkt er die Saarfrage und ihre Bedeutung für jeden Deutschen stellte, vornehmlich die kerndeutsche Art, die deutsch-vaterländische Gefinnung der gesamten Bevölkerung des Saargebietes zu schildern, und zu zeigen, wie die Saarländer trotz aller Schwierigkeiten und Gefahren diese Treue zum deutschen Vaterlande stets bewahrt haben und heute noch bewahren, mehr denn je. „Das Deutsche Reich kann unserm Gott nicht genug dafür danken, daß dort in der Grenzmark ein so zuverlässiges, kerndeutsches Volk seinen Sitz hat, wie das Saarpolk, das durch die ganzen Jahre der Geschichte bewiesen hat, was Liebe zum Vaterlande bedeutet.“ In seinen weiteren Ausführungen zeigte Redner, wie nur die unerlässliche Habauer Frankreichs nach dem Saargebiet und seinen Schicksalen der Bevölkerung seit jeher diese furchtbaren Leiden auferlege, um dann im einzelnen näher auf die französischen

Machenschaften und Lügen, dies Ziel zu erreichen, einzugehen. Scharfe Worte fand Redner für das Verhalten des Völkerbundes den berechtigten Wünschen des Saarländes gegenüber, diese berechtigten Forderungen in kurzen Zügen skizzierend, die gipfeln in der Erklärung: „Wir wollen bedingungslos Rückkehr zum Deutschen Reich.“ Deutsch die Saar immerdar! Nachdem sich der Beifall gelegt hatte, den diese Ausführungen gefunden, sprach Herr Syndikatsdirektor Karus des Räheren über die Leiden und Kämpfe, die die Saarbevölkerung um ihr Deutschtum auszusehen hat, dabei das raffinierte, hinterhältige Vorgehen der Franzosen besonders beleuchtend. Aus eigenen Anschauungen und Erlebnissen konnte Redner ein erschütterndes Bild zeichnen über die politischen wie die wirtschaftlichen und kulturellen Kampfmethoden der Franzosen und ihre polizeilichen Maßnahmen, die alle nur das eine Ziel verfolgten, die treudeutsche Bevölkerung und ihre tapferen Führer müde zu machen, um dann noch zu zeigen, was die Saarfrage und das Saarschicksal für das deutsche Volk bedeuten. In diesem Zusammenhang wußte Redner in interessanter Weise aus eigenem Erleben den Wert und die Bedeutung des Völkerbundes und seiner Beratungen für uns darzulegen, vor dessen Ueberschätzung er dringend warnte. Grundbedingung, daß es besser wird, ist die Geschlossenheit der deutschen Bevölkerung nach außen und im Innern. Das beweist deutlich genug die Saarbevölkerung, die die Erfolge, die sie schließlich doch schon für sich buchen kann, nie erzielt hätte, wenn sie in ihrer Gesamtheit nicht geschlossen hinter ihren Führern gestanden hätte. Wenn es so in ganz Deutschland sein würde, dürfte, so schloß der Redner, auch bald die Saar wieder mit Deutschland vereint sein. — Der reiche Beifall, der dem Redner gesendet wurde, zeigte, daß seine Worte Verständnis gefunden und auf fruchtbaren Boden gefallen sein dürften. In seiner Anpassung an diese Ausführungen sang der Gesangsverein dann „Deutsche Völker alleamt“, das den ersten Teil der Veranstaltung beschloß. — Im zweiten Teil folgte dann nach einem Orchesterstück „Adagio“ a. d. Sonate pathetique von Beethoven ein Lichtbildervortrag, der den Anwesenden in einer Reihe von Lichtbildern die Schönheiten des Saarlandes vor Augen führte. Nach einem weiteren Musikstück „Immortellenkranz auf das Grab Vorhings“ sprach Herr Markscheider Müller als Vorsitzender des hiesigen Saarvereins das Schlusswort, indem er zunächst den beiden Rednern, dann aber auch den Mitwirkenden, dem Männer-Gesangsverein und seinem tüchtigen Dirigenten, Herrn Tzschans, wie auch dem Orchester für die vorzüglichen Darbietungen herzlich dankte. Damit war die Veranstaltung, die sich zu einer machtvollen Rundgebung für das Saargebiet und seine tapfere Bevölkerung gestaltete, beendet.“

*

Der 70er Offiziersverein trat am 5. März zu seiner diesjährigen Hauptversammlung im Kaiserfeller in Berlin zusammen. Aus den geschäftlichen Verhandlungen, die unter dem Vorsitz des Generals von Tronchin standen, ist hervorzuheben, daß der Verein sich auch im vergangenen Jahr günstig fortentwickelt hat. Im Vordergrund seiner Tätigkeit stand die Frage der Herausgabe einer Regimentsgeschichte und der Errichtung eines Denkmals für die gefallenen 70er im Weltkrieg. Hinsichtlich der Regimentsgeschichte hofft man, nachdem das Manuskript vor seinem Abschluß steht, daß im Laufe des nächsten Jahres mit der Drucklegung wird begonnen werden können, falls die Kostenfrage zufriedenstellend gelöst sein wird. Was die Denkmalsfrage angeht, so ist eine endgültige Entscheidung darüber noch nicht getroffen worden, ob man unter Benützung des alten 70er Denkmals im Saarbrücker Ehrenthal dieses zu einer einheitlichen Gedenkstätte ausbauen soll, oder ob es günstiger und pietätvoller wäre, wenn ein neues Denkmal im Modenthal errichtet würde, wofür die Stadt Saarbrücken einen Platz zur Verfügung stellt. Die Entscheidung hat sich verzögert einmal, weil die finanzielle Frage noch nicht abschließend gelöst ist, zum andern, weil ein künstlerisch einwandfreies Gutachten über die Möglichkeit des Ausbaues des jetzigen 70er Denkmals im Saarbrücker Ehrenthal zu einer einheitlichen Gedenkstätte noch nicht vorliegt. In der Hauptversammlung der 70er Offiziersvereinigung bestand Einmütigkeit darüber, daß diese Frage gemeinsam mit der Offiziersvereinigung des Reserve-Regiments 70 und mit dem 70er Bund des Saargebietes gelöst werden muß. Dieser letztere Bund, der alle ehemaligen Angehörigen des 70er Regiments im Saargebiet umfaßt, hofft unter seinem Vorsitzenden Kellen die Enthüllung des Denkmals bereits im nächsten Jahre vornehmen zu können. Die Hauptversammlung der 70er Offiziersvereinigung beschloß, mit der Weiterverfolgung der Angelegenheit einen Denkmalsauschuß zu betrauen, dem angehören General v. Tronchin, Geheimer Regierungsrat Krütsche, Oberstleutnant von Sicking, Major Wartenberger, Verwaltungsdirektor Theodor Vogel und ferner General Stadthagen von der Offiziersvereinigung des Reserve-Regiments 70. Die Hauptversammlung beschloß weiter eine Satzungsänderung, wonach auch Offiziersaspiranten, die nicht aus dem Regiment 70 hervorgegangen sind, dem Regiment oder seiner

Erkennung aber im Kriege oder Frieden angehört haben, als Mitglieder im 70. er Offiziersverein zuzulassen, ferner Söhne von Mitgliedern des Vereins, soweit sie sonst den Satzungen entsprechen, als Mitglieder aufzunehmen. Schließlich wurde noch beschlossen, im Hinblick auf die in zunehmendem Maße an den Verein herantretenden Forderungen den Jahresbeitrag von 4 auf 6 Mark zu erhöhen. Sämtliche Herren des Vorstandes wurden durch Zuzuführung einstimmig wiedergewählt.

An die Jahresversammlung schloß sich ein gemeinsames Essen mit Damen. Hierzu war auch der jetzige Chef der Heeresleitung, General Hege, mit Gemahlin und Tochter, erschienen. Auch der Führer der Traditionskompanie des 70. er Regiments, die in Dessau steht, Major Wagner und seine Kompagnieoffiziere nahmen an der gesellschaftlichen Veranstaltung teil. In einer kurzen Begrüßungsansprache gedachte General von Tronchin der gefallenen und verstorbenen Kameraden, zu deren Ehren sich die Versammlung erhob. Er unterstrich kurz die Ziele des Vereins, die der Pflege der Kameradschaft und der Tradition des alten Regiments gerichtet sind. Jeder von jeder Parteipolitik will der Verein für die Zukunft des deutschen Volkes und Vaterlandes arbeiten und zu seinem Teil an dem Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes beitragen. Seine Ausführungen klangen in ein dreifaches Hurra auf das deutsche Vaterland aus und leiteten zu dem Deutschlandlied über. General Stadthagen sprach im Namen der Offiziersvereinigung des Reserve-Regiments 70 seine Genugtuung darüber aus, daß beide Vereinigungen im Sinne der Tradition des Regiments 70 gemeinsame Ziele verfolgen und den Geist pflegen, wie er in dem ehemaligen Regiment 70 hochgehalten wurde. Er bekannte sich zu freudiger Mitarbeit für die gemeinsamen Ziele, die der deutschen Zukunft gewidmet seien. Sein Hurra galt dem alten Regiment 70. Weiter sprach im Laufe des Abends noch Major Walter von der Traditionskompanie 12. Er gab die Versicherung ab, daß sich die Kompanie, Offiziere, Unteroffiziere

wie Mannschaften der Ehre wohl bewußt seien, die Tradition des alten 70. er Regiments fortzuführen, der Ehre, aber auch der Pflichten, die sich daraus für sie ergeben. Allen Angehörigen der Kompanie sei die Bedeutung ihrer Aufgabe und der bevorzugten Stellung des alten Regiments erst recht zum Bewußtsein gekommen, nachdem sie durch einen Vortrag des Verwaltungsdirektor Vogel, Berlin, über die Garnison Saarbrücken, seine landschaftliche, wirtschaftliche und politische Bedeutung und über das alte Regiment aufgeklärt worden sind. Alle Beteiligten betrachteten seit diesem Vortrag das Saargebiet, dem alten Standort des 70. er Regiments mit ganz andern Augen. Major Wagner stellte fest, daß dieser Vortrag und das, was er allen über Saarbrücken als vorgehobene Deutschumsfeste gebracht habe, heute noch in den Herzen aller Kompanieangehörigen nachwirke und fast täglich Unterhaltungsthema sei. Er bedauere, daß er mit dem 1. April seinen Posten als Chef der Traditionskompanie aufgeben müsse, gebe aber die Versicherung, daß er seinem Nachfolger mit besonderer Eindringlichkeit ans Herz legen würde, die Verbindungen mit dem 70. er Offiziersverein und damit der lebendigen Tradition des alten 70. er Regiments aufrecht zu erhalten. Den Reigen der Ansprachen schloß die Damenrede des Oberstleutnants von Sicking. Er entledigte sich seiner Aufgabe in ebenso humorgewürzter wie galanter Form und veranlaßte damit eine besonders eindrucksvolle Huldigung für die Damen des Vereins, vor allem auch für die Witwen jener Regimentskameraden, die während des Krieges den Tod fürs Vaterland starben. Von zahlreichen Angehörigen und Freunden des Vereins waren Begrüßungstelegramme und Schreiben eingegangen, darunter vom Großherzog von Oldenburg, dem Chef des Stammregiments 70; sein Gruß wurde mit einem Danktelegramm beantwortet. Nach dem Essen blieb man noch in angeregter kameradschaftlicher Unterhaltung oder beim Tanz beieinander.

Der Saarbrücker- und Saarländer-Stammtisch in Berlin

findet jeden Donnerstagabend
von 8 Uhr ab im Frauenhof im

Restaurant Bayernhof

Berlin, Potsdamer Str. 10, statt.

Weingut

Erben von Beulwitz Casel (Ruwer)

bei Trier
Fernruf Trier 212

Größter Besitz in den altbekannten Lagen:

**Caseler Nies'chen
Caseler Taubenberg
Caseler Hitzlay**

Leset und verbreitet die von der Geschäftsstelle
„Saar-Verein“ herausgegebene Halbmonatsschrift

„Der Saar-Freund“

Der „Saar-Freund“ ist der treueste und zuverlässigste Berichterstatter über alle Geschehnisse im Saargebiet, das beste Bindeglied zwischen den schwerbedrängten Saardeutschen und dem Mutterlande und das Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“ mit allen wichtigen Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet.

Die Schriftleitung und Verwaltung liegen in den Händen von ausgewiesenen Persönlichkeiten, die als geborene Saarländer oder durch ihren mehrjährigen Aufenthalt im Saargebiet selbst die örtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse des Saargebiets aus eigener Erfahrung heraus kennen und mit dem Leben der Saargebietsbevölkerung heute noch in engster Verbindung stehen.

Bestellungen auf die Halbmonatsschrift „Saar-Freund“ nimmt jede Postanstalt entgegen. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 1,50 M.

Alle Zuschriften für den „Saar-Freund“ sind zu richten an:

**Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11
Königgräber Straße 94.**

Unsere Bundesnadel

das Ehrenabzeichen für alle Saarländer und Anhänger unserer Bestrebungen ist jetzt wieder vorrätig und kann jederzeit durch die

**Geschäftsstelle „Saar-Verein“
Berlin SW 1, Königgräber Straße 94
bezogen werden. Preis 2 Mark.**

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatbilder“. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsliste S. 266) erbitten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein E. V., Berlin SW 11, Königgräber Straße 94. Fernsprech. Anschluß: Amt Bismarck 3243. — Bezugspreis monatlich: 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postkontokonto Berlin NW 7, Nr. 6538 oder auf Deutsche Bank, Postkontokonto O. Berlin SW 47, Bismarck-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein E. V.“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erbitten. — Für den Gesamteinhalt verantwortlich: Kurt Reuser, Berlin. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein E. V.“, Berlin SW 11, Königgräber Str. 94; Druck: Deutscher Schellensverlag, Berlin SW 11.

H. W. L.
APR 25 1927

Saar-Freund

Nachrichten aus dem
abgetrennten
Saar- und Pfalzgebiet



Mitteilungsblatt
des
Bundes der Saar-Vereine

Nummer 7 • 8. Jahrgang

Berlin, 1. April 1927.

Nachflänge zur Genfer Saarentscheidung.

Der Ausgang der Genfer Saarverhandlungen hat im Saargebiet wie auch im übrigen Deutschland eine zum Teil recht leidenschaftliche Presseerörterung zur Folge gehabt. Das ist durchaus begreiflich, wenn man berücksichtigt, daß die vertragsrechtlichen Bestimmungen über die in Genf zur Entscheidung gestandenen Punkte so klar und eindeutig sind, daß eine solche Regelung, wie sie erfolgt ist, kaum hätte erwartet werden dürfen. § 30 des Saarstatuts verbietet, wie immer und immer wieder betont werden muß, im Saargebiet jedweden Militärdienst, er schreibt für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung die Schaffung einer örtlichen Gendarmerie vor. Somit kann keine Auslegung und kein irgendwie gearteter Einwand die Tatsache erschüttern, daß mit der Aufrechterhaltung der Besatzung an der Saar durch den Völkerbund all die Jahre hindurch ein von Frankreich ausgeübter und von der Saarregierung geförderter Vertragsbruch vorliegt. Allein schon aus dieser Tatsache ergibt sich, daß eine unter Vertragsbruch bestandene Einrichtung nicht durch eine ähnliche ersetzt werden durfte. Das beschlossene Bahnschutzkorps stellt aber seinem Charakter wie auch der ihm zugewiesenen politischen Aufgabe nach, einen Besatzungsersatz dar, der also gleichfalls unter Verletzung der Versailler Bestimmungen eingerichtet werden soll. Das sind Binsenwahrheiten, die selbst der raffinierteste Juristentrick nicht zu erschüttern vermag.

Eine ebenso unerschütterliche Tatsache ist es, daß Frankreich keinerlei Bestimmung des Versailler Vertrages nachweisen kann, die ihm die Benützung der Saarbahnen für Zwecke seiner Rheinarmee zusicherte. Wie Dr. Stresemann in seinen verschiedenen Berichten über das Ergebnis von Genf mitgeteilt hat, hatte sich der Völkerbundsrat durch einen Beschluß vom Jahre 1925 bereits grundsätzlich für Anerkennung eines Bahnschutzes ausgesprochen, so daß es der deutschen Delegation in Genf nicht möglich war, die These erfolgreich zu vertreten, daß der Vorschlag der Saarregierung auf Einrichtung eines Bahnschutzes im Saargebiet den vertraglichen Bestimmungen nicht entspreche. Ueber diesen Punkt haben bekanntlich schon im Dezember zwischen dem deutschen und dem französischen juristischen Sachverständigen Erörterungen stattgefunden, wobei sich der französische Staatsjurist auf den Standpunkt stellte, daß die Frage der Berechtigung eines Bahnschutzes auf Grund des Beschlusses des Völkerbundsrates vom Jahre 1925 außer Diskussion stehe, da diese bereits entschieden sei.

Bei den Erörterungen im Saargebiet wie auch in der übrigen deutschen Presse und bei Besprechung der Genfer Ergebnisse im Reichstag ist vielfach die Auffassung vertreten worden, daß es unter den gegebenen Verhältnissen zweifellos richtiger gewesen wäre, sich durch eine Abstimmung im Völkerbundsrat majorisieren zu lassen. Dieser Gedanke hat zunächst etwas Bestechendes für sich, da damit nach außen hin über den Rechtsstandpunkt Deutschlands keine Zweifel hätten aufkommen können. Hierzu hat

Dr. Stresemann in seiner Reichstagsrede vom 23. März unter anderem das Folgende gesagt:

„Es gibt ungeschriebene Gesetze in der Politik, die manchmal größere psychologische Wirkungen ausüben, als geschriebene Gesetze und ein geschriebenes Gesetz des Völkerbundsrats ist es, niemals nach Nationen abzustimmen. Eine Entscheidung dieser Fragen, die sich zwischen Deutschland und einzelnen Nationen entsponnen haben, geschieht immer nur nach diesem ungeschriebenen Gesetz und danach ist immer eine Einigung gesucht und gefunden worden. Bei dem großen Fragenkomplex, den wir noch zu behandeln haben, und bei dem Weg, dessen größte Strecke wir noch zurückzulegen haben, wäre ein anderes Verfahren auf dieser Tagung, wo zum erstenmal der deutsche Außenminister den Vorsitz innehatte, psychologisch nicht richtig gewesen. Denn es hätte den bisher von allen Nationen anerkannten Traditionen widersprochen. Ich frage, ob das Objekt, um das gestritten wurde, in diesem Falle den Einsatz lohnte. Vielleicht wäre es ein Pyrrhussieg gewesen in bezug auf ein weiteres Fortschreiten. Man führe sich doch die Situation vor Augen! Es kam hinzu, daß dieses Deutschland ein neues Mitglied des Völkerbundes war und daß schließlich auch Erwägungen dafür sprachen, das letzte, was wir einzusehen hatten, doch erst dann einzusehen, wenn Deutschlands Stellung in Genf gefestigt war und wenn es sich um eine allgemein lebenswichtige deutsche Frage handelte. Die Situation in der Saarfrage war nach zwei Richtungen hin gekennzeichnet. Das Ziel der in der Bahnschutzfrage gegen mich gerichteten Angriffe ist falsch. Denn der Bahnschutz ist nicht eine Idee der Saarregierung, sondern eine Idee des Völkerbundes, der seinerzeit die Saarregierung vor unserem Eintritt in den Völkerbund aufgefördert hat, ihm darzulegen, wie sie nach dem Abmarsch der französischen Truppen den besonderen Schutz der französischen Güter gewährleisten wolle. Hier hätten wir vor dem Völkerbundsrat die Aufhebung einer Entscheidung fordern müssen, die er einmal getroffen hatte. Da hätte man mir als Vorsitzenden sagen können, daß ich im Interesse der Autorität des Völkerbundes gegen einen solchen Antrag hätte sprechen müssen. Darum haben wir auf einen Antrag verzichtet. Praktisch mußte erreicht werden, daß endlich die französischen Truppen aus dem Saargebiet hinauskommen, was seit Jahren gefordert worden ist von der Saarbevölkerung, die mit unendlicher Geduld und Ausdauer immer wieder den Weg nach Genf gegangen ist. Ein solcher Antrag hätte auf dieser Tagung nicht erledigt werden können. Wir hätten dabei die Einsetzung einer Kommission fordern müssen. Dann wären aber die französischen Truppen in der Zwischenzeit ruhig im Saargebiet geblieben.“

Der Fraktionsredner des Zentrums, Abgeordneter Prälat Kaas, machte zu der gleichen Frage im Reichstag u. a. folgende grundsätzliche Ausführungen:

„Für die deutsche Delegation erhob sich die Frage, ob sie die Majorisierung im Rate dem Abschluß eines Kompromisses

vorzuziehen habe. Im Bewußtsein der Unerforschlichkeit des deutschen Rechtsstandpunktes wäre der erstere Weg gefühlsmäßig der gegebene und auch vom weitesten Teile des Saarlandes und der deutschen Öffentlichkeit erwartete gewesen. Hierdurch wäre jedoch die hinreichend schwierige politische Situation noch ungünstiger beeinflusst worden, ein Umstand, der für die Weiterentwicklung der in Aussicht stehenden größeren politischen Aktionen von ungünstiger Auswirkung hätte sein können. Zudem würde die deutsche Delegation durch starres Beharren an dem formalen Rechtsstandpunkt sich der aussichtsreichen Möglichkeit begeben haben, Verbesserungen an dem Regierungsentwurf anzubringen. Alles in allem genommen wird man zugeben müssen, daß die realpolitische Überlegung und der Gedanke, unter dem Minderwichtigen nicht das Wichtigere leiden zu lassen, die deutsche Delegation, wenn auch mit innerem Widerstreben, den Weg führen mußte, den sie tatsächlich gegangen ist. An dem objektiven unbefriedigenden Charakter des so zustande gekommenen Kompromisses ist natürlich kein Zweifel möglich. Niemand denkt daran, den Mißerfolg in dem Genfer Zwischenakt abzustreiten, oder seine mögliche Tragweite herabzumindern. Auch der Herr Reichsjustizminister hat sich bei der Verteidigung seiner These vor der Stillsitzigkeit gehütet, zum Apologeten seiner selbst zu werden. Wer die ungeschriebenen Verhandlungsgrundsätze Gelfs auch nur in etwa kennt, wird es begreiflich finden, daß Herr Stresemann es im entscheidenden Moment nicht verantworten konnte, eine Majorisierung über sich ergehen zu lassen. Sie hätte an dem Ergebnis nichts geändert, höchstens die Verbesserungen gefährdet, die in der öffentlichen Debatte errungen waren. Wenn Herr Stresemann diesen Weg ablehnte, blieb nichts anderes übrig, als sich der typischen Verhandlungs- und Beschlusform Genfs zu beugen, dem Kompromiß. Immerhin ist es der deutschen Delegation gelungen drei von den vier Bedingungen durchzukämpfen: die Fixierung des Abmarsches der französischen Truppen auf drei Monate, die Festlegung der 800-Mann-Ziffer als Höchstzahl und die Herabsetzungsmöglichkeit ohne vorherige Erlaubnis des Völkerbundesrates, die Heranziehung des Bahnschutzes ausschließlich im Falle außergewöhnlicher Sonderumstände und die Ausschaltung jeder Verbindung zwischen dem Bahnschutz und den militärischen Oberkommandos, und seine Unterstellung ausschließlich unter die Befehle der Regierungskommission. Begreiflich ist, daß dieser Ausgang der langwierigen Verhandlungen über die saarländische Truppenfrage bei der Bevölkerung des von ihr betroffenen Gebietes mit starker Enttäuschung aufgenommen worden ist.

Ob das von Deutschland in Genf gebrachte Opfer sich lohnen wird, läßt sich zurzeit nicht beurteilen. Es war umsonst, wenn auf der Gegenseite in der Behandlung der Saarfrage und der Rheinlandbesatzung nicht baldigst ein neuer Geist einzieht, ein Geist, der mutig die Konsequenzen aus der Erkenntnis zieht, daß die Zeit gekommen ist, an Saar und Rhein nunmehr ganze Arbeit zu machen und mit den traurigen friedensstörenden Restbeständen einer Politik aufzuräumen, an deren politischen, geschweige denn moralischen Erfolg kein vernünftiger Mensch diesseits oder jenseits der Bogen mehr glauben kann. Wir hoffen, daß die Junitagung des Rates bzw. die Septembertagung der Vollversammlung eine politische Lage vorfindet, in der mit Aussicht auf Erfolg Probleme in Angriff genommen werden können, für deren Lösung Locarno, Genf und Thoiry Anfänge waren, denen hoffentlich baldigst eine zielbewußte Fortsetzung beschieden sein wird.

Der Redner der Sozialdemokratie, Abgeordneter Dr. Breitscheid, erklärte zu der gleichen Frage u. a.:

„Der prinzipielle Rechtsstandpunkt ist von der deutschen Delegation aufrechterhalten worden, falsch aber haben die anderen geglaubt. Tatsache ist, daß im Saargebiet keine fremden Truppen gehalten werden dürfen, auf Grund der Bestimmungen des Versailler Vertrages. Im Gegensatz dazu sind wir genötigt, die Anwesenheit von 800 Mann fremder Truppen im Saargebiet zu dulden. Hier sind Rechte Deutschlands aufgegeben worden; aber wir sind nicht demagogisch genug, daraus eine Auflage gegen den Außenminister selbst zu richten. Herr Stresemann hat darum gekämpft, ob 800 oder 300 Mann fremder Truppen im Saargebiet stehen sollen, er hat einen Erfolg davonge-

trogen, daß die bisherige Besatzung zurückgezogen wird, die Eisenbahnschutztruppe bleibt. Es ist allerdings eine bedenkliche Taktik, in den Kampf zu ziehen, wenn man von vornherein entschlossen ist, diesen Kampf mit einem Kompromiß zu beenden. Wie dem auch sei, wir wissen, daß in Genf nicht viel mehr zu erreichen war, als erreicht worden ist.“

Aus den ganzen Ausführungen im Reichstag ergab sich übereinstimmend, daß man mit den letzten Ergebnissen in Genf vor allem in bezug auf die Saarfragen nicht befriedigt ist. Und auch der deutsche Reichsaußenminister erklärte, daß er gar keine Veranlassung habe, sich nicht denen anzuschließen, die sie als unbefriedigend erklären. Für die deutsche Delegation hat es sich somit in Genf nur darum gehandelt, zu entscheiden, ob es richtiger war, sich auf den Standpunkt zu stellen, alles oder nichts, oder ob man versuchen sollte, angesichts der bestehenden Verhältnisse das herauszuholen, was herauszuholen war. Daß das herausgeholt worden ist, wird wohl von keiner Seite, auch nicht im Saargebiet, bestritten.

Das Zentrumsmitglied der Saardelegation, Rechtsanwalt Dr. Levacher, hat in einer großen Versammlung der Zentrumsparlei des Saargebiets erklärt, daß Dr. Stresemann wohl niemals mehr eine so klare und einfache Rechtsfrage im Rat zu verteidigen haben werde, als es auf der Märztagung hinsichtlich der Bahnschutzfrage der Fall war. Er erklärte, daß an dieser Rechtsposition Briand hätte nicht rütteln können, weshalb er die Rechtsausführungen Stresemanns mit der wenig eleganten Bemerkung zur Seite geschoben hat, „die deutschen Rechtsausführungen gehörten zu den Älten und die Älten gehörten am besten in den Altenschrank.“ Dr. Levacher zog daraus sehr richtig die Nutzenwendung, indem er Briand, falls dies seine feste Überzeugung sei, aufforderte, damit beim Versailler Vertrag zu beginnen. Dr. Levacher erklärte weiter mit unbestreitbarem Recht, daß in Genf der reine Rechtspruch gefällt habe, der den Völkerbundsgedanken aufs schwerste schädigen mußte, da er sich dem klaren Recht einer geknechteten Bevölkerung gegenüber durchsetzte. Dr. Levacher vertrat den Standpunkt, daß es erwünschter gewesen wäre, wenn Dr. Stresemann, wenn er schon den Rechtsstandpunkt nicht durchsetzen konnte, sich hätte überstimmen lassen sollen, dem Kompromiß aber seine Zustimmung hätte verlagern müssen. Als Dr. Levacher diese Auffassung vertrat, waren ihm die Gründe, die für die Haltung Stresemanns ausschlaggebend gewesen sind, zweifellos nicht bekannt. Er durfte deshalb mit Recht die Bekanntgabe dieser Gründe fordern. In seinen Ausführungen vom 23. März hat Dr. Stresemann diese eingehend und wohl auch überzeugend dargestellt.

Es ist schwer, jetzt, nachdem die Dinge sich so entwickelt haben, anzugeben, welchen Ausgang die ganze Angelegenheit genommen hätte, wenn Dr. Stresemann es auf eine Abstimmung im Völkerbundsrat hätte ankommen lassen. Einige wahrscheinliche Folgen für die Gesamtlage der deutschen Außenpolitik hat sowohl Dr. Stresemann wie auch Prälat Dr. Kaas angedeutet. Hier handelt es sich letzten Endes um eine Vertrauensfrage. Der deutsche Reichsaußenminister und die übrigen Mitglieder der deutschen Delegation hatten selbstverständlich bei ihren Entscheidungen über die einzelnen zur Erörterung stehenden Fragen den Gesamtkomplex der deutschen Außenpolitik, wie er im Völkerbund zu vertreten ist, zu berücksichtigen und zu erwägen, inwieweit ihre Stellung zu der einen oder anderen Frage auf die Gestaltung der gesamten Außenpolitik einzuwirken in der Lage ist. Dr. Stresemann, der vorher sowohl mit Briand wie mit Chamberlain sich eingehend ausgesprochen hatte, konnte am besten beurteilen, welche Wirkungen die Ablehnung des Kompromisses nicht nur für die Gestaltung der Saarfrage selbst, sondern für die Außenpolitik hätte haben müssen.

Es ist selbstverständlich, daß er über gewisse ihm hierbei zur Kenntnis gekommene Dinge nicht in aller Öffentlichkeit reden kann. Wenn er aber von der Reichstagstribüne herab die Gründe seiner Haltung in der Saarfrage auseinanderlegt, dann wird man entweder das Vertrauen zu ihm haben müssen, daß für seine Entscheidung maßgebend war die Überzeugung, daß die vorhandenen Möglichkeiten bis zum letzten ausgeschöpft worden sind, oder man hat

dieses Vertrauen nicht, dann soll man sich nicht scheuen, seine Gründe hierfür zu nennen. Es kommt hinzu, daß als zweiter Hauptdelegierter der deutschen Völkerbundsdelegation der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Herr von Schubert aufgetreten ist, dessen engere Beziehungen zum Saargebiet hinreichend bekannt sind. Wir glauben nicht, daß Staatssekretär von Schubert den Reichsaußenminister zu einer Entscheidung geraten hätte, wenn er nicht davon überzeugt gewesen wäre, daß sie im Rahmen des Möglichen die beste Lösung für das ihm auch persönlich nahestehende Saargebiet gewesen wäre. Wenn auch die deutsche Rechtsauffassung, die sich vollkommen deckt mit der Rechtslage auf Grund der Versailler Bestimmungen, in Genf nicht zum Siege geführt werden konnte, so ist sie dennoch nicht von der deutschen Delegation aufgegeben worden. Für die deutsche Delegation war maßgebend einmal, daß ein Fortschritt in der Saartruppenfrage durch Festlegung des Termins der Zurückziehung der französischen Saartruppen erreicht wurde und zum andern, daß durch Zustimmung zu dem Kompromiß die Fortführung der deutsch-französischen Verständigungsverhandlungen sichergestellt werden konnte.

Auch in der Frage der Zusammenfassung der Saarregierung hat sich die deutsche Delegation einer Entscheidung unterworfen, die weder der Rechtsforderung noch vor allem dem Verlangen der Saarbevölkerung entspricht. Auch hier ist die deutsche Reichsregierung schon vor der endgültigen Entscheidung in Genf selbst aus saarländischen Kreisen, die dem deutschen Reichsaußenminister parteipolitisch nahestehen, zum Teil recht heftig angegriffen worden. Dem deutschen Auswärtigen Amt ist zum Beispiel der Vorwurf gemacht worden, daß es nicht rechtzeitig für die Abberufung des belgischen Mitgliedes Lambert entscheidende Schritte unternommen habe. Auch diese Vorwürfe sind der deutschen Regierung gemacht worden in Unkenntnis der Dinge und unter Nichtbeachtung gewisser diplomatischer Imponderabilien, über die sich eine verantwortliche außenpolitische Leitung nicht ungestraft hinwegsetzen kann. Man dürfte sich inzwischen davon überzeugt haben, daß es für die deutsche Außenpolitik ein unberechenbarer Schaden gewesen wäre, wenn sie einen gewissen diplomatischen Takt in der Frage Lambert außer acht gelassen hätte. Daß nicht immer der verantwortliche Leiter der Außenpolitik des betreffenden Landes mit seiner Auffassung durchzudringen vermag, hat sich gerade aus der unverständlichen Haltung der belgischen Regierung in der Frage der Begnadigung des deutschen Schupobeamten, der den belgischen Oberleutnant Graff während des Ruhr-

krieges erschoss, gezeigt, wo die belgische Regierung nur die Vollstreckung der Todesstrafe als geeignete Sühne angesehen hat, obwohl der belgische Außenminister Vandervelde als Sozialist bestimmt Gegner der Todesstrafe ist. Es kann wohl kaum bestritten werden, daß Vandervelde in der Frage Lambert die Erklärung über eine andere Zusammenfassung der Saarregierung im nächsten Jahre nicht abgegeben hätte, wenn der deutsche Außenminister jetzt in Genf kategorisch die Abberufung Lamberts gefordert hätte. Hier spielen Erwägungen mit, die dem Außenstehenden nicht ohne weiteres erkennbar sein können, die aber für die Entscheidung der deutschen Delegation ausschlaggebend sein mußten.

Alles das ändert an der Tatsache nichts, daß, wie auch Dr. Stresemann erklärte, das Ergebnis von Genf in der Saarfrage unbefriedigend ist. Wenn daran Kritik zu üben ist — und sie ist es in reichlichstem Maße —, dann muß diese Kritik gegen den Völkerbund gerichtet werden, der trotz der völligen Veränderung der politischen Atmosphäre in Europa und in der Welt auch heute noch Grundsätze vertritt, die reinen machtpolitischen Erwägungen entsprechen. Die Grundsätze des Rechtsgedankens und der Selbstbestimmungen haben sich im Völkerbund noch nicht durchsetzen vermocht. Daß hierfür in erster Linie Frankreich die Schuld trägt, ist ebenso naheliegend wie die Tatsache, daß das System der Bildung von Machtgruppen innerhalb des Völkerbundes noch nicht aufgegeben worden ist. Deutschlands Mitwirkung im Völkerbund kann bestimmt allmählich eine Besserung herbeiführen; daß es aber in kurzer Zeit den Völkerbund zu jener überparteilichen Staateninstanz gestalten kann, wie sie allein im Völkerbund verkörpert sein sollte, ist kaum anzunehmen. Wenn aber Deutschland weiterhin bestrebt sein wird, den Gedanken des Rechts und der Ueberparteilichkeit im Völkerbund zur Geltung zu bringen, dann wird es allmählich immer mehr Anhänger unter den neutralen Staaten finden und damit Mittkämpfer für eine Idee sammeln, die den Völkerbund zu einem wirklichen Völkerbund für Recht, Wahrheit und Unparteilichkeit gestalten. Der erste, wenn auch kleine Schritt hierzu, ist zweifellos durch die deutsche Völkerbundsdelegation in der Märztagung getan worden.

Im übrigen zeigen aber die Vorgänge in Genf und ihre Auswirkungen im Saargebiet, daß die Mitgliedschaft Deutschlands im Völkerbund auch gewisse Gefahren in sich birgt, dann nämlich, wenn wie jetzt im März der Völkerbund unter deutscher Mitwirkung Beschlüsse faßt, die der Auffassung im Saargebiet und auch den Rechtsbegriffen nicht entsprechen.

Das Saargebiet in der internationalen Politik.

Von Oberlandesgerichtsrat Andres-Naumburg, Vorsitzender des Bundes der Saarvereine — Berlin.

Zusammengefaßter Ueberblick über die Politik des Saargebiets, auf Grund der Vorträge im Auditorium Maximum der Universität München und im Auditorium Maximum der Technischen Hochschule in Danzig.

Das Saargebiet ist jener südwestliche Zipfel des deutschen Vaterlandes, der, von der Saar durchflossen, seine wirtschaftliche Einheit und Abgrenzung durch das Vorkommen der Steinkohle erhält. Das Gebiet gehört zu $\frac{1}{2}$ der preussischen Rheinprovinz und zu $\frac{1}{2}$ der bayerischen Pfalz an. Es hat im ganzen einen Umfang von etwa $\frac{1}{2}$ der ganzen bayerischen Pfalz, ist aber außergewöhnlich stark bevölkert: auf dem dritten Teil Fläche wohnen hier soviel Menschen wie in der ganzen Rheinpfalz; etwa 750 000 Menschen, von denen $\frac{1}{2}$ den handarbeitenden Schichten angehören, hauptsächlich als Bergarbeiter und Industriearbeiter. Auf diesem Gebiet mit seinem Kohlenreichtum hatte Frankreich schon immer lüsterne Blicke geworfen: noch 1866 begehrte Napoleon als „petite rectification de la frontière“ die Einverleibung des Gebietes in Frankreich als Kompensation gegen die preussischen Erfolge im deutschen Bruderkrieg. Nach unserem Zusammenbruch im Weltkrieg kam Frankreich auf seine Gelfüste zurück: es regte offiziell bei der Friedenskonferenz die Einverleibung des Gebietes in Frankreich an, mußte sich aber auf den Widerspruch Wilsons mit der Regelung begnügen, die im Versailler Vertrag geschaffen ist.

Diese Regelung diktiert die Uebertragung des Eigentums an den Saarkohlengruben auf den

französischen Staat als Ersatz für die in Nordfrankreich zerstörten Kohlengruben im besonderen und als Anzahlung auf die Kriegsschädigung im allgemeinen. Dieser rein wirtschaftliche Zweck — das ist festzuhalten — ist der einzige Zweck der Saargebietsregelung. Aber, um diesen Zweck zu erreichen — zur Sicherung der ungehinderten Ausbeutung der Gruben durch den französischen Staat — ist auch die Einrichtung einer besonderen Völkerbundsregierung diktiert und damit eine Lockerung von der deutschen Staatsgewalt vollzogen worden. Im Jahre 1935 — 15 Jahre nach dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages — soll die Bevölkerung dann darüber abstimmen, ob sie zu Deutschland zurück will, ob sie zu Frankreich will oder ob sie unter dem Völkerbund ein staatliches Sonderdasein führen will. Kommt sie zu Deutschland zurück, dann soll Deutschland die Kohlengruben zurückkaufen dürfen.

Diese im Versailler Vertrag vorgeschriebene Regelung verleiht zunächst das Selbstbestimmungsrecht der Völker, dessen Beachtung uns zugesichert war.

In seiner Ansprache an den Kongreß vom 11. Februar 1919 hat Wilson gesagt, daß, wenn nicht die durch den Krieg auf-

geworfenen Probleme gelöst würden im Hinblick auf die Wünsche natürlicher Zusammengehörigkeit und völkischer Ansprüche kein dauernder Friede erreicht werden könne: es sollten keine Völker durch eine internationale Konferenz oder eine Vereinbarung zwischen Gegnern von einer Staatshoheit an eine andere ausgeliefert werden, nationale Ansprüche müßten beachtet werden, die Völker dürften nur noch gemäß ihrer eigenen Zustimmung beherrscht und regiert werden; das Selbstbestimmungsrecht sei nicht eine bloße Frage, es sei ein gebieterischer Grundsatz des Handelns, den die Staatsmänner nur auf ihre eigene Gefahr mißachten könnten; Völker und Provinzen dürften nicht von einer Staatshoheit in eine andere herumgeschoben werden, als ob es sich lediglich um Steine in einem Spiele handele. Jede Lösung einer Gebietsfrage, die durch den Krieg aufgeworfen sei, müsse im Interesse und zugunsten der betreffenden Bevölkerungen und nicht als Teil eines bloßen Ausgleichs oder Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Staaten getroffen werden. — In seiner Ansprache in Baltimore vom 6. April 1918 hat Wilson wieder auf das zu verfolgende Ziel des Selbstbestimmungsrechts hingewiesen. — In seiner Rede in Mount Vernon vom 4. Juli 1918 hat er als Kriegsziel hervorgehoben: Regelung aller Fragen auf der Grundlage einer freien Annahme dieser Regelung durch das Volk, das unmittelbar davon betroffen ist, und nicht auf der Grundlage des materiellen Interesses oder Vorteile irgendeines anderen Volkes. — In seiner Rede in Newport vom 27. September 1918 hat er betont, die Völker müßten durch ihren eigenen Willen und ihre eigene Wahl regiert werden.

Die vom Präsidenten Wilson in diesen Reden niedergelegten Grundzüge sind als Grundlage des Waffenstillstandes und des künftigen Friedens von den feindlichen Mächten feierlich angenommen worden. Trotzdem sind die Bewohner des Saargebietes durch den Versailler Vertrag für 15 Jahre einer anderen Regierungsgewalt unterstellt worden, als der sie bis dahin unterstellt waren. Sie sind über diese Änderung nicht befragt worden. Ihr Wille, mit Deutschland, Preußen und Bayern verbunden zu bleiben, lag klar zutage und wurde auch von den Diktatoren von Versailles nicht verkannt.

Professor Hastings, der mexikanische Beigeordnete des Sachverständigenkollegiums, das den Text der Saargebietsbestimmungen auszuarbeiten hatte, sagt in seinem Buche: „Some problems of the Peace Conference“: „Wenn man die Bevölkerung befragt hätte, würde sie zweifellos für das Verbleiben bei Deutschland gestimmt haben.“ Wenn also eine sofortige Volksabstimmung, die an sich allein den Wilsonschen Grundsätzen vom Selbstbestimmungsrecht entsprochen hätte, nicht vereinbart wurde, so geschah es lediglich deshalb, weil zurzeit der Wille der weitaus überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, unter der deutschen Staatsgewalt zu bleiben, feststand, dieser Wille aber mit Rücksicht auf die Ausübung der Gruben durch Frankreich auf 15 Jahre hinsichtlich der Ausübung der Regierung unbeachtet bleiben sollte.

Um Wilson geneigt zu machen, dieser Vergewaltigung des Willens des Saarlokes zuzustimmen, hat Clemenceau ihm vorgespiegelt, es gebe im Saargebiet, wenn auch keine Mehrheit, so doch eine beachtliche Minderheit, nämlich 150 000 Menschen, die Franzosen seien; diese hätten im Jahre 1918 Adressen an den Präsidenten Poincaré gerichtet. Die Behauptung war eine grobe Lüge. Im Saargebiet gab es 1919 unter den 750 000 Bewohnern noch keine 100, die Franzosen waren — auch nicht nach Ursprung und Gefühl — und es ist nicht wahr, daß 1918 aus dem Saargebiet Adressen an den Präsidenten Poincaré gelangt wären.

Die Diktatoren von Versailles haben ihren Wortbruch damit zu beschönigen versucht, daß es sich um eine vorübergehende Sache handele, daß die Bevölkerung nach 15 Jahren ja berufen werden solle, sich über ihre endgültige politische Zukunft zu äußern. Aber um eine Uebergangszeit in dem Sinne, daß die Vorbereitung einer Volksabstimmung notwendig eine gewisse Zeit erfordert, handelt es sich nicht, und 15 Jahre Fremdherrschaft sind eine Einrichtung, die sich mit den Grundsätzen der Selbstbestimmung schlechterdings nicht vereinigen läßt. Es ist schon nicht anders: Die Diktatoren von Versailles haben einem freien Volke eine

fremde Regierung auferlegt, weil sie lebendige Menschen als ein Anhängsel toter Bodenschätze, die sie ungestört ausbeuten wollten, zu behandeln für gut fanden. Ueber den hehren Grundsatz Wilsons, der es ja gerade ausdrücklich verwirft, wenn auf der Grundlage des materiellen Interesses oder Vorteils irgendeines Volkes ein anderes Volk unter eine Regierung gestellt wird, die es nicht haben will, hat sich Wilson, umstrickt von seinen Verbündeten, hinweggesetzt.

Aber nicht nur das Selbstbestimmungsrecht der Völker haben die Diktatoren von Versailles mit ihrer Saargebietsregelung verletzt, sie haben mit ihrem Diktat sich auch noch in anderer Weise Lügen gestraft.

Im Art. 16 des Versailler Vertrages ist ausdrücklich versichert, daß durch die besondere staatsrechtliche Regelung für das Saargebiet die Rechte der Bevölkerung nicht angetastet werden sollen, und der Schutz der Rechte der Bevölkerung ist dann im Eingang zum eigentlichen Saarstatut erneut besonders betont. Das wichtigste staatsbürgerliche Recht, das die Bewohner des Saargebietes hatten, war die Teilnahme an der Regierung und an der Gesetzgebung in Gestalt des Wahlrechts zum Reichstag und zu den Landtagen, die beide mitbestimmende Faktoren der Gesetzgebung und der Regierung nach deutschem Staatsrecht waren. Das Recht ist kurzer Hand gestrichen worden: die Saarbevölkerung darf weder ihr Wahlrecht zu Reichstag und Landtagen ausüben, noch ist ihr ein Mitbestimmungsrecht bei der Gesetzgebung und Verwaltung unter der Völkerbundregierung eingeräumt. Es ist lediglich bestimmt, daß die gewählten Vertreter der Bevölkerung vor dem Erlaß von Gesetzen „gehört“ werden sollen, also nicht als mitbestimmende Gesetzgeber, sondern nur unverbindlich als Gutachter. Das Recht der Gesetzgebung und Regierung übt im übrigen die Regierungskommission als absoluter Herrscher allein aus. Sie ist nur durch ihre Verantwortung gegenüber dem Völkerbundsrat, auf dessen Zusammenkunft aber wiederum die Saarbevölkerung keinen Einfluß hat, beschränkt.

Fürwahr, die Diktatoren von Versailles, die sich als Vorkämpfer echter demokratischer Rechtsordnung laut gebrüstet haben, haben hier im Saargebiet ein Gebilde errichtet, das allen demokratischen Grundsätzen ins Gesicht schlägt. Eine autokratischere Staatsform als hier im Saargebiet gibt es kaum noch irgendwo anders auf der weiten Erde.

Und nun lassen Sie uns betrachten, wie sich die Saarbevölkerung zu dieser Vergewaltigung und Entrechtung gestellt hat. An eine gewaltsame Auflehnung war natürlich nicht zu denken. Aber man hätte vielleicht an einen passiven Widerstand denken können: an eine Ablehnung der Anerkennung der Rechtsgültigkeit der neuen Ordnung und eine Verweigerung jeder Beihilfe bei ihrer Durchführung. Das war der eine Weg, und die politischen Führer haben sich ihn wohl überlegt.

Der andere entgegengesetzte Weg war der der resloßen Anerkennung der neuen Ordnung, der Bereitwilligkeit sich ihr ohne Widerspruch zu fügen und mitzuhelfen bei ihrer Durchführung. Auch diesen Weg haben sich die Führer überlegt.

Die deutsche Politik im Saargebiet ist aber keinen der beiden Wege gegangen. Die berufenen Führer der Bevölkerung haben sich das Versailler Diktat angesehen und haben gefunden, daß in ihm in schamhafter Verkleidung der Vergewaltigung Säke standen, die bei einer klugen Politik ausgenutzt werden konnten. So der schon erwähnte Satz von der „Aufrechterhaltung der Rechte der Bevölkerung“, ferner von der „Unantastbarkeit der Staatsangehörigkeit der Bewohner“, ihrer Sprache, ihrer Religion, ihrer Schule, ihrer gemeindlichen Selbstverwaltung, ihrer Gesetze, ihres Steuersystems. Sie haben sich dann gesagt: Es ist unsere vaterländische Pflicht, diese kümmerlichen Reste von Rechten, die dem Deutschland geblieben sind, zu verteidigen bis zum Äußersten, und das können wir nur, wenn wir uns einer Mitarbeit im Rahmen der uns aufgezwungenen Rechtsordnung nicht verweigern und versuchen, Einfluß zu gewinnen auf die Regierung. Darum sind sie einen mittleren Weg gegangen: sie haben laut, feierlich und einmütig protestiert gegen die Gewalt, die

ihnen eine Regierung setzte, die sie nicht wollten, sie haben unmißverständlich bekannt, daß sie Deutsche bleiben wollten, was sie von jeher waren, sie haben ihrer unerschütterlichen Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die Volksabstimmung nach 15 Jahren, wenn sie so unbeeinflusst bliebe, wie es der Versailler Vertrag versprach, sie zum deutschen Vaterland zurückführen werde, und sie haben auf dieser Grundlage sich zu einer Mitarbeit im Rahmen der gegebenen Verhältnisse bereit erklärt. Mancher Vaterlandsfreund war zweifelhaft, ob es nicht besser wäre, die Franzosen ungestört wursteln zu lassen, um so gründlicher würden sie sich verhasst machen, um so sicherer müsse die Sehnsucht nach dem Vaterland wach bleiben und wachsen. Aber die Entwicklung hat doch gezeigt, daß das Saarpolk den rechten Weg gegangen ist.

Sein ständiger Protest gegen die Vergewaltigung hat dazu geführt, daß mancher der Feinde sich heute schämt der Vergewaltigung eines freien Volkes und des Bruchs feierlichster Versprechungen und ungeschehen wünscht, was geschehen ist, und daß dem Völkerbundsrat die unbebaglichste Aufgabe von allen Aufgaben, die ihm obliegen, die Verwaltung des Saargebietes ist. Das mutige, offene und fortgesetzte Bekenntnis des Saarpolkes zum Deutschtum hat dazu geführt, daß heute niemand mehr — auch der verständige Franzose nicht — daran zweifelt, daß die Volksabstimmung einen gewaltigen Sieg des Deutschtums und eine Riesenblamage für Frankreich bringen wird. Ein Abbau der nutzlosen französischen Propaganda war die Folge. Die tätige Mitarbeit des Volkes bei der Durchführung der neuen Rechtsordnung hat verhütet, daß bei der Verwaltung die deutschen Belange ganz mißachtet werden konnten, sie hat doch ein Dämmern der Erkenntnis im Völkerbundsrat, daß so ganz unverhüllt französisch nicht regiert werden dürfe, herbeigeführt.

Es ist interessant und lehrreich, diesen allmählichen Sieg der Idee über die Gewalt, der Vaterlandsliebe über das Bajonett zu verfolgen.

Im Rahmen dieser Ausführungen läßt sich eine erschöpfende Darstellung dieses vorbildlichen Kampfes eines freiheitsliebenden Volkes mit einer den französischen Gelüsten allzu willfährigen Gewalt nicht geben, aber einzelne markanten Etappen auf dem Wege sollen hier vor Augen geführt werden.

Von der fremden Besatzung ist das Saargebiet nach dem Versailler Vertrag ausdrücklich ausgeschlossen. Der § 30 des Saarstatuts schreibt vor, daß im Saargebiet weder allgemeine Wehrpflicht noch freiwilliger Heeresdienst bestehen und daß nur eine örtliche Gendarmerie zur Aufrechterhaltung der Ordnung eingerichtet werden soll. Die Regierungskommission hat aber zunächst keine örtliche Gendarmerie eingerichtet, sondern hat Frankreich gebeten, das Militär im Saargebiet zu belassen, damit es die Ordnung aufrechterhalte. Der Völkerbundsrat konnte nicht anders als anerkennen, daß dieses Verfahren dem Vertrag nicht entsprach, aber er hatte nicht die Kraft, dem Vertrag Geltung zu verschaffen, und er ließ seine Verletzung zu mit den fadenscheinigen Gründen, es seien keine geeigneten Kräfte für die Einrichtung der Gendarmerie und nicht das dazu erforderliche Geld vorhanden. Daß die geeigneten Kräfte nicht vorhanden seien, wurde lebhaft bestritten von den berufenen Vertretern des Saargebietes, die sich auch bereit erklärt haben, die Lasten für die Einrichtung der örtlichen Gendarmerie auf sich zu nehmen. Es nützte zunächst nichts, das französische Militär blieb im Lande, ja die Regierungskommission übergab ihm gelegentlich, wie beim Beamtenstreik, die vollziehende Gewalt und duldete, daß Saarländer vor französische Kriegsgerichte gezogen wurden. Die Verletzung des Versailler Vertrages durch die Belassung des französischen Militärs im Saargebiet ist eine so offenbare und freche Verletzung des Vertrages, daß sie allein hinreichen könnte, sich von diesem Vertrag loszusagen.

Aber das fortgesetzte Bohren der Bevölkerung hat nun doch dazu geführt, daß eine einheimische Gendarmerie geschaffen wurde, die ganz offenbar auch hinreicht zur Aufrechterhaltung der Ordnung bei dem ordnungsliebenden Volke. Frankreich ist natürlich dieser Zustand der Entbehrlichkeit seines Militärs äußerst peinlich. Darum meint es, wenigstens ein

ausreichender Schutz seiner Truppentransporte aus dem besetzten Gebiet nach Frankreich und umgekehrt müsse gesichert werden. Die den französischen Wünschen immer noch willfährige Mehrheit der Regierungskommission hat deshalb dem Völkerbundsrat vorgeschlagen, eine internationale Sicherheitstruppe von 800 Mann — es werden natürlich Franzosen sein — im Lande zu belassen. Das wäre natürlich immer noch ein vertragswidriger Zustand, und die Bevölkerung des Saargebietes protestiert darum auch auf das heftigste gegen diese „Lösung“. Sie verlangt die restlose Entfernung des französischen Militärs, auch die Unterlassung von Truppentransporten durch das Saargebiet, die ebenso unverträglich sind mit dem Versailler Vertrag wie Truppentransporte durch die Schweiz oder durch Holland. Das wird von heute auf morgen noch nicht erreicht werden: aber, wenn auch das Ganze noch nicht erreicht wird, einen kleinen Fortschritt hat das zähe Bohren der Bevölkerung doch erreicht; es ist eine Etappe auf dem Wege zur Freiheit, wenn an die Stelle von vielen Tausenden von Besatzungstruppen einige Hundert treten.

Eine weitere Etappe. Der § 28 des Saarstatuts setzt fest, daß die Einwohner ihre Schule behalten. Bei den Bestimmungen über die Ausbeutung der Gruben hat sich Frankreich im § 14 aber vorbehalten, als Nebenanlagen der Gruben Volksschulen für das Personal und die Kinder des Personals zu gründen und zu unterhalten und den Unterricht darin in französischer Sprache nach einem vom französischen Staat festgesetzten Lehrplan und durch von ihm ausgewählte Lehrer erteilen zu lassen. Der französische Staat und die Regierungskommission haben sich gleich daran gemacht, diesen Vorbehalt in den Dienst ihrer Französisierungspolitik zu stellen. Die französischen Schulen, angeblich für das Personal und die Kinder des Personals, schossen wie Pilze aus dem Boden. Die Regierungskommission hat erklärt, daß diese Schulen nicht nur für das französische, sondern auch für das deutsche Personal bestimmt seien, hat verfügt, daß, wer die französischen Schulen besuche, seiner gesetzlichen deutschen Schulpflicht genüge, und hat schließlich bestimmt, daß auch Kinder von Eltern, die nicht zum Personal der Gruben gehörten, die französischen Schulen besuchen dürften. Und nun suchte der allmächtige Arbeitgeber im Saargebiet, der französische Staat, von dem unmittelbar oder mittelbar zwei Drittel der Einwohner notgedrungen leben müssen, mit allen Mitteln des Drucks und der Verlockung den Besuch der französischen Schulen zu fördern und den Besuch der alten deutschen Volksschulen zu hintertreiben. Dabei verlegte er den Versailler Vertrag weiter dadurch, daß er nicht nur Volksschulen, sondern auch Mittelschulen errichtete, und daß er nicht nur in französischer Sprache, sondern auch in deutscher Sprache den Unterricht erteilen läßt. — Es hat alles nichts genutzt. An auffallendem Schülermangel litten die französischen Schulen von Anfang an und an galoppierendem Schülerschwund sind sie jetzt bis auf kümmerliche Reste eingegangen.

Eine weitere Etappe. In den ersten Monaten des Jahres 1923 versuchte die Bergarbeiterschaft des Saargebietes durch einen Streik bessere Lohnbedingungen von ihrem Brotherrn, dem französischen Staat, zu erlangen. Es hätte nahegelegen, daß die Regierungskommission, die nach dem Versailler Vertrag doch auch die Aufgabe hat, die Rechte und die Wohlfahrt der Bevölkerung sicherzustellen, und deren einzige Richtlinie nach der Weisung des Völkerbundes das Wohl der Bevölkerung sein soll, eine unparteilich-vermittelnde Stellung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingenommen hätte. Sie hat sich aber von vornherein ganz auf die Seite des französischen Staates gestellt und hat den Streik, der in vollkommener Ruhe und mit einer vorbildlichen Zucht verlief, mit Gewalt zu unterdrücken versucht. Sie hat eine Notverordnung ohne die vorgeschriebene Anhörung von Vertretern der Bevölkerung erlassen, die an Knechtung der freien Meinungsäußerung so ziemlich alles in den Schatten stellte, was Tyrannenwillkür sich bisher nach dieser Richtung ausgedacht hatte. Diese Notverordnung war so toll, daß sie selbst dem Völkerbundsrat zu toll war. Auf seine Weisung mußte sie wieder aufgehoben werden. Die Vertreter der Bevölkerung hatten im Völkerbundsrat hauptsächlich England und Schweden für sich gewonnen. Auch hier ist noch nicht Alles erreicht, denn immer noch bestehen im Saargebiet die freie Meinungsäußerung hem-

mende Verordnungen, aber auch hier ist ein Schritt vorwärts getan, zum mindesten ein Angriff abge schlagen.

Ich komme zur Frage der Anhörung der Bevölkerung beim Erlass von Gesetzen. Der § 23 des Saarstatuts schreibt vor, daß Änderungen der bestehenden Gesetze im Saargebiet nur nach Anhörung der gewählten Vertreter der Bevölkerung stattfinden sollen: das ist der einzige Tropfen demokratischen Oeles, der sich in der Rechtsordnung autokratischer Fremdherrschaft für das Saargebiet findet. Und was hat die Regierungskommission aus diesem Tropfen gemacht? Bei ihren ersten Verordnungen hat sie überhaupt Vertreter der Bevölkerung nicht gefragt, bei späteren hat sie zu einigen wenigen die Kreistage sich äußern lassen, ist aber in allen Fällen, in denen die Äußerung gegen den Vorschlag aussiel, einfach hinweggegangen über das Gutachten der Kreistage. Später hat sie sich dann aber doch — dem immer stärker werdenden Druck der Bevölkerung nachgebend — dazu bequemen müssen, eine Volksvertretung zu schaffen, der sie Gesetzesvorschläge zur Begutachtung vorlegte und die sie Landesrat nannte. Der Landesrat ist alles andere als ein mitbestimmender Faktor der Staatsgewalt. Er hat kein anderes Recht, als seine Meinung zu äußern, wenn die Regierungskommission ihn fragt. Die Antwort mag ausfallen wie sie will, die Regierungskommission kümmert das wenig, sie geht einfach über die Meinung der Bevölkerung bei ihrer gesetzgebenden Tätigkeit hinweg: das nennt man „Sicherstellung der Rechte und der Wohlfahrt der Bevölkerung“. Die Regierungskommission hat auch in den Wahlvorschriften alles aufgeboten, was an ihr liegt, um zu erreichen, daß die fremden Einflüsse, die sich im Lande breit machen, bei den Wahlen zur Geltung kommen, und daß die alten deutschen Einflüsse und Führer lahmgelegt werden. Trotzdem bedeuteten die Wahlen zum Landesrat in allen Fällen ein erhebendes einmütiges Bekenntnis der gesamten Bevölkerung zu Deutschland. Von den 30 erwählten Abgeordneten sind es höchstens einer oder zwei, denen man als nicht ganz zuverlässig vom deutschen Standpunkt zu mißtrauen Veranlassung hat, und auch diese Abgeordnete fassen es doch noch als eine Beleidigung auf, wenn man ihre deutsche Gesinnung anzweifelt. Die separatistischen Saarbündler haben keinen Sitz erhalten. Das erste, was der Landesrat tat, war ein feierliches Treugelöbnis aller Parteien ohne Ausnahme zum deutschen Vaterland.

Als er aber nie beachtet wurde, hat es schließlich der erste Landesrat einmal unter seiner Würde erklärt, sich über einen Gesetzesvorschlag überhaupt zu äußern. Das hat dann doch dazu geführt, daß so wie bisher die Stimme des Landesrats nicht mehr beiseite geschoben werden kann.

Eine weitere Etappe des Fortschritts ist in der Zusammensetzung der Regierungskommission selbst festzustellen, und zwar nach zwei Richtungen. Die Regierungskommission soll nach dem Versailler Vertrag aus einem Saarländer — daß er Deutscher sein soll ist nicht einmal ausdrücklich gesagt — einem Franzosen und drei Personen, die weder Deutsche noch Franzosen sind, bestehen. Der im französischen Jahrbücher schwimmende Völkerbundsrat, der die Regierungskommission und ihren Präsidenten zu ernennen hat, hat nun zunächst in größlicher Verletzung seiner treuhänderischen Verpflichtung den Franzosen, den Staatsrat Kault, zum Präsidenten der Regierungskommission gemacht. Die Bevölkerung hat unaufhörlich dagegen protestiert und hat schließlich erreicht, daß vor einem Jahre Kault seinen Abschied nahm und an seiner Stelle der Kanadier Stephens zum Präsidenten der Regierungskommission ernannt wurde. — Weiter! Im Anfang der Völkerbundsregierung pflegte der Völkerbundsrat verschiedentlich bei der Ernennung des Saarländers über die einhellig geäußerten Wünsche der Bevölkerung hinwegzugehen und vereinzelt im Saargebiet sitzende Französlinge als Saarländer in die Regierungskommission zu berufen. Der erste war der Dr. Hector aus Saarlouis, nachdem der ehrenwerte Herr von Boch sein Amt niedergelegt hatte, weil er die Handlungen der Regierungskommission vertragswidrig fand und nicht mehr mit verantworten wollte. Gegen den Franzhösling Hector aber führte die Presse, unterstützt von der gesamten Bevölkerung einen hartnäckigen und tapferen Kampf. Sie warf ihm Landesverrat, begangen durch gemeinen Betrug, vor. In dem Ver-

fahren wegen Beleidigung gegen den Schriftleiter Franke von der „Saarbrücker Zeitung“, die die Beschuldigung gebracht hatte, trat der Angeklagte Franke den Beweis dafür an, daß Hector als Bürgermeister von Saarlouis ohne Vollmacht der Stadterordneten Briefe an Clemenceau geschrieben hatte. Hector hat es als Zeuge eidlich in Abrede gestellt. Die Briefe wurden aber in Saarlouis auf dem Bürgermeisteramt gefunden und konnten vorgelegt werden. Der überführte Landesverräter mußte seinen Strafantrag zurücknehmen und sein Amt als Mitglied der Regierungskommission niederlegen. Sein Nachfolger wurde eine wieder von der Bevölkerung ob seiner nicht zuverlässigen deutschen Gesinnung abgelehnte Null. Die Bevölkerung betrieb hartnäckig seine Erziehung durch eine andere Person und erreichte im Frühjahr 1924, daß saarländisches Mitglied der Regierungskommission der frühere Bergarbeiter und Reichstagsabgeordnete des Zentrums Kohnmann wurde, an dessen deutscher Gesinnung man nicht zu zweifeln braucht und der seine natürliche aber schwere Aufgabe, im immer noch vorwiegend deutschfeindlichen Kollegium der Regierungskommission ein Hüter und Verfechter der deutschen saarländischen Belange zu sein, mit Geschick und gutem Blick für das Erreichbare erfüllt. — Es bleibt in der Zusammensetzung der Regierungskommission immer noch viel zu ändern, ehe auch nur der Treuhändcharakter der Saarregierung in ihr zum Ausdruck kommt. Das nächste wird die Sorge dafür sein müssen, daß Angehörige von Staaten, die im Weltkrieg neutral waren, in die Regierungskommission kommen, das weitere, daß der Deutsche der Präsident dieser Regierung für ein deutsches Land wird. Beide Fragen stehen auf der Tagesordnung, nachdem der Präsident, der Kanadier Stephens, seinen Abschied eingereicht hat.

Eine weitere kleine Etappe im Fortschreiten zur Befreiung ist in der Zollfrage erreicht. Der französische Staat ist an sich nach dem Versailler Vertrag der Herr der Ausfuhr und der Einfuhr in dem ganzen Gebiet. Das Saargebiet ist dem französischen Zollsystem eingeordnet. Einfuhr und Ausfuhr werden an den Grenzen nach dem inneren Deutschland überwacht und verzollt, nur für die ersten fünf Jahre waren Erleichterungen für den Warenaustausch zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Deutschland gewährt. Es ist klar, daß eine immer zunehmende Umstellung der Wirtschaft des Saargebietes nach dem Westen die Folge sein mußte. Die Unsinnigkeit dieser den Interessen des Gebietes glatt zuwiderlaufenden wirtschaftlichen Abschneidung des Saargebietes vom übrigen Deutschland und die ständigen Beschwerden der Bevölkerung haben nun bereits zu einer Abschwächung dieser Zollvereinbarung mit Frankreich geführt, die den Warenaustausch zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Deutschland doch wesentlich erleichtert gegenüber dem Warenaustausch zwischen dem übrigen französischen Zollgebiet und Deutschland.

Ich möchte als einen Fortschritt für das Saargebiet auch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bezeichnen. Zu der unmittelbaren Nachstellung des französischen Staates im Saargebiet durch die Herrschaft über die Gruben, die Besatzung und die Zollvereinbarung kam ja die mittelbare durch den Völkerbund. Der Völkerbund, dem die Regierung des Saargebietes als einem Treuhänder anvertraut ist, hat in den ersten Jahren seines Bestehens nur nach der Pfeife Frankreichs getanzt. Deutschland hatte keine Stimme in ihm. Amerika, das vielleicht ein Gegengewicht gegen Frankreich hätte bilden können, hat sich vom Völkerbund, dessen Vater sein Präsident war, zurückgezogen. England wagte nicht gegen das waffenstarke Frankreich aufzutreten und wird es nur tun, wenn starke englische und saarländische Interessen mit den deutschen und saarländischen Interessen zusammenfallen. Kleine rechtlich denkende Nationen spielten eine zu geringe Rolle im Völkerbundsrat. — Die Stellungnahme der Saarbevölkerung zu der hochwichtigen politischen Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund ist nun äußerst interessant. Die Saarbevölkerung hat vom ersten Tage an betont, daß sie in dem Völkerbundsrat, der nun einmal die oberste Instanz für die Verwaltung des Saargebietes ist, gern einen Anwalt hätte, von dem sie die Gewißheit habe, daß er sich

der Belange des Saargebietes aus vollem Herzen annehme. Sie hat erklärt, daß als ein solcher Anwalt für sie nur die deutsche Regierung in Frage käme, unter die sie sobald als möglich restlos zurückzukehren wünsche. Sie hat aber nun den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht ohne Rücksicht auf die große deutsche Politik betrieben. Sie hat vielmehr zur deutschen Regierung gesagt: Ihr wißt, von welcher Bedeutung für uns, das kleine deutsche Saargebiet unter der Fremdherrschaft, Euer Eintritt in den Völkerbundsrat wäre, und Ihr werdet das bei Euren Erwägungen gewiß berücksichtigen. Aber opfert wegen unserer besonderen Belange nicht allgemeine deutsche Beange: wenn es die Interessen des großen Vaterlandes erfordern, daß wir ohne deutschen Anwalt im Völkerbundsrat in der Fremdherrschaft ausharren, bis die Stunde der Befreiung schlägt, dann werden wir aushalten. Es ist bekannt, daß nun doch das Saargebiet einen geborenen Anwalt im Völkerbundsrat erhalten hat, und wir wollen hoffen, daß dieser Fortschritt nun auch sichtbare Folgen zeitigt. Vor allzu stürmischen und überschwenglichen Erwartungen allerdings muß nachdrücklich gewarnt werden. Deutschlands Stellung im Völkerbundsrat ist selbstverständlich eine äußerst schwierige und wer glaubt, daß nun mit einem Male die Berücksichtigung aller deutschen und saarländischen Belange gesichert sei, der hat für die Wirklichkeit keinen Blick. Auch hier wird das Vorwärtsschreiten nur ein langames, allmähliches, durch Rückschläge oft unterbrochenes sein.

Das ist auch zu berücksichtigen, wenn man die Etappen des Fortschritts auf dem Wege zur Befreiung im ganzen betrachtet. Es ist noch nicht alles in Ordnung, und es ist noch nicht jede Gefahr für die deutsche Zukunft des Landes beseitigt. Wir befinden uns im Saargebiet noch lange nicht auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechts und noch lange nicht auf dem Boden des durch den Versailler Vertrag geschaffenen Rechts. Noch immer gebietet im Saargebiet eine Regierung, über die die Bevölkerung nicht gefragt ist und die sie nicht haben will; noch immer ist diese Regierung, die nach dem Vertrag eine „Treuhandregierung“ sein sollte, in Mißachtung dieser Vertragsbestimmung so zusammengestellt, daß eine den französischen Gelüsten willfährige Mehrheit, bestehend aus einem Franzosen, einem Belgier und einem Tschechen, herrscht; noch immer dauert der „Schuh Frankreichs“ an, unter den diese Mehrheit das deutsche Saarvolk gegen seinen Willen gestellt hat; noch immer dauert die vertragswidrige französische Besatzung an, düßig verkleidet als eine „Schuhtruppe“; noch immer sitzen in vielen der obersten Verwaltungs- und Richterstellen Ausländer, meistens Franzosen, von denen viele nicht einmal die deutsche Landessprache verstehen; noch immer hat die Volksvertretung kein mitbestimmendes Wort bei Regierung und Gesetzgebung und kein Recht auf Gehör beim Völkerbund; noch immer herrscht, gegen die Bestimmungen des Vertrags eingeführt, eine fremde Währung, die das Saargebiet aus einer Inflation und Deflation in die andere getrieben hat; noch immer bestehen die freie Meinungsäußerung knebelnde Verordnungen; noch immer dauert die gesetzwidrige Begünstigung der gesetzwidrigen französischen Schulen an; noch immer dauert in der Finanzverwaltung eine ganz unerhörte gesetzwidrige Bevorzugung des französischen Bergfiskus an; noch immer dauert die teilweise wirtschaftliche Zollabschnürung vom deutschen Mutterland an und die vollkommene kann immer wieder aufleben; noch immer dauern die gierigen Gelüste des französischen Nachbarn an, die das reiche Kohlengebiet doch am liebsten verschlucken möchten.

Wenn diese Gelüste nicht wären, dann wäre es überhaupt nicht zu verstehen, warum die Saarfrage nicht heute schon vereinigt ist. Denn alle Zwecke, die der Versailler Vertrag mit der besonderen Regelung im Saargebiet erreichen wollte, sind restlos erreicht worden. Der Art. 45 des Versailler Vertrages bezeichnet die Zwecke, die ich in die Erinnerung zurückerufe:

1. Ersatz für die Zerstörung der Kohlengruben in Nordfrankreich;
2. Anzahlung auf die völlige Wiedergutmachung der Kriegsschäden.

Um diese Zwecke zu erreichen, sind die Gruben im Saargebiet an Frankreich abgetreten worden und nur hilfsweise, um Frankreich die freie Ausbeutung der Gruben zu sichern, ist die besondere Regierung im Saargebiet eingeführt. Nun sind aber die Kohlengruben in Nordfrankreich längst wieder hergestellt und liefern eine noch größere Ausbeute als in Friedenszeiten, und der Zweck, mit den Saargruben eine besondere Anzahlung auf die völlige Wiedergutmachung der Kriegsschäden zu erhalten, ist dadurch überholt, daß mit dem Dawesplan die ganze Wiedergutmachungsfrage restlos geregelt ist, sowie auch dadurch, daß Deutschland heute schon bereit ist, den Rückkaufspreis für die Gruben in bar zu zahlen. Herr Reichsminister Dr. Stresemann hat mit Recht darauf hingewiesen, daß eine deutsche Saargebietsanleihe zum Zwecke des Rückkaufs der Gruben zweifellos überzeichnet würde. Das Recht zum Rückkauf der Gruben ist ebenfalls im Versailler Vertrag festgelegt. Dazu kommt dann, daß über den völlig einmütigen Wunsch der Bevölkerung, zu Deutschland zurückzukehren, auch nicht der leiseste Zweifel bestehen kann. Warum also die Beibehaltung dieser gehässigen, das Selbstbestimmungsrecht und die Grundsätze der Demokratie irreverhäft verletzenden Fremdherrschaft — wenn nicht deshalb, weil die öffentliche Meinung in Frankreich noch nicht reif ist für diesen Verzicht auf unlautere Begehrlichkeit?

Wir wollen die Gefahren nicht unterschätzen, die aus dieser Begehrlichkeit bei einer noch achtjährigen Fremdherrschaft im Saargebiet erwachsen können. Die wirtschaftlichen Nöte im Saargebiet, das heute ein reines Ausbeutungsobjekt für den französischen Grubenherren und das französische Kapital ist, sind ungeheuer: ich kann im Rahmen des kurzen Vortrags nicht auf sie eingehen und kann nur andeuten, welche Nöte die sich jagenden Inflationen und Deflationen im Saargebiet mit sich bringen, und welche Erschütterungen der deutschen Einheitsfront sie nach sich ziehen können. Auch die Gefahr einer bedenklichen Korruption und Demoralisation ist besonders groß in einem Lande, in dem ein heutelüsterner Nachbar wirtschaftlich ganz ungehemmt und politisch nur wenig gehemmt schaltet und waltet und für den Fall, das es doch endlich mit der Eroberung schief gehen sollte, zusammengerafft, was er in 15 Jahren zusammenraffen kann. Wir dürfen der frohen Zuversicht sein, daß die deutsche Treue des Saarvolkes aus allen Anfechtungen siegreich hervorgehen wird, aber wir müssen auch bereit sein ihm zu helfen, wo wir ihm helfen können.

Es ist anzunehmen, daß die öffentliche Meinung in Frankreich erst bereit sein wird zu einer Vereinigung der Saarfrage, wenn sie auch bereit ist zu einer Vereinigung der Frage der Rheinlandsbesatzung, und darum muß unser ganzes Bestreben darauf gerichtet sein, daß mit der Räumung des Rheinlandes vom fremden Militär auch das Saargebiet von den fremden Herren geräumt wird.

Es ist bekannt, daß auch in Thoiry bei der Besprechung Briands mit Stresemann die Saarfrage erörtert worden ist. Was im Einzelnen besprochen worden ist, wissen wir nicht, aber es ist zu verstehen, daß im Saargebiet die Wogen der Hoffnungen hoch gingen bei der Kunde von dieser Unterredung. Und doch ist es noch eine sehr trügerische Hoffnung, die sich hier eröffnet hat. Wir brauchen nicht zu verkennen, daß Thoiry immerhin einen Fortschritt bedeutet. Als vor 1½ Jahren in Locarno die deutschen Vertreter anfangen von der Saarfrage zu sprechen, winkte Briand deutlich ab; er weigerte sich, eine Frage auch nur zu erörtern, deren Lösung nur mittels einer Aenderung des Versailler Vertrages möglich wäre. In Thoiry dagegen hat sich Briand ernstlich in eine Erörterung der Saarfrage eingelassen, und das bedeutet immerhin einen kleinen Fortschritt.

Die politische Einstellung der Saarbevölkerung zu den durch Thoiry erweckten Hoffnungen ist wiederum ebenso klar und lauter, so einmütig und so sicher, wie sie bisher in allen Fragen war, in denen die allgemeine große deutsche Politik sich berührte mit der besonderen Saarpolitik. Wieder rufen sie uns zu: „Wenn es euch gelingt, uns schon vor 1933

aus der Fremdherrschaft zu befreien, dann um so besser; aber opfert, um dies Ziel zu erreichen, nicht sonstige allgemeine deutsche Ansprüche, Hoffnungen und Belange. Wir werden, wenn es für die Gesamtinteressen des Vaterlandes nötig ist, auch aus halten in der Fremdherrschaft bis 1935, dann müssen wir als reife Frucht zum Vaterland zurückfallen, ohne daß es eines besonderen

Opfers bedarf: an dem deutschen Erfolg der Abstimmung zweifelt im Saargebiet kein Mensch. Nicht Frankreich macht ein Zugeständnis, wenn von der Volksabstimmung abgesehen wird, sondern wir machen Frankreich ein Zugeständnis, wenn wir ihm durch den Verzicht auf die Volksabstimmung eine riesengroße Blamage ersparen."

Aufgaben eines Saarausschusses.

Von Karl Dilmert, Frankfurt a. M.

In den letzten Wochen hat sich die Öffentlichkeit verhältnismäßig stark mit den Verhältnissen an der Saar beschäftigt. Es waren verschiedene Umstände, die hierzu Veranlassung gaben: das Rücktrittsgeheuch des Präsidenten der Regierungskommission, Herrn Stephens, der vertragswidrige Aufenthalt französischer Truppen im Saargebiet — beides Fragen, die in der diesjährigen Märztagung des Völkerbundes in Genf eine größere Rolle spielten —, die angekündigte Lohnkürzung für die Belegschaft der französischen Saargruben und der Schwerindustrie an der Saar und ihre Begleitererscheinungen, die Besprechung zwischen Saarvertretern und dem Reichskanzler und verschiedenen Berliner Regierungsstellen, die Tagung des Vorstandes und Beratungsausschusses der Geschäftsstellen „Saar-Verein“ und des Vorstandes des Bundes der Saarvereine Ende Februar in Berlin sind vorwiegend die Veranlassung für die stärkere Behandlung von Saarfragen in der Presse des In- und Auslandes gewesen. Hier soll nur auf eine Anregung näher eingegangen werden, die von verschiedener Seite auf der Tagung des Saarvereins gegeben wurde, weil sie mir ganz außerordentlich bedeutsam erscheint und bisher noch nicht näher erörtert wurde.

Bei der eingehenden Aussprache über die politische und wirtschaftliche Lage an der Saar auf der bezeichneten Tagung des Saarvereins, an der sich vor allem Volksgenossen der verschiedensten Parteien und Berufe aus dem Saargebiet beteiligten, zeigte sich, daß es für die Besprechungen von Fragen, die sich aus der Abschnürung des Saargebietes vom deutschen Zollgebiet, der Betreuungsaktion, der Maßnahmen zur Linderung der Wirtschaftskrise usw. ergeben haben, von größerem Wert gewesen wäre und erst recht in Zukunft sein wird, wenn es im Saargebiet eine Stelle gegeben hätte bzw. gibt, der vor allem Vertreter der verschiedensten politischen Parteien und wirtschaftlichen Organisationen, der Banken, Gemeinden und kulturellen Verbände angehören und die die Aufgabe hat, all die Fragen, die für eine Besprechung mit Berliner oder anderen Stellen in Betracht kommen, vorher im Saargebiet zu beraten und zu klären, um dann zu möglichst einheitlichen Vorschlägen zu kommen für die Maßnahmen, die an der Saar unter Berücksichtigung aller zu würdigenden Umstände für notwendig gehalten werden.

Jeder, der einigermaßen weiß, wie bisher solche Angelegenheiten in der Regel behandelt und entschieden wurden, wird, wenn er das Wohl der Allgemeinheit und das große Ziel, das Saargebiet recht bald aus der Fremdherrschaft zu befreien, allen anderen Bestrebungen voranstellt, die Anregung der Bildung eines, sagen wir mal politisch-wirtschaftlichen Saarausschusses, die, wie besonders zu beachten ist, von den verschiedensten Seiten und unabhängig voneinander auf Grund der bisherigen Erfahrungen erfolgte, nicht nur begrüßen müssen, sondern auch bereit sein, an ihrer Verwirklichung mitzuarbeiten, und zwar nicht nur aus dem schon angedeuteten Grunde, sondern vornehmlich auch um an der Saar zu einer Stelle zu kommen, die die Vorarbeiten für die Rückgliederung des Saargebietes an das Deutsche Reich in die Hand nimmt, damit zur gegebenen Zeit die Angleichung auf allen Gebieten so schnell und reibungslos wie möglich vorgenommen werden kann.

So wichtig die erste dem Ausschuss zugedachte Aufgabe — die ich kurz als die „Stellungnahme zu den immer wieder auftauchenden Fragen aktueller Art“ bezeichnen möchte — auch zweifellos ist, so ist die zweite ihm zufallende und auch in der Berliner Sitzung bereits ange-

klungene Aufgabe — die ich ebenso kurz „Vorbereitungsarbeiten für die mit der Rückgliederung des Saargebietes an das Reich notwendig werdenden Maßnahmen“ nennen will — sicherlich noch weit bedeutsamer. Nur von ihnen soll hier heute die Rede sein.

Man sage nicht, die Einleitung solcher Vorbereitungsarbeiten hat noch Zeit, bis zunächst einmal ernsthafte Verhandlungen mit dem Völkerbund und zwischen Deutschland und Frankreich über die Frage der zukünftigen politischen Zugehörigkeit des Saargebietes stattfinden. Ich möchte nachdrücklich davor warnen, die Dinge in dieser Beziehung an sich heran kommen zu lassen. Gewiß, auch ich gehöre nicht zu den Leuten, die der Ansicht sind, daß die angebahnten und zweifellos bereits von Erfolg begleiteten Verständigungsbestrebungen zwischen Deutschland, Frankreich und dem Völkerbund uns sozusagen über Nacht die Befreiung des Saargebietes bringen werden, und daß es schon recht bald keine Saarfrage im heutigen Sinne, also wie sie uns der Versailler Vertrag gebracht hat, mehr geben wird. Die Regelung solcher politischer Fragen wird immer mehr Zeit in Anspruch nehmen, als durchweg angenommen wird. Aber: „Bereit sein für alle Fälle“ ist auch hier nicht nur ein Akt politischer Klugheit, sondern eine absolute Pflicht. Zudem kann es hier auf keinen Fall schaden, wenn man zu früh mit den Vorarbeiten fertig werden sollte, was jedoch kaum zu erwarten ist; denn es werden sich immer wieder Veränderungen auf den verschiedensten Gebieten ergeben, zu denen ein solcher Ausschuss Stellung nehmen muß, wenn nichts versäumt werden soll, zumal die Umstände für eine Angleichung der Verhältnisse, wie sie seit 1918 im Saargebiet geworden sind, an die des Reiches besonders eigenartig und m. E. auch schwierig liegen. Man vergegenwärtige sich z. B. nur einmal folgendes:

Während sonst wohl allenthalben die amtlichen Stellen vielfach jahrelang bei Verschmelzungen von Gemeinden oder Staaten miteinander in der sorgfältigsten Weise Verhandlungen, die alle Einzelheiten betreffen, führen, haben wir im Saargebiet für solche Verhandlungen keine in Betracht kommende amtliche Stelle; denn ich kann mir nicht denken, daß die zu 1/4 aus Angehörigen fremder Staaten bestehende Regierungskommission — aller Wahrscheinlichkeit nach wird das Verhältnis bis zum Schluß der Völkerbundsherrschaft an der Saar so bleiben — zu diesen Vorarbeiten irgendwie geeignet sein kann. Die Dinge liegen doch so, daß die Herren der Regierungskommission, mit Ausnahme des deutschen Mitgliedes, wieder in ihre Länder zurückkehren werden, wenn das Saargebiet an Deutschland zurückgegliedert ist. Man kann auch sehr wohl die Ansicht vertreten, daß solche Vorarbeiten gar nicht zu ihrem Aufgabengebiet gehören. Vom deutschen Standpunkt aus wäre es meiner Ansicht nach auch nicht einmal wünschenswert, wenn von dieser Seite aus, selbst wenn sie hierzu bereit wäre, an der Erledigung dieser Fragen mitgearbeitet würde; denn man kann sehr wohl, nach den bisher mit den meisten Mitgliedern der Regierungskommission gemachten Erfahrungen zu der Auffassung kommen, daß es im Interesse des Saargebietes und des Deutschen Reiches besser ist, wenn die Angelegenheit der Rückgliederung ohne eine unmittelbare Mitarbeit der Regierungskommission erledigt wird. Auch der Landesrat ist hierfür nicht ohne weiteres die gegebene Stelle, schon deswegen nicht, weil er leider gar nicht die Rechte einer eigentlichen Volksvertretung hat und nur zusammentreten kann, wenn die Regierungskommission ihn zusammenruft. Ein weiterer Grund für diese Ansicht ist, daß alle nicht im Saargebiet geborenen Saar-Deutschen ihm nicht als Mitglied angehören können, weil die Wahlordnung nur den im

Saargebiet Geborenen das passive Wahlrecht gegeben hat. Mit wem sollen hiernach das Reich, Preußen und Bayern aber die Verhandlungen führen? Mit den Kommunalverbänden wird es auch nicht gehen, einmal weil ihre Zusammensetzung im allgemeinen zu speziell für diese Aufgabe ist, und zum anderen, weil auch sie von der Regierungskommission wohl ebenso wenig die Erlaubnis zu solchen Verhandlungen erhalten werden wie der Landesrat. Es ist auch kaum anzunehmen, daß der Landesrat oder die Kommunalverbände sich zu solchen Verhandlungen berufen fühlen. Wahrscheinlich werden sie auch dann noch Bedenken haben, diese Arbeiten zu übernehmen, wenn sie von den Parteien und den hierfür in Frage kommenden sonstigen Organisationen dazu beauftragt werden. Für das Saargebiet genügt es meiner Ansicht nach auch nicht, wenn z. B. das Reich, Preußen und Bayern sich im Saargebiet Leute und Organisationen, mit denen sie Verhandlungen führen möchten, aussuchen. Bei der Regelung dieser Frage muß in erster Linie das Saargebiet gehört werden. Seine Wünsche haben meiner Ansicht nach das Vorrrecht. Ich sehe daher keinen anderen Weg als den, für solche Verhandlungen einen besonderen Ausschuss — man kann auch einen anderen Namen wählen — zu schaffen, der von den im Saargebiet führenden Organisationen für alle Verhandlungen ausdrücklich bevollmächtigt wird. An Arbeit, ernster, schwerster Art, wird es ihm nicht fehlen. Erinnert sei nur an die notwendig werden den Vorarbeiten für die Angleichung an die deutsche Währung, an das deutsche Zollsystem, an die soziale Gesetzgebung Deutschlands, an das in Deutschland geltende allgemeine Recht und an die spezielle Gesetzgebung z. B. des Arbeitsrechts, der Gesetze und Verordnungen über den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, der Wohnungsgesetzgebung, des Schulwesens, der Beamtenbefoldung usw. Wer hierüber einmal nachdenkt und sich vergegenwärtigt, daß im Reich seit der Beendigung des Krieges völlig grundlegende gesetzgeberische Änderungen vorgenommen worden sind und fortgesetzt weitere Änderungen eintreten, die von der Saarregierung meistens gar nicht oder in stark abgeänderter Form übernommen worden sind und dies voraussichtlich bis zur Wiedervereinigung so bleiben wird, der macht sich vielleicht ein ungefähres richtiges Bild von dem, was an Arbeit zu leisten ist, um das Saargebiet bei der Rückgliederung vor verhängbaren Schwierigkeiten und Schäden zu bewahren. Ganz ohne Reibungen und Unannehmlichkeiten wird es selbst dann bei der Rückführung nicht abgehen, wenn alles sorgfältig vorbereitet wird. Das

wissen vor allem die Führer der Wirtschaft und haben dies auch bereits ausgesprochen. Absolut einmütig ist man aber in der Auffassung, daß diese Schwierigkeiten in gar keinem Verhältnis zu den bestimmt kommenden Vorteilen stehen werden.

Man sage auch nicht, die Angelegenheit wird am besten so erledigt, daß zu einem bestimmten Zeitpunkt einfach alle Reichs- und Staatsgesetze und Verordnungen für das wieder angegliederte Saargebiet in Kraft gesetzt werden. Durch eine solche Maßnahme könnte man m. E. sehr viel Unheil anrichten. Es muß genau geprüft werden, welche Gesetze und Verordnungen ohne weiteres für das Saargebiet übernommen werden können und für welche Uebergangsbestimmungen erforderlich werden. Und an der Entscheidung hierüber müssen Vertreter des Saargebietes, die die erforderlichen Kenntnisse der Verhältnisse haben, maßgeblich mitwirken. Eine gemeinsame Beratung und Verständigung über all diese Dinge liegt auch sehr im Interesse der Reichs- und Staatsregierungen. Da sie seit 1919 nicht mehr in der Lage waren, die Vorgänge im Saargebiet durch amtliche Stellen zu beeinflussen und an Ort und Stelle zu beobachten, werden sie trotz aller Anstrengungen, die sie gemacht haben, um einen Einblick in die Verhältnisse an der Saar zu behalten, als genaue Kenner nicht angesprochen werden können. Infolgedessen werden sie sich auch nicht berufen fühlen, die Umstellungsarbeiten ohne engste Fühlungnahme mit Vertretern aller Kreise des Saargebietes durchzuführen. Gerade die von den Regierungen für die Bevölkerung des Saargebietes stets bekundete Sympathie wird, sowohl bei der Reichsregierung wie bei den Länderregierungen den dringenden Wunsch haben aufkommen lassen, an die Regelung dieser Fragen nur im vollsten Einvernehmen mit dem Saargebiet heranzugehen, um bei der Wiedervereinigung alles, was der treudeutschen Bevölkerung an der Saar irgendwie unangenehm werden kann, nach Möglichkeit zu vermeiden. Sie werden daher eine planmäßige Vor- und Mitarbeit für eine möglichst reibungslose Rückgliederung durch das Saargebiet selber sicherlich ganz außerordentlich begrüßen.

Nach alledem glaube ich, daß es sehr gut wäre, wenn die führenden deutschen Kreise des Saargebietes recht bald an die Bildung eines solchen Ausschusses herangehen. Irgendwelche stichhaltige Bedenken, die gegen einen solchen Ausschuss sprechen, sehe ich wirklich nicht, zumal der Ausschuss seine Aufgaben im einzelnen und die Grenzen seiner Tätigkeit ja selber festsetzen kann.

Saar-Pfalz-Kanal oder Saar-Mosel-Kanalisierung.

Eine Denkschrift an das Reichsverkehrsministerium.

Im Zusammenhang mit den Erörterungen über die Auswirkungen der Thoiry-Politik wurde bekanntlich im Herbst v. Js. vorübergehend allgemein der Auffassung dahin Ausdruck gegeben, daß die Frage der Rückgliederung des Saargebietes in eine gewisse greifbare Nähe gerückt sei. Für die Saarwirtschaft ergab sich dadurch von selbst die Notwendigkeit, die Lage zu prüfen, wie sie sich wirtschaftlich ergeben müßte, wenn diese Rückgliederung in mehr oder weniger naher Zeit erfolgen würde. Die Pläne, die damals der allgemeinen Erörterung unterlagen, umfaßten auch die Frage einer besseren Verkehrsverbindung des Saargebietes mit der Hauptwasserstraße des deutschen Westens, dem Rhein. Es tauchte deshalb das Projekt eines Saar-Pfalz-Rhein-Kanals auf, das bereits Anfang der 90er Jahre einmal erwogen wurde. In einer Versammlung von Vertretern der wirtschaftlichen und politischen Kreise des Saargebietes und der benachbarten Pfalz wurde nach eingehender Aussprache die Auffassung der Versammlung in einer Entschließung zum Ausdruck gebracht, in der es heißt:

„daß die Lebensfähigkeit des saarländischen Verbaues und mit ihm des gesamten Wirtschaftslebens an der Saar in Zukunft nur dann aufrechterhalten werden kann, wenn dem Saarbergbau und der übrigen Saarwirtschaft die Verbindung zu ihrem natürlichen Absatzgebiet in der Pfalz und im übrigen Süddeutschland, zugleich auch im Interesse der dortigen Verbraucherschaft durch die Erstellung eines direkten Kanalweges von der Saar an den Oberrhein ermöglicht wird“.

In einer Besprechung zwischen Vertretern der Saarwirtschaft und des Reichsverkehrsministeriums in Berlin wurde festgestellt, daß das Reichsverkehrsministerium grundsätzlich bereit war, in eine genaue Prüfung über das für das Saargebiet bedeutsame Kanalprojekt einzutreten, sobald ihm die nötigen Unterlagen

hierfür vorliegen. Entsprechend dieser Feststellung wurde die Bildung eines Ausschusses beschlossen, dem die weitere Vorbereitung für die Propagierung des Kanalprojektes übertragen wurde.

Es wurde dann beschlossen, einen Ausschuss zu bilden, dem die weitere Vorbereitung für die Propagierung des Kanalprojektes übertragen wurde. In Ausführung dieses Beschlusses hat nunmehr die Handelskammer zu Saarbrücken im Auftrage der wirtschaftlichen und politischen Kreise des Saargebietes und der Pfalz eine Denkschrift über das Saar-Pfalz-Rhein-Kanalprojekt an das Reichsverkehrsministerium in Berlin gerichtet, in der einmal die Notwendigkeit des Baues des Kanals begründet und zum anderen beantragt wird, eine amtliche Prüfung des Planes einer Kanalverbindung zwischen der Saar und dem Oberrhein in der allgemeinen Linie Saarbrücken-Ludwigshafen einzutreten.

Die Denkschrift gliedert sich in die Abschnitte: 1. Die allgemeine Lage der Saarwirtschaft; 2. Die wirtschaftspolitische Lage des Saargebietes in Gegenwart und Zukunft; 3. Die Frachtlage des Saargebietes; 4. Das Güteraufkommen des Kanals.

In dem begleitenden Schreiben der Denkschrift wird darauf verwiesen, daß der Bau des Kanals als eine für das allgemeine deutsche Wirtschaftsleben gleich bedeutsame Gesamtfrage, nämlich die Frage der Rückgliederung des Saargebietes in die politische und wirtschaftliche Gemeinschaft des Deutschen Reiches, aufzufassen sei. Diese Rückkehr werde sich nur dann reibungslos gestalten lassen, wenn alle hierfür erforderlichen Aufgaben bereits jetzt mit allem Nachdruck in Angriff genommen würden. Die politische Gesamtlage lasse die Möglichkeit einer baldigen Rückgabe des Saargebietes noch vor dem vertraglichen Termin 1935 zu. Es werde deshalb notwendig sein, die amtliche Prüfung der technischen Durchführbarkeit, der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und der

finanziellen Tragbarkeit einer Kanalverbindung der Saar mit dem Oberrhein so zu beschleunigen, daß diese Vorarbeit bereits als beendet angesehen und die Ausführung des Kanalplanes an dem Tage begonnen werden können, an dem das Saargebiet nach jahrelanger politischer und wirtschaftlicher Abtrennung seinem Mutterlande wieder zurückgegeben werde.

Sehr eingehend werden dann in einzelnen Abschnitten der Denkschrift die Gründe dargelegt, die den Kanalbau als eine Notwendigkeit erkennen lassen. In dem Abschnitt über die allgemeinen Grundlagen der Saarwirtschaft wird darauf verwiesen, daß das 1926 Quadratkilometer umfassende Saargebiet mit einer ortsanässigen Bevölkerung von 763 764 Seelen zu den dichtbevölkerten Gebieten Deutschlands gehört. Die eigene Landwirtschaft vermöge nur etwa den fünften Teil der Bevölkerung durch ihre Erzeugnisse zu ernähren, für $\frac{1}{2}$ der Bewohner müsse die Versorgung durch Zufuhr von außerhalb durch Austausch der Erzeugnisse der heimischen Industrie gesichert werden. Seiner ganzen Struktur nach sei das Saargebiet als ein industrielles Exportgebiet anzuprehen. Die Grundlage bilde der saarländische Kohlenbergbau auf dessen Basis wieder die drei saarländischen Schlüsselindustrien: die eisenzeugende und eisenverarbeitende Schwerindustrie, die Keramik- und die Glasindustrie, aufgebaut seien. Der Kohlenbergbau beschäftigte bei der wieder erreichten und teilweise etwas überschrittenen Vorkriegsförderung von 13 bis 13½ Millionen Tonnen 76 000 Bergleute gegen 56 000 im letzten Vorkriegsjahre. Die eisenzeugende Industrie hat ihre Vorkriegsproduktion von 1 370 960 Tonnen Roheisen mit 1 450 065 Tonnen im Jahre 1925 ebenfalls wieder etwas überschritten, sie bleibt aber mit einer Rohstahlerzeugung von 1 574 687 Tonnen im Jahre 1925 noch hinter der Vorkriegsproduktion von 2 079 825 Tonnen zurück. Die Zahl der in der Schwerindustrie beschäftigten Arbeiter wird Ende 1925 mit 32 850 Mann angegeben. Die weiterverarbeitende Eisenindustrie beschäftigt rund 11 000 Arbeiter, die Keramik- und Glasindustrie zusammen rund 7 700 Arbeiter. Allein diese Zahlen lassen erkennen, daß das Saargebiet als reines Industrieland eines Anschlusses an das Wasserstraßennetz dringend bedarf.

In dem Abschnitt über die wirtschaftliche Lage des Saargebietes in Gegenwart und Zukunft wird Bezug genommen auf die wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Vertrages, die für die fünfzehnjährige Dauer der Sonderverwaltung des Saargebietes wesentliche Änderungen in den Bezugs- und Absatzverhältnissen der Saarwirtschaft hervorgerufen haben. Infolgedessen sei das Saargebiet gegenwärtig weitgehend in seinem Bezuge von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln auf Frankreich angewiesen, das deutsche Erzeugnisse durch prohibitive Zölle vom saarländischen Markte fernhalte. Gleichzeitig müßten die saarländischen Industrien unter dem Druck der Zollverhältnisse versuchen, für die verlorenen Absatzgebiete im Reich einen teilweisen Ausgleich auf dem französischen Markte zu suchen, soweit nicht das Reich durch Zollstundungen oder Befreiungen zu helfen vermöchte. Weiter wird darauf hingewiesen, daß die abermalige Umstellung der Saarwirtschaft nach ihrer Wiedereingliederung in die deutsche Wirtschaft es erforderlich machen würde, daß die Saarwirtschaft seine Absatzbeziehungen zum innerdeutschen und insbesondere zum süddeutschen Markte noch mehr als früher auszubauen und zu befestigen, wenn es seine Produktion einigermaßen aufrechterhalten will. Mit der Rückgabe des Saargebietes aber wird vor allem eine nochmalige und gewaltsame Verlagerung der Absatzgebiete der saarländischen Kohle verbunden sein. Der Schwerpunkt liegt daher in der Sicherstellung des saarländischen Kohlenbergbaues für die Zukunft. Es muß damit gerechnet werden, daß Frankreich infolge der Steigerung der Förderung seiner eigenen Gruben nach Rückgabe der Saargruben an die früheren Besitzer ein erheblich geringeres Interesse an der Abnahme der Saarkohlen hat. Mit einem Rückgang des augenblicklich 6,5 Mill. Tonnen gleich 50 Prozent der abfahfähigen Förderung betragenden Auslandsabfahes sogar weit unter die Ziffern der Vorkriegszeit (3,5 Mill. Tonnen) wird nach sachverständiger Schätzung zu rechnen sein, und zwar um 3–4 Mill. Tonnen. Damit wird der saarländische Kohlenbau und die Saarwirtschaft überhaupt vor die Aufgabe gestellt, den gegenwärtigen Kohlenabfah im Reich von etwa 1 Mill. Tonnen 1926: 930 126 T.) auf 4–5 Mill. Tonnen zu steigern, wenn die nach dem Kriege auf 76 000 Mann erhöhte Belegschaft weiter beschäftigt werden soll. Vor allem gewinnt daher der süddeutsche Markt, nach dem vor dem Kriege rund 3 Millionen Tonnen gingen, gegenwärtig aber nur etwa 800 000 Tonnen gehen, große Bedeutung. In Süddeutschland ist gegenwärtig infolge der günstigen Wasserverbindungen insbesondere das Ruhrgebiet neben anderen deutschen Kohlenbezirken als Konkurrent für das Saargebiet aufgetreten, da sich die Frachtlage unter den gegenwärtigen Verhältnissen zugunsten des Ruhrgebietes verschoben hat. Die Umgruppierung der saarländischen Absatzverhältnisse und das verstärkte Wiederauftreten der Saarkohle auf dem süddeutschen Markte werden sich infolgedessen nur durchführen lassen, durch Zurückdrängen der derzeitigen Hauptlieferanten des süddeutschen Marktes.

Ueber die Verschiebung der Frachtlage nach dem süddeutschen Markte zum Nachteile des Saargebietes führt die Denkschrift in dem Abschnitt „Die Frachtlage des Saargebietes“ den Nachweis, daß der frachtliche Vorsprung, den die saarländische Wirtschaft bis zum Jahre 1913 rein geographisch gegenüber anderen Wirtschaftsgebieten auf dem süddeutschen Markte hatte und der eine wirtschaftliche Notwendigkeit für das Saargebiet bildete durch die veränderten Verhältnisse in vielen Fällen der Frachtgleichheit mit anderen Wirtschaftsgebieten, z. B. der Ruhr, gegenüber gewichen ist und teilweise sogar in erhebliche Frachtnachteile sich verwandelt haben. Die Ursache dazu ist in der Umbildung des Reichsgütertarifes und in der Verbesserung der Wasserstraßenverbindungen zu suchen. Es ist daher als eine Notwendigkeit zu bezeichnen, daß, soll das Saargebiet nach seiner Rückgliederung zum deutschen Reiches lebensfähig erhalten werden, dies nur dadurch gewährleistet werden kann, wenn ihm das frühere geographisch begründete Vorrecht in der Belieferung des süddeutschen Marktes in vollem Umfange wieder eingeräumt wird.

Wenn die Sicherung des saarländischen Bergbaues für die Zukunft als die vornehmlichste Begründung für die Notwendigkeit des Kanals vom Saargebiet nach dem Oberrhein anzusprechen ist (der Saarbergbau hat der Kanalisierung der Mosel und Saar immer sehr kühl gegenüber gestanden), so gehen doch auch die Interessen der übrigen Saarindustrie nach derselben Richtung. Die Saarindustrie ist an einem lebensfähigen Bergbau im Saargebiet nicht nur deswegen interessiert, weil er der größte Verbraucher im Saargebiet ist, sondern sie muß auch Wert darauf legen, daß der Bergbau infolge günstiger Absatzverhältnisse in die Lage versetzt wird, der Industrie gegenüber eine die Konkurrenzfähigkeit belassende Preispolitik zu treiben. Wenn der Saarbergbau nur mehr für die Saarindustrie die Kohlen zu fördern hätte — viel mehr bliebe bei einem Ausfall des süddeutschen Marktes nicht übrig — und daher die von der Saarindustrie nicht benötigte Qualitätskohle nicht verkaufen könnte, dann wäre er auch nicht in der Lage, die geringeren für die Industrie ausreichenden Sorten in der ausreichenden Menge zu fördern und zu liefern. Aber gerade auf dieser Möglichkeit in Verbindung mit dem Frachtvorsprung auf dem süddeutschen Markte ist die ganze Saarindustrie aufgebaut, und damit auf Gedeih und Verderben mit dem Saarbergbau verbunden. Außer diesem mittelbaren Interesse hat die Saarindustrie aber auch das größte unmittelbare Interesse an dem Kanalprojekt. Vor allem für die Eisen- und Stahlerzeugnisse der saarländischen Eisenindustrie einschließlich ihrer Nebenprodukte, sowie für den Bezug von Rohstoffen für die saarländische Schwerindustrie und die Keramik- und Glasindustrie, für welche die durch das Kanalprojekt zu erzielende Verkehrsbesserung von ausschlaggebender Bedeutung ist. Hierbei kommt sowohl die Konkurrenzfähigkeit auf dem süddeutschen Markte wie auch die Exportmöglichkeit den Rhein hinunter in Betracht.

Der letzte Abschnitt der Denkschrift befaßt sich mit dem voraussichtlichen Frachtaufkommen für die Kanalstrecke nach Ludwigshafen. Hierbei ist die Eisenbahnverkehrsstatistik aus dem Jahre 1913 zugrunde gelegt worden. Nach mehr vorläufigen Untersuchungen ergibt sich für den Verkehr in der Richtung Saarbrücken—Ludwigshafen ein Güterversand des Saargebietes von 3,28 Millionen Tonnen, ein Güterversand der Pfalz von 0,44 Tonnen, zusammen 3,72 Millionen Tonnen, für den Verkehr in der Richtung Ludwigshafen—Saarbrücken ein Güterempfang des Saargebietes von 1,13 Millionen Tonnen und der Pfalz von 0,26 Millionen Tonnen, insgesamt somit eine Frachtmenge, die für den Kanal in Frage kommt, von 5 110 000 Tonnen. Hierbei sind bewußt alle Gütermengen ausgeschlossen worden, deren Kanalverfrachtung nur in Einzelfällen in Frage kommt, für die eine voraussichtliche Menge mit einzusetzen ausdrücklich unterlassen worden ist. Ebenso ist auch der gesamte Postverkehr des Saargebietes und der Pfalz, der auf rund 5 Millionen Tonnen zu schätzen ist, nicht mit berücksichtigt worden.

Auch die besonders von Trier aus propagierte Kanalisierung von Saar und Mosel wird in der Denkschrift erwähnt und ausgedrückt, daß dieser Kanal, der als reiner Ersatzkanal anzusprechen sei, den Absatzbedürfnissen der Saarkohle nach Süddeutschland nicht zu genügen vermöge und für den Kohlenabfah auch niemals die Bedeutung gewinnen könne, die eine Wasserbindung nach dem Oberrhein habe. Im Gegenteil, eine Verschiffung von Saarkohlen über Koblenz nach Süddeutschland würde nur den Vorsprung der Ruhr verewigen, statt ihn für das Saargebiet wieder auszugleichen.

Nach unserer Kenntnis der Dinge hat weder der Saar-Pfalz-Kanal noch die Saar-Mosel-Kanalisierung Aussicht, in dem Kanalbauprogramm der Regierung vorerst aufgenommen zu werden. Zwar hat sich auf Grund eines Antrags des Zentrums im Preussischen Landtag der Reichsverkehrsminister bereit erklärt, in eine gründliche Prüfung der Frage der Kanalisierung von Mosel und Saar, die auch den Reichstag in seiner 332. Sitzung 1926 beschäftigt hat, einzutreten und die preussische Regierung wird an den Vorarbeiten beteiligt werden aber nachdem der

Haushaltsausschuß eine ganze Reihe bereits wesentlich weiter gediehener Projekte einfach gestrichen, und z. B. den Mittelrand-Kanal — glatt 20 Millionen! Mark Vantosten — gestrichen hat, ist es sehr unwahrscheinlich, daß den Kanalbau-Wünschen des Saargebiets in absehbarer Zeit ernstlich näher getreten werden wird.

Kleine politische Umschau.

Herr Labie verläßt das Saargebiet.

Der geistige Vater des berühmten betrügerischen Steuerabkommens mit der französischen Regierung, Herr Labie, verläßt mit dem 31. März das Saargebiet. Man kann nicht behaupten, daß ihm von saardeutschher Seite irgendeine Träne der Trauer nachgeweiht wird, es seien denn Tränen der Rüt darüber, daß er durch dieses Steuerabkommen weitesten Kreisen der Saargebietsbevölkerung unerträgliche Steuern aufgebürdet hat. Die Millionen und Abermillionen, die Herr Labie mit diesem Steuerabkommen dem französischen Grubenfiskus und damit der französischen Finanzverwaltung erspart, hat die Saarregierung selbstverständlich, da sie ihr fehlten, der Saargebietsbevölkerung abgeknöpft. Drei Viertel des Steueranteils, der auf die Saargruben entfällt, ist entsprechend diesem Abkommen und dem Entgegenkommen der Finanzverwaltung der Saarregierung dem französischen Grubenfiskus geschenkt worden. Am 31. März lief der letzte Termin zur Kündigung dieses unerhörten Steuerabkommens ab. Leider hat man nichts davon gehört, ob die Saarregierung fristgemäß die Kündigung vorgenommen hat. Es ist leider zu befürchten, daß die profranzösische Mehrheit der Saarregierung, wie sie durch den Märzbeschuß des Völkerbundesrates bestehen blieb, unter Mißachtung der vertraglichen Bestimmungen und unter Fußtritt gegen das Recht der Saargebietsbevölkerung den Kündigungstermin hat vorübergehen lassen, ohne mit diesem von Herrn Rautl übernommenen Ausbeutungssystem der Saargebietsbevölkerung gegenüber aufzuräumen.

In einem „5 Minuten vor 12 Uhr“ überschriebenen Aufsatz widmet die „Saarbrücker Landeszeitung“ Herrn Labie u. a. folgende „Abschiedsworte“: In der Aera Rautl war er so etwas wie der Mann hinter dem Präsidentenstuhl und also allmächtig. Zuletzt war er Direktor der wirtschaftlichen Abteilung der Regierungskommission und Vorsitzender der sog. Fiskalkommission. Ganz zweifellos ist er ein hervorragend begabter und fleißiger Beamter, der sich in der Ausbeutung der Kolonie Saarabien um sein Vaterland Frankreich die größten Verdienste erworben hat. Hauptsächlich durch das Steuerabkommen kommt es, daß die steuerliche Belastung der Bevölkerung in diesem Lande der Welt so hoch ist, wie in dem der Herrschaft des Völkerbundes unterstellten Saargebiet. Insbesondere haben die kinderreichen Familien der Arbeitnehmerschaft unter diesem Druck zu leiden. Die ohnehin als sehr drückend und unsozial empfundene Lohn- und Gehaltssteuer wird noch verschärft durch die wiederum sehr unsozial wirkende hohe Besteuerung des Warenumsatzes. Da auf der anderen Seite die Löhne abgebaut werden, die französische Grubenverwaltung den Bergleuten zunächst eine Feiertagschicht beschert, die Preise für Bedarfs Güter trotz des gestiegenen Frankens nur unwesentlich zurückgegangen sind, so ist die Forderung auf Ermäßigung der Lohn- und Gehaltssteuer durchaus berechtigt. Die christlichen Gewerkschaften des Saargebiets haben die Regierungskommission wiederholt um Einführung des deutschen Lohnsteuergesetzes ersucht. Die letzte diesbezügliche Eingabe wurde am 9. Dezember 1926 gemacht. Da all diesen Anträgen bis jetzt nicht stattgegeben wurde, richteten die christlichen Gewerkschaften unter dem 18. März an die Regierungskommission nochmals eine Eingabe, in der im Wesentlichen gefordert wird:

1. Erhöhung der steuerfreien Grenze von 3000 auf 7500 Franken. (§ 58 der Verordnung betr. der Einkommenbesteuerung vom 8. Dezember 1923).
2. Verdoppelung der Werbungskosten von 210 auf 420 Franken.
3. Verdoppelung des abzugsfähigen Betrages für Frau und Kinder von 60 auf 120 Franken.
4. Erlass einer Verordnung, durch welche eine Nachbesteuerung des Lohn- und Gehaltsempfängers bis zu einem Jahreseinkommen von 24 000 Franken durch die Gemeinden untersagt ist.

Der mit dieser Reform für die Gemeinden entstehende Steuerausfall ist durch Überweisung eines höheren Prozentsatzes aus der Lohnsteuer, sowie der Umsatzsteuer zu decken.

Gleichzeitig bitten wir, in eine Prüfung einzutreten, ob und in welchem Umfange die Umsatzsteuer herabgesetzt werden kann. Die Regierungskommission ist sehr wohl in der Lage, diese billigen Forderungen zu erfüllen. Sie braucht nur das Steuerabkommen mit dem französischen Staate zu kündigen und die Bergverwaltung so zu den allgemeinen Lasten heranzuziehen, wie

es nach dem § 13 des Saarstatuts ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist, nämlich „unter gebührender Berücksichtigung des Verhältnisses des Wertes der Gruben zu dem gesamten steuerpflichtigen Vermögen des Saarbedens“. Dieses Verhältnis ist in dem Labie-Vertrage so völlig außer acht gelassen, daß die Saarbevölkerung nun 85 Prozent des gesamten Steuerfolls bezahlen muß, während die Gruben bzw. der französische Staat nur knappe 15 Prozent ausbringen. Das ist natürlich ein völlig unhaltbarer Zustand, der nicht nur deshalb nach Abhilfe schreit, weil ihn die Regierungskommission entgegen unserem verbrieften Recht herbeigeführt hat, sondern noch mehr, weil er eine Ungerechtigkeit bedeutet gegenüber all den armen Steuerzahlern, die unter den trostlosen wirtschaftlichen Verhältnissen kaum das trockene Brot für sich und ihre Kinder haben. Keine Obrigkeit kann gerechterweise von ihren Regierten verlangen, daß diese zu ihren eigenen Steuern auch noch die der ungerechten Steuerbegünstigten tragen und ein allgemeiner Steuerstreik ist durchaus nicht immer moralisch verwerflich.

Das Disziplinarverfahren gegen Dr. Reites.

Eine Niederlage der Schulabteilung.

Das Obergericht des Saargebiets hat am 28. März in dem aus politischen Motiven gegen den Saarbrücker Oberbürgermeister Dr. Reites auf Dienstentlassung eingeleiteten Disziplinarverfahren auf einen Verweis ohne Eintragung in die Personalakten erkannt. Das Urteil erfolgte wegen scharfer öffentlicher Angriffe gegenüber einem „leitenden Staatsbeamten“, dem bekannten Professor Dr. Kottan. Damit findet eine Aktion ihr unruhmlches Ende, die bereits vor 2½ Jahren auf französisches Betreiben gegen Dr. Reites eingeleitet wurde und in der Öffentlichkeit großes Aufsehen erregte. Dr. Reites, der der Regierungskommission außerordentlich unbehaglich war — Aera Rautl — da er sich den Eingriffen in die Selbstverwaltung der Kommunen durch die Regierungskommission energig widersetzte, bot der Saarregierung einen willkommenen Anlaß, gegen ihn einzuschreiten, als er in der „Saarbrücker Landeszeitung“ öffentlich die Schulpolitik des Leiters der Schulabteilung der Regierungskommission, Prof. Kottan, angriff. Wegen angeblich gefehliger Verfehlungen und Beleidigung von Beamten der Regierungskommission wurde im Oktober 1924 das Disziplinarverfahren auf entschädigungslose Dienstentlassung gegen Reites eingeleitet, das bei dem Verwaltungsgericht des Saargebietes als erster Instanz zu einer glatten Niederlage der Regierungskommission im Juli 1925 führte, da Dr. Reites in allen Punkten freigesprochen wurde. Trotzdem legte der Generalstaatsanwalt, der Luxemburger Berg, Berufung ein, über die am 28. März von dem Obergerichtsverwaltungsgericht verhandelt wurde, nachdem Vergleichsverhandlungen daran gescheitert waren, daß Dr. Reites eine Erklärung in der gewünschten Form nicht abgegeben hatte. Im Gegensatz zum preussischen Obergerichtsverwaltungsgericht, das nur aus lebenslänglich angestellten Richtern besteht, setzt sich das Obergerichtsverwaltungsgericht des Saargebiets aus sechs Mitgliedern zusammen, von denen die Hälfte nicht nur aus politischen Beamten, sondern auch aus Ausländern besteht. Da der in diesem Gerichtshof präsidierende Ausländer bei Stimmengleichheit entscheidet, ergibt sich der groteske Zustand, daß Ausländer in einem Disziplinarverfahren über das Schicksal eines preussischen Beamten entscheiden. Die Ablehnung des Antrages auf Dienstentlassung und die Erteilung lediglich eines leichten Verweises bedeutet das glatte Eingeständnis, daß das gegen Dr. Reites eingeleitete Verfahren — wie alle Welt im Saargebiet längst weiß — lediglich politischen Motiven entsprang.

Wirtschaftlicher Druck zu Gunsten der Franzosenschulen.

Wie aus einer von der „Saarbrücker Zeitung“ veröffentlichten Zuschrift aus dem Bergmannsdorf Heiligenwald hervorgeht, ist dort die französische Propaganda wieder sehr rührig, um Kinder für die von der französischen Grubenverwaltung errichteten Schule zu erhalten, da die dortige Grubenschule, die einmal 15 Klassen umfaßte, mit ihren gegenwärtigen drei kleinen Klassen auf dem Aussterbeort steht. Da alle Lodungen und Zuwendungen an Bergleute, die ihre Kinder in die französische Grubenschule schicken, keinen Erfolg mehr haben, geht man wieder zu Drohungen über. Der Umstand, daß die Hälfte aller Wohnungen in Heiligenwald dem Grubenfiskus gehören, wird rücksichtslos ausgebeutet, um alle Arbeiter, die Wohnungen suchen, gefügig zu machen, ihre Kinder in die französische Schule zu schicken. In einem Falle wurde einem Bergmann, der um Zuteilung einer größeren Wohnung nachsuchte, mitgeteilt, daß seinem Gesuche nur statt-

gegeben werden könne, wenn der Antragsteller sich schriftlich verpflichte, seine Kinder in die französische Schule zu schicken. Einem um Arbeit für seinen ältesten Sohn nachsuchenden Bergmann wurde erklärt, daß der erwachsene Sohn auf der Grube nur Arbeit finden könne, wenn seine noch schulpflichtigen Geschwister in der französischen Schule angemeldet würden.

Diese unlautere Ausbeutung der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Bergarbeiterschaft trägt nur dazu bei, das französische Ansehen im Saargebiet noch mehr herabzusetzen.

Ähnliche Vorgänge meldete vor einiger Zeit die „Dudweiler Zeitung“. Danach wurden die bergmännischen Abendschulen, die bisher in den Gemeindeforschulen untergebracht waren, auf Veranlassung der Bergverwaltung mit sofortiger Wirkung nach den französischen Schulhäusern verlegt. Was mit dieser Verlegung bezweckt werden soll, ist das Geheimnis der Bergverwaltung, gefördert werden die Schulen dadurch unter keinen Umständen. Wie das genannte Blatt weiter hört, haben sämtliche deutsche Lehrpersonen, die bisher an den Abendschulen Unterricht erteilten, ihren Dienst gekündigt.

Der „Saarbrücker Zeitung“ wird aus Bergmannstreifen geschrieben: Auf welche Weise der Verkauf des französischen „Saarbrücker Bergmannskalenders“ auf den Saargruben betrieben wird, beweist die Art und Weise, die der Saarbrücker Schrittmacher und Jahrbauer R. aus Altenwald anwendet, um dieses Schriftwerk unter die Bergleute zu bringen. Er verkündigt der Belegschaft „Kraft seines Amtes“, daß derjenige, der keinen solchen Bergmannskalender kauft, in Abteilung 6 (eine sehr nasse Abteilung und als solche bekannt und gefürchtet) verlegt wird. Ob der Betreffende für diese „rührige“ Tätigkeit mit besonderen Prämien bedacht wird? — Warum würde sonst der Grubenchef so genaue Listen über die von den einzelnen Aufsichtsbeamten verkauften „Bergmannskalender“ verlangen.

Kleine Tageschronik.

Flughafen Saarbrücken.

Fast unbemerkt von der großen Öffentlichkeit ist auf den Stützweiesen von St. Arnual eine Anlage erstellt worden, die dazu berufen ist, im zukünftigen Verkehrsleben Saarbrückens und des ganzen Saargebietes eine maßgebliche Rolle zu spielen: Der Flughafen Saarbrücken. Wer das Gelände besucht, wird erstaunt sein über die Veränderungen, die dort vor sich gegangen sind. Verschwunden ist alles, was früher den Platz verunzierte, die halbverfallenen Baracken aus der Kriegszeit, die Ablagerungen von Schutt und Abfall, der übertriebene Wassergraben; auch die eine Tribüne des Rennvereins hat weichen müssen. Von allen Unebenheiten befreit, dehnt sich der Platz wie ein glatter grüner Teppich bis zum Saarufer hin, das ihn in Nord und Ost einrahmt. Auf den anderen Seiten sperren Holzgeländer und Warnungstafeln das Fluggelände ab. Der Fußweg zur Brebacher Fähre, der den Platz quer durchschneidet, ist auf die Südseite verlegt. Aus der Mitte des weiten, 480 000 Quadratmeter umfassenden Feldes leuchtet ein großer weißer Kreis von 50 Meter Durchmesser hervor, das Orientierungszeichen für die Flugzeuge. Man gewahrt ferner eine stattliche Schafherde, die mit Eifer der ihr anvertrauten Aufgabe nachkommt, das Gras kurz zu halten und den Boden festzutreten. Eine breite, neuangelegte Anfahrtsstraße führt zum Passagiergebäude und in einer Schleife um dasselbe herum wieder zurück, somit eine glatte An- und Abfahrt von Fahrzeugen auch in Zeiten gesteigerten Verkehrs gewährleistet.

Das Passagiergebäude ist eine Überraschung für sich. Von Stadtbaurat Kruspe entworfen, erhebt es sich als schmucker, einstöckiger Bau auf einem Betonsockel und enthält all die Räume, die zur Abwicklung des Verkehrs, des Zolles und zum Betriebe des Flughafens nötig sind. Von seinem Dache wie von der Stirnwand grüßen die Worte „Flughafen Saarbrücken“. Man betritt zunächst den Aufenthaltsraum für Fluggäste, der mit seinen freundlichen Wänden, den bequemen Korbmöbeln und garbiniertgeschmückten Fenstern einen überaus einladenden Eindruck macht. Alles ist einfach und zweckentsprechend. Welch Unterschied zwischen diesem blühend sauberen Luftbahnhof und den rußgeschwärzten Eisenbahnhöfen! An den Warteraum schließen sich auf der einen Seite die Zollräumlichkeiten an, wo das Gepäck der Fluggäste abgefertigt und Zollgut gelagert wird. Auf der anderen Seite liegen das Geschäftszimmer der Saarbrücker Flughafengesellschaft, die den Flughafen verwaltet, und das Zimmer des Flughafenleiters, Herrn Strauch. Weiter rückwärts sind Räume vorgesehen, für die Funkstelle und Empfangsstation, die Wetterstation, die Flughafenpolizei und die Posthilfsstelle. Das

alles nimmt zusammen nicht mehr als 25,5×8,5 Meter Grundfläche ein.

Die unweit befindliche Flugzeughalle ist älteren Datums, hat jedoch eine durchgreifende Renovierung erfahren. Bei einem Ausmaß von 30×21 Meter und 21 Meter Torbreite vermag sie mittelgroße Verkehrsflugzeuge ohne Schwierigkeit aufzunehmen. Vor dem Tor erstreckt sich eine Zementbahn, auf dem Dach bläht sich der charakteristische Windsack. Eine Tankstelle und eine Reparaturwerkstätte gliedern sich der Halle an, auch eine Heizung fehlt nicht; ein Ventilator verteilt die Heißluft wie ein Riesenföhnapparat durch die Halle, was für gutes Anspringen der Flugzeugmotoren in der kalten Jahreszeit von großer Wichtigkeit ist.

Nur eins fehlt noch, um das Bild zu vervollständigen, und zwar das Wichtigste: Der Luftverkehr selbst. Noch immer bleibt das Saargebiet der Anschluß an das europäische Luftverkehrsnetz vorenthalten, auf den es seit Jahren immer dringlicher wartet. Am 18. April eröffnet die Deutsche Luft-Hansa ihren Sommerbetrieb. Sie hat nicht weniger als vier Linien für Saarbrücken vorgesehen, und zwar

Saarbrücken—Trier—Köln—Düsseldorf—Essen,
Saarbrücken—Frankfurt,
Saarbrücken—Kaiserslautern—Mannheim—Stuttgart und
Saarbrücken—Karlsruhe—Stuttgart—München.

Ob sie verwirklicht werden können, hängt lediglich von der Regierungskommission ab.

Auch auf französischer Seite trägt man sich mit der Absicht, das Saargebiet anzufliegen, wie ein Artikel in der Zeitschrift „L'Auto“ vom 19. Februar d. J. beweist. Dort wird vorgeschlagen, in den bestehenden Luftweg Paris—Straßburg—Prag Saarbrücken einzubeziehen. Aufbringender erscheint freilich eine Verlängerung der Verbindung Frankfurt—Saarbrücken bis Paris, wie es auch der vielbenutzten Schnellzugslinie entspricht. Mit Erstellung der obigen Verbindungen könnte man von Saarbrücken aus in einem Tage Amsterdam, Bremen, Hamburg, Borkum, Nordern, Wangeroog, Kopenhagen, Berlin, Breslau, Prag, Wien, Budapest und Genf erreichen, Anschlüsse nach Paris und London müßten folgen. Aufgabe des Luftverkehrs ist es die Völker zu verbinden. Sollte die Treuhänderregierung des Völkerbundes in der Erfüllung dieser Aufgabe nicht an der Spitze stehen?

★

Saarbrücken. Unter dem Gesamthema „Deutscher Aufbau“ findet von Ausgang April bis Ende Mai in Saarbrücken eine große Vortragsreihe statt. Hierzu haben u. a. Vorträge übernommen, Staatsminister a. D. Severing über den deutschen Volksstaat, Prof. Dr. Hoehsch, M.D.R. über die deutsche Außenpolitik, Staatsminister Dr. Haslinder über Fragen der Landwirtschaft und Ernährungspolitik, Staatsminister Stegerwald über Sozialpolitik, Frau Ministerialrat Dr. Baumer über die Aufgaben der Frau in der Gegenwart, Prof. Dr. Kerschens teiner über aktuelle Erziehungsfragen und Stadtbaurat Mag über die Entwicklung des modernen Städtebaus. Die Veranstaltung wird getragen von den großen Volksbildungsverbänden des Saargebietes und dem Rhein-Mainischen Verbände für Volksbildung. — Der Verein ehem. 70er Saarbrücken und Umgegend, der in seiner ersten Versammlung nach dem Kriege am 14. Juni 1925 einstimmig die Errichtung eines Denkmals für die im Kriege 1914—1918 gefallenen Angehörigen des früheren 8. Rheinischen Infanterie-Regiments Nr. 70 und seiner Feldformationen beschlossen hat, veranstaltet am 30. April 1927, abends 8 Uhr, im städtischen Saalbau Saarbrücken einen Werbes abend zugunsten des geplanten Ehrenmals. Mit der Einweihung des Denkmals ist zugleich eine Wiedersehensfeier aller ehem. 70er in Saarbrücken verbunden.

Merchweiler. Die an der Kaiserstraße gelegene, von der Firma Gebr. Jochum erstellte Backsteinfabrik wurde von dem Syndikat der Rheinisch-Lothringischen Ziegelindustrie aufgekauft. Die Fabrik, die die ganzen Jahre hindurch manchem Familienvater Unterhalt bot, soll, wie verlautet, von dem neuen Besitzer nicht mehr in Betrieb gesetzt werden.

Schiffweiler. Der Gemeinderat hat den sporttreibenden Vereinen ein Gelände am Kohlwald zur Verfügung gestellt, da der bisherige Sportplatz zu Bauzwecken verwendet wird, um einen neuen Sportplatz anlegen zu können. Arbeit des Vereins ist es nun, das Gelände zu einem schönen und brauchbaren Turn-, Sport- und Spielplatz herzurichten.

Limbach. Ein schweres Gewitter mit starkem Hagelschlag erglückte am 26. März über unseren Ort nieder. Der Hagel fiel in einer solchen Menge, daß innerhalb kurzer Zeit Straßen und Plätze damit bedeckt waren.

Welschbach. Der in den 70er Jahren stehende Händler Johann Meiser aus Rasweiler wurde am Spätabend offenbar von dem großen Omnibus, der die Nachtschicht zur Grube befördert, erfasst und tödlich verletzt.

Dillingen. Für den Bau einer Brücke über die Saar spricht sich eine Denkschrift des Landrats an die Mitglieder des Kreistages aus. Darin wird u. a. ausgeführt, daß Dillingen die einzige Gemeinde von Saarbrücken bis Mettlach sei, die noch keine Brücke zu dem andern Ufer hat, obwohl das gegenseitige Ufer nicht ein wirtschaftlich leeres Gebiet, sondern für die Dillinger Großindustrie mit über 8000 Arbeitern sehr bedeutungsvoll ist, wie auch Wallerfangen eine bedeutende Keramikindustrie hat, die ihren Arbeiterbedarf zum großen Teil im Dillinger Hinterland deckt. Die Denkschrift erwartet von der Brücke einen gesteigerten landwirtschaftlichen Absatz vom linken Saarufer nach dem Industrieplatz Dillingen. Jetzt werden z. B. von den in Dillingen täglich zum Verbrauch kommenden 4000 Liter Milch 3985 Liter aus Lothringen geliefert, ferner dürften die jährlich verbrauchten 7000 Stück Schweine und 1850 Stück Großvieh nach dem Bau einer Brücke über die Saar zum größten Teil aus dem Dillinger Vorland auf dem linken Saarufer genommen werden. Weiter erwartet die Denkschrift auch die Erschließung der reichen Bodenschätze des Gaues an Kalk, Gips und Naturstein. Der Bau der Brücke werde somit nicht nur lokale Vorteile bringen, sondern er werde vor allem der Besserung des Arbeiterverkehrs und der wirtschaftlichen Erschließung der Gaugemeinde zur rechten Saarseite dienen.

Beddingen. Ihr 25jähriges Bestehen konnte am 20. März die hiesige Spar- und Darlehnskasse begehen.

Elversberg. Die vor einigen Wochen von der Gemeinde Elversberg eingerichtete Kraftwagenverbindung mit St. Ingbert hat eine günstige Entwicklung aufzuweisen. Nicht nur dient sie den in Heintz arbeitenden St. Ingberter Bergleuten als willkommenes Verkehrsmittel, sondern auch den hiesigen Schülern des St. Ingberter Gymnasiums ist damit der Schulbesuch wesentlich erleichtert worden.

Mittelbergbach. Im vorigen Herbst fand man beim Kartoffelausmachen in Mittelbergbach eine Kartoffel, die in ihrer Form einem Herzen zum Verwechseln ähnlich sah. Dies veranlaßte einige fidele Regellebrüder vom Regellklub „Stolz vorbei“, das Original mit folgenden Versen an den Magistrat der Stadt Heidelberg zu schicken:

1. Es kam auch uns gemach zu Ohren,
Was jeder laut gelungen hat:
Daß irgendwer sein Herz verloren
Auf offener Straße eurer Stadt.
2. Und blieb es lange auch verschwunden,
Was ja für euch sehr peinlich war,
Getroßt, wir haben es gefunden
Zu Mittelbergbach an der Saar.
3. Daß es noch lebte, war recht wacker;
Doch seltsam ist: Wie kam es her? —
Man fand es im Kartoffelader,
Und weiter wissen wir nichts mehr.
4. Ob irgend jemand es verstoßen
Hier zu beerdigen gedacht,
Ob es an seinen Stiefelsohlen
Ein Wandersmann in's Land gebracht...
5. Wie dem auch sei — denn sehr verschieden
Führt uns das blinde Schicksal gern —
Hier ist das Herz, drum seid zufrieden
Und gebt es schleunigst seinem Herrn!
6. Und sollten, wie nicht ausgeschlossen,
Gar mehrere Verlierer sein,
So teilt das Herz hier unverdrossen,
Und kocht es in der Suppe klein.
7. Wie alles dies erledigt werde,
Das steht nun grad in eurer Macht.
Vielleicht, daß diese Frucht der Erde
Noch einen Menschen glücklich macht.
8. Wir geben sie mit edlem Mute
Und hoffen, daß sie nützlich sei —
Es grüßt und wünscht euch alles Gute
Der Regellklub „Stolz vorbei“.

Der Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg hat für die fidele Dichterei der Mittelbergbacher Regellebrüder das richtige Verständnis gehabt. Er sandte ihnen, wenn auch mit einiger Verspätung, den folgenden Antwortbrief: „Zunächst möchte ich um Entschuldigung bitten, daß ich auf Ihre lebenswürdige Gabe und das schöne Gedicht, das Sie uns widmeten, erst jetzt zurückkomme. Eine längere Abwesenheit hat mich verhindert, Ihnen vorher zu danken. Der Dank, der jetzt allerdings verspätet kommt, ist aber nicht minder herzlich. Zurzeit hat sich noch kein Eigentümer des Herzens gemeldet. Auch konnte ich in unserem Kollegium noch keinen gottbegnadeten Dichter finden, der Ihnen eine Antwort auf Ihren poetischen Erguß geben könnte. Vielleicht kommt noch der Geist Gottes über einen oder den anderen. Einstweilen herzlichen Gruß mit dankbarem Gedenken an Ihre deutsche Treue.“

Personalnachrichten.

Oberst a. D. Ferd. Müller-Stettin f.

Die Ortsgruppe Stettin des Bundes der Saarvereine hat, so schreibt uns ihr Vorsitzender, Herr Ober-Regierungsrat Dr. Stegner, einen unersehblichen Verlust erlitten. Am 21. dieses Monats entschlief zu Stettin ganz plötzlich an Herzschlag Herr Oberst a. D. Ferdinand Müller, Ritter des Ordens pour le mérite. Tieferschüttet stehen die Mitglieder der Ortsgruppe an der Bahre dieses in Krieg und Frieden gleich bewährten, ausgezeichneten Mannes. Mit vorbildlicher Treue hing er an seiner Saarheimat, für deren baldige Rückkehr zum deutschen Vaterlande er stets seine ganze Kraft einsetzte; leider war es ihm nicht mehr vergönnt, seinen Wunsch erfüllt zu sehen. Ein treues Mitglied, ein aufrechter deutscher Mann ist unerwartet dahingegangen, dessen Andenken stets in hohen Ehren gehalten werden wird. An der am 25. dieses Monats erfolgten feierlichen Beisetzungs nahmen die abkömmlichen Mitglieder der Ortsgruppe vollzählig teil. (Als alter Schulfreund und Klassenkamerad vom Saarbrücker Gymnasium ist es auch mir ein Herzensbedürfnis, meinem lieben Freunde Oberst a. D. Ferdinand Müller als letzte Ehrung einen Nachruf zu widmen, in dem bestätigt werden kann, daß mit dem Verstorbenen in der Tat ein sehr verdienstvoller Offizier und ein ferndeutscher, aufrechter Mann aus dem Leben geschieden ist. Sein einfaches und schlichtes Wesen hat ihn mit seinen ehemaligen Schulfreunden, Freunden und Kameraden bis zum Tode eng verbunden. Vor dem Kriege hat er, ein geborener Saarbrücker aus dem Stadtteil Burbach, den Bestrebungen des Kreiskriegerverbandes, insbesondere des Artillerievereins vom Stadtteil Malstatt-Burbach das größte Interesse entgegengebracht. In dem Weltkriege hat er als Oberst eines Artillerie-Regiments seinen ganzen Mann gestanden und in der ihm eigenen tapferen und mutigen Weise so Hervorragendes geleistet, daß ihm dafür die höchste und größte Auszeichnung, der Orden Pour le mérite verliehen worden ist. Den Bestrebungen des Bundes der Saarvereine hat er von der ersten Stunde an das größte Interesse entgegengebracht. Seinen saarländischen Charakter und seine heimatlische Sprache hat er nie verleugnet und für jeden geborenen Saarbrücker war es eine Herzensfreude, mit ihm sich in Saarbrücker Mundart unterhalten zu können. Leider sind die Folgen des Zusammenbruchs unseres lieben deutschen Vaterlandes an ihm nicht spurlos vorübergegangen und aus den letzten Unterredungen, die ich mit ihm hatte, habe ich immer wieder entnehmen müssen, wie er seelisch durch das Unglück, daß sein heißgeliebtes Vaterland betroffen, zu leiden gehabt hat. Sein einziges Glück fand er noch in seiner Familie, nachdem er sich vor einigen Jahren mit der Gräfin von Golsch verw. Gräfin von Schlieffen verheiratet hat, die ihm vier Kinder mit in die Ehe gebracht und ihn dann durch die Geburt eines Stammhalters Horst-Ferdinand Müller beglückt hat. Das Andenken an Oberst a. D. Ferdinand Müller wird bei allen, die ihn gekannt haben und die mit ihm in Berührung gekommen sind, stets hoch in Ehren gehalten werden. Th. B.)

Regierungspräsident Dr. von Halfern ist bekanntlich auf Beschluß des Preussischen Staatsministeriums von Hildesheim nach Stettin versetzt worden. Wir haben bereits in unserer Mitteilung über diesen Beschluß davon Kenntnis gegeben, wie sehr sich Herr von Halfern in seinem bisherigen Regierungsbezirk die Sympathien aller Bevölkerungskreise erworben hat. Das wird in besonders eindringlicher Weise bestätigt durch eine vom Magistrat der Stadt Goslar, dem Bürgervorsteherkollegium, dem Gewerkschaftsrat, der Industrie- und Handelskammer, dem Kreishandwerkbund und dem Kreislandbund gemeinsam gefaßten Entschließung an den Preussischen Minister des Innern, in der gebeten wird, von einer Versetzung des Regierungspräsidenten von Halfern abzusehen. In dem Schreiben heißt es, „daß Herr von Halfern es verstanden habe, das Vertrauen der Bevölkerung und Wirtschaftskreise in hervorragendem Maße zu gewinnen. Ein Wechsel in der Person des Regierungspräsidenten würde nicht im Interesse der Stadt liegen und gerade in der jetzigen schwierigen Zeit einen unersehblichen Verlust bedeuten. Der in der heutigen Zeit nicht hoch genug zu werten den Tatsache, daß in einem Regierungsbezirk alle Bevölkerungsklassen, alle Wirtschaftskreise und die Kommunalverwaltungen sich einmütig für die Erhaltung des ersten Regierungsbeamten einsetzen, müsse von der Staatsverwaltung Rechnung getragen werden.“ — Die Kundgebung der Goslarer Körperschaften wird auch im früheren Wirkungsbereich des Herrn von Halfern, im Saargebiet, mit Freude und Genutzuung vernommen werden. Auch wir geben mit großer Genutzuung von dieser Vertrauenskundgebung für Herrn von Halfern Kenntnis, da wir darin eine Bestätigung für unsere wiederholt zum Ausdruck gebrachte Auffassung erhalten, daß Herr von Halfern nicht nur ein tüchtiger Verwaltungsbeamter, sondern auch ein Mann ist, der mit Erfolg bemüht ist, bestehende Gegensätze auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet

mit ebenso viel Geschick wie mit hervorragendem Takt auszugleichen. Diese ausgezeichneten Gaben des Geistes und des Herzens des Regierungspräsidenten von Halsern hat man offenbar auch im preussischen Staatsministerium erkannt, das trotz des begreiflichen Wunsches der wirtschaftlichen und Verwaltungsfaktoren einmütig beschlossen hat, Herrn von Halsern auf den Stettiner Posten zu versetzen, wo die ausgleichende Hand eines Herrn von Halsern erforderlich ist.

Sanitätsrat Dr. Jordans in Saarbrücken konnte vor kurzem auf eine dreißigjährige Tätigkeit als leitender Arzt des katholischen Krankenhauses und im Dienste der Caritas zurückblicken. Aus diesem Anlaß fand im katholischen Krankenhaus Saarbrücken eine Feier statt, an der sich der Kirchenvorstand von St. Johann, die Spitzen der Behörden und die Vertreter der übrigen Pfarreien beteiligten. Im Laufe der Veranstaltung überreichte der Prälat Schelmeyer dem Jubilar den ihm vom heiligen Vater verliehenen St. Gregorius-Orden. Dem gefeierten Jubilar wurden zahlreiche Glückwünsche dargebracht und seine besonderen Verdienste hervorgehoben, darunter auch die als Förderer des Langwied-Stiftes.

Die heimische Schriftstellerin Elisabeth Dill feierte am 28. März ihren 50. Geburtstag. Sie ist mit ihren Romanen, die zum großen Teil ihren Stoff aus der Heimat gezogen haben, weit über die Grenzen des Saargebietes hinaus bekannt geworden. Nicht nur mit ihren Romanen, sondern auch mit ihren zahlreichen Erzählungen, Novellen und Stücken. Gleich mit einem ihrer ersten Werke, dem Roman „Eine von zu Vielen“ (Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart) errang sie durch Aufrollung des tragischen Schicksals der mittellosen, alleinstehenden Frau einen bedeutenden Erfolg, der sich bei den späteren Arbeiten stetig erhöhte. Der seelische Konflikt des immer in politische Wirren verstrickten Grenzländers wird von ihr in stets neuer Beleuchtung behandelt. Die glänzende Milieu- und Menschenschilderung gibt ihren Büchern einen über das Aktuell-Stoßliche hinausgehenden Wert. Eines ihrer letzten Romanwerke ist das auch von uns behandelte, betitelt „Der Grenzpfahl“. Wir freuen uns der literarischen Erfolge unserer heimischen Schriftstellerin und hoffen, daß es ihr vergönnt ist, der deutschen Literatur, vor allem auch auf dem Gebiet saarländischer Heimatschilderung, noch manchen wertvollen Beitrag hinzuzufügen.

Sanitätsrat Dr. Buddenberg †. Der langjährige Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Merzig, Sanitätsrat Dr. Buddenberg, ist in Wiesbaden, wo er zur Kur weilte, gestorben. Er hat in seiner langjährigen Tätigkeit als Direktor der genannten Anstalt in aller Stille, aber sicherlich mit bestem Erfolg gewirkt. Er ist bemüht gewesen, seinen Pflegelingen den Aufenthalt in der Anstalt nach den neuesten Grundsätzen der Irrenbehandlung zu gestalten. Er hatte mit seinen Heilmethoden, die die kranken Nerven und den umfinsterten Geist der Kranken beruhigen sollten, beste Ergebnisse aufzuweisen. Bei jenen Kranken, deren Geist noch nicht völlig erstorben war, ist es ihm gelungen, ihr Vertrauen zu erwerben und damit günstig auf ihren Gemütszustand einzuwirken. Für einen Gesunden ist es nicht die angenehmste Sache, in das Reich dieser Kranken einen tieferen Einblick zu tun, da das Schicksal dieser bedauernswerten Menschen gar zu erschütternd ist. Wer aber aus menschlichem Interesse die Anstalt und ihre Einrichtungen mit ihrem geschulten Personal kennen gelernt hat, war davon überzeugt, daß nicht nur Berufsinteresse des Leiters, sondern sein Herz und seine Seele diesen Kranken gehörte. Die veränderten politischen Verhältnisse im Saargebiet hatten auch den nunmehr verstorbenen Direktor Dr. Buddenberg von der leitenden Stelle dieser Anstalt entfernt. Seine aufreibende Tätigkeit hatte seine Gesundheit inzwischen dermaßen angegriffen, daß er seit langem kranke und jetzt nun sein Leben beendet, da er vielleicht zu spät für die Auffrischung seiner Gesundheit sich einer Kur in Wiesbaden unterzog. Ein roßloser, stiller Arbeiter an den bedauernswerten Geschöpfen der ihm anvertrauten Pflege ist damit aus dem Leben geschieden. Mancher der unter seiner Pflege Geheilten wird ihm im stillen Gedanken seinen Dank abstatten. Er war ein Wohltäter der Menschheit, ein Tröster und Helfer zahlreicher unglücklicher Geschöpfe.

Eine eindrucksvolle Veteranenfeier nahm der Saarbrücker Kriegerverein gelegentlich eines Festabends für die Kriegsveteranen von 1866 und 1870/71 in der 48ger Turnhalle von Saarbrücken vor. Die ordensgeschmückten 40 Altkriegsveteranen, alle 80 und mehr Jahre alt, sowie die für ihre Pflege an Berwandten ebenfalls ausgezeichnete alte Saarbrückerin Fräulein Marschall wurden durch einen schlichten Eichenzweig und einen Blumenstrauß geehrt. Der Marsch „Sie gut Brandenburg allewege“ und ein Festspruch an die Veteranen leitete die Feier ein, die nach den Begrüßungsworten des 1. Vorsitzenden und der Festrede des Pfarrers Reichard von einer echt kameradschaftlichen Stimmung getragen war. Aus den Worten des Festredners sprach glühende Begeisterung für die Taten der alten Veteranen von 1866 und 1870/71. Was sie für uns getan haben, dürfen wir uns nicht nehmen lassen. Unser Volk muß einig sein und bleiben. Nach den Tagen der Novemberrevolution 1918 lag das deutsche Volk geknebelt am Boden. Aber deutscher Geist, deutsche Schaffenskraft, sie haben es fertig gebracht, die Inflation zu be-

siegen und wieder Achtung vor der Welt zu verschaffen. Heute schon sehen wir uns dem Ziele bedeutend näher, dem Ziele, Deutschland die Stellung unter den Völkern zu geben, die ihm gebührt. Und wir hier an der Saar, wir wollen immer treue Grenzwehr halten. Trotz Genfer Fehlschlüssen wollen wir weiter kämpfen für unser gutes Recht. Wir Saarländer, wir waren noch immer von einer ganz besonderen Vaterlandsliebe beseelt. Wollte es Gott, daß bald die Stunde der Freiheit schlägt. Der Redner schilderte dann den Werdegang der Kriegervereine und besprach die Ziele derselben. Wir wollen nicht gegen die Verfassung kämpfen, wir wollen nur Männer an der Spitze des deutschen Staates sehen, die auch befähigt sind, das Staatsruder in die Hand zu nehmen und sicher zu lenken. Zwei Momente, so sagte der Redner, würden ihm nie aus den Gedanken kommen. Ein Gang zu dem Grabe des größten deutschen Staatsmannes Bismarck und der Besuch der Saarbrücker Sänger bei unserem jetzigen Reichspräsidenten Hindenburg. Auch er war Veteran im Weltkrieg und ist nun mit seinen beinahe 80 Jahren dem Rufe des Volkes gefolgt und hat der Republik seine Dienste zur Verfügung gestellt. Was war es ein Anblick, als wir feiernd vor dem Palais des Reichspräsidenten standen, und auf dessen Erscheinen warteten, als dann die hohe ungebeugte Gestalt des greisen Mannes auf der Treppe stand und uns herzlich willkommen hieß. Dieser schlichte, einfache Mann machte einen großartigen Eindruck auf uns. Hindenburg versprach uns, wenn dereinst die Stunde geschlagen hat, an der unser geliebtes Saarland frei wird, in der wir zurückkehren zu unserem Vaterlande, in dieser Stunde, so Gott sie ihn erleben lasse, nach Saarbrücken zu kommen. Mit einem Hoch auf ihn und unser deutsches Vaterland schloß der Redner. Es folgte das Deutschlandlied. Beim Singen der letzten Strophe „Einigkeit und Recht und Freiheit“ hob sich der Vorhang, und unser greiser Reichspräsident stand in lebendem Bilde vor uns. Mit doppelter Begeisterung zeigten sich hierauf unter lebhafter Begeisterung die Veteranen in starrer Haltung auf der Bühne. Gesangsvorträge, turnerische Darbietungen sowie ein flott gespieltes Lustspiel belebten den geselligen Teil. Glückwünsche überbrachten der 1. Vorsitzende des Deutschen Saarkriegerbundes Hoos zugleich im Namen des Veteranenvereins Neunkirchen, sowie Herr Felzen für den Kreis-Kriegerverband Saarbrücken. Außer einer großen Anzahl schriftlicher Glückwünsche waren auch mehrere Telegramme eingeetroffen, u. a. ein solches vom Bund der Saarkriegervereine. Den Veteranen wurde ein Diplom überreicht. Ferner wurden zu Ehrenmitgliedern des Saarbrücker Kriegervereins ernannt: 1. Carl Braun, Bankier, gestorben im Januar 1927; 2. Wilhelm Freudenberger, Anstreichermeister, Saarbrücken 1, Francoisstraße 36; 3. Christian Gansner, Krieger-veteran von 1870/71, Saarbrücken 1, Heuduffstr. 18; 4. Jakob Hendt, Lehrer i. R., Saarbrücken 1, Heuduffstr. 35; 5. Ludwig Fr. Jolas, Kaufmann, Saarbrücken 1, Eisenbahnstr. 13; 6. Hermann Kaul, Werksführer i. R., Saarbrücken 1, Deutschherrnstraße 39; 7. Johann Kleber, Schreinermeister, Wildhof (Kreis Saarbrücken); 8. Wilhelm Müller, Gendarmereiwachstmeister i. R., Saarbrücken 1, Kamelestr. 5; 9. Julius Döhler, Lokomotivführer i. R., Saarbrücken 1; 10. Ludwig Meyer, Veteran von 1870—71, Saarbrücken, Bropsteigasse 8; 11. Helmuth Richter, Waisenvater i. R., Saarbrücken 1, Phölerstr. 25; 12. Fritz Schumann, Schreinermeister, Saarbrücken 1, Heuduffstr. 49; 13. Fritz Stüber, Lokomotivführer i. R., Saarbrücken 1, Eisenbahnstr. 58.

Dem Kaplan Rott von der Pfarrei St. Marien in Neunkirchen ist die Pfarrstelle in Glöckbach bei Neuwied übertragen worden. An seine Stelle wurde der Neupfarrer Felix Groß ernannt.

Sein 40jähriges Jubiläum als Bergmann konnte bei bester körperlicher und geistiger Rüstigkeit der im 59. Lebensjahre stehende Bergmann Jakob Groß in Holz feiern. Trotz seines Alters verfährt er noch täglich seine Schicht und verrichtet als Vorbild musterhafter Pflichterfüllung und Knappschaftlichkeit unverdrossen seine schwere Arbeit vor Kohle.

Für 40jährige treue Dienstzeit bei der Feuerwehr ist Herrn Ritt. Schweiher 1 in Eschringen sowie Johann Adt in Ensheim vom Pfälzischen Kreisfeuerwehrverband das Dienstauszeichnungskreuz verliehen worden.

Sein 90. Lebensjahr vollendet am 26. März der älteste Bürger der Stadt Neunkirchen, Schuhmachermeister Christian Durr. Er ist noch in vollem Besitz seiner geistigen und körperlichen Frische, so daß er alltäglich ohne Brille seine Zeitung liest und auch noch leichtere Arbeiten verrichtet. Die Anteilnahme eines großen Bekanntenkreises an seinem Ehrentage bewies, wieviele Freunde er sich erworben hat. — Ihren 80. Geburtstag feierte Frau Luise Fickel in Saarbrücken, Karcherstraße 17.

Seinen 80. Geburtstag konnte der Lokomotivführer a. D. Jakob Höffner in Saarbrücken feiern. Der alte Veteran eines verantwortungsvollen Eisenbahndienstes verbringt die Tage des wohlverdienten Ruhestandes im Altersheim Paul-Marie-Stift. Herr Höffner lebt länger als 60 Jahre in Saarbrücken und erfreut sich in der ganzen Bevölkerung größter Beliebtheit.

Todesfälle. Saarbrücken: Frau Elise Franz, geb. Rosenthal, 67 Jahre. Frau Hil. Endres, verw. Kirst. Frau Anna Hilgeri, geb. Weber, 23½ Jahre. Andreas Kewie, 54½ Jahre. Paul Weber, 50 Jahre. Frau Witwe Mathias Schnitzler, geb. Kiefer, 78 Jahre. Frau Witwe Anna Paulus, geb. Huwig, 68 Jahre. Jakob Hartmann, 59 Jahre. Frau Marg. Westenburger, geb. Leiner, 24 Jahre. Frau Witwe Karl Sprengart, geb. Wilhelmine Ebert, 62 Jahre. Frau Margarete Wagner, geb. Knaupp, 71 Jahre. Frau Luise Norheimer, geb. Müller, 70 Jahre. Carl Cornelius, 51 Jahre. Frau Witwe Helene Mildau, geb. Gerhards, 42 Jahre. Rüdchen Senft, 16 Jahre. Frau Witwe Josef Hahn, geb. Angela Rupp. Frau Rosa Bergmann, geb. Huch, 70 Jahre. Karl Krieger. Frau Witwe Wilh. Chr. Seibert, Marie geb. Roth, 76 Jahre. Frau Georg Kemm, Marie geb. Bidelmann, 65 Jahre. Fritz Münster, 57 Jahre. Heinrich Saul, 53 Jahre. Karl Winkler, 68 Jahre. Frau Friederike Zimmer, geb. Harig, 55 Jahre. Frau Witwe Auguste Mantz, geb. Kunze, 59 Jahre. Heinrich Saul, 53 Jahre. Frau Witwe Elisabeth Wilhelm, geb. Wittig, 73 Jahre. Frau Witwe Franz Trost, Karoline geb. Biermacher, 68 Jahre. Louis Pasquay, 82 Jahre. Fräulein Emma Gerhard, 53 Jahre. Wilhelm Schlarb, 21 Jahre. Heinrich Kleinschmidt, 67 Jahre. Jakob Hugo Alt, 40 Jahre. Georg Ferdinand Koeßlers, 42 Jahre. Wilhelm Bahrenberg, 54 Jahre. Frau Sofie Diehl, geb. Paul, 67½ Jahre. Nikolaus Brand, 71 Jahre. Franz Joseph Aht, 63 Jahre. Karl Born, 68 Jahre. Frau Hedwig Schneider, geb. Schulte, 47½ Jahre. Frau Witwe Jakob Walter, verw. Kloss, geb. Charl. Schäffler, 70½ Jahre. Frau Wilhelmine Loew, geb. Koerber, 51½ Jahre. Frau Lina Reigert, geb. Schmaus, 55 Jahre. — **Brebach:** Frau Witwe Lud. Schneider, geb. Nips, 76 Jahre. — **Scheidt:** Theobald Emich, 59 Jahre. Heinrich Simon, 62 Jahre. Fräulein Sophia Groß, 39 Jahre. — **Gersweiler:** Paul Schmitz, 53 Jahre. Frau Anna Weber, geb. Prinz, 74½ Jahre. — **Kodershausen:** Nikolaus Reipfinger, 73 Jahre. Frau Maria Ruffler, geb. Beder, 46 Jahre. — **Ludweiler:** Witwe Philipp Guillaume, geb. Schiffmann, 63 Jahre. August Kreiß, 73 Jahre. — **Püttlingen:** Friedrich Wendel Konrad, 45 Jahre. — **Altenwald:** Jakob Maul, 82 Jahre. Friedrich Schramm, 54 Jahre. Frau Witwe Lehrer Franz Schäfer, Katharina, geb. Holzer, 70 Jahre. — **Fischbach:** Sofie Minnich, geb. Jung, 38½ Jahre. — **Hühnersfeld:** Frau Katharina Mildau, geb. Schneider, 59 Jahre. — **Heiligenwald:** Franz Heink, 56 Jahre. — **Wellesweiler:** Frau Witwe Heinrich Müller, geb. Wilhelmine Müller, 76 Jahre. — **Widloch:** Frau Witwe Simon Fellmann, Barbara, geb. Wolf, 80 Jahre. — **Neunkirchen-Saar:** Wilhelm Trost, 43 Jahre. Frau Julie Schale, geb. Burg, 43½ Jahre. Christian Petry, 69 Jahre. Frau Marie Schneider, geb. Biel, 33 Jahre. Frau Witwe Friedrich Paz, geb. Stiefel, 54½ Jahre. Frau Katharina Enderlein, geb. Wagner, 75 Jahre. Joh. Carl Limbach, 72 Jahre. Jakob Lewalter, 80 Jahre. Frau Wilhelmine Klein, geb. Sattler, 57 Jahre. Fräulein Kath. Sahnert, 66 Jahre. Jakob Bolz, 63 Jahre. Frau Katharina Oettinger, geb. Hebenthal, 50 Jahre. — **Wiebelskirchen:** Karl Kehler, 48 Jahre. Frau Witwe Jak. Dill-Müller, Elisabeth, geb. Gröhninger, 79 Jahre. — **Ottweiler:** Philipp Keller, 80 Jahre. Philipp Friedrich Sid, 37 Jahre. Ludwig Diesel. — **Eusdorf:** Nikolaus Schön-Hennrich, 66 Jahre. Frau Wilhelmine Spreuer, geb. Kaster, 59 Jahre. — **Dilsburg:** Frau Witwe Wilhelm Büch, Katharina, geb. Michter, 75 Jahre. — **Saarlouis:** August Wundrad, 58 Jahre. Frau Karl Hegert, Theresie, geb. Ketter, 56 Jahre. — **Gräulautern:** Frau Johann Fontaine, Marie, geb. Winter, 49 Jahre. — **St. Ingbert:** Frau Mathilde Eißler, geb. Laurent, 91 Jahre. Frau Berla Trautmann, geb. Trummer. Heinrich Schöfer, 63 Jahre. — **Wallerfangen:** Frau Margarete Brühl, geb. Jung, 61 Jahre.

Saarwirtschaftsleben.

Der Lohnabbau im Saargebiet.

Der von der französischen Grubenverwaltung und von der saarländischen Eisenindustrie angekündigte Lohnabbau ist am 16. März in vollem Umfange durchgeführt worden. Dem Lohnabbau auf den Saargruben hatten die Belegschaften, wenn auch unter Protest, zugestimmt, so daß vom 16. März ab die Löhne hier um 5 Prozent abgebaut worden sind, während am 15. April der Restabbau durchgeführt werden soll. In der Eisenindustrie war bekanntlich von Seiten der Arbeitgeber gleichfalls ein Lohnabbau in zwei Raten angekündigt worden, jedoch erst von den Gewerkschaftsvertretern in dem vorgesehene Umfang angenommen würde. Die Gewerkschaftsvertreter haben die Verantwortung hierfür nicht übernommen, sondern eine Abstimmung über die Frage eines evtl. Streiks in der Hüttenindustrie durchgeführt,

die aber die erforderliche ¾ Mehrheit für den Streik nicht erreicht. Von etwa 30 000 abstimmenden Arbeitern traten rund 22 000 für den Streik ein. An der erforderlichen ¾ Mehrheit zur Durchführung eines Streiks fehlten etwa 4000 Stimmen. Wenn somit auch ein allgemeiner Streik vermieden wurde, so hat die begreifliche Erregung unter den Arbeitern eine Beruhigung noch nicht erfahren, das um so weniger, als die angekündigte Verteilung des Lohnabbaues in Höhe von 10 Prozent auf zwei Abschnitte innerhalb eines Monats nach den Ankündigungen der Arbeitgeber zurückgezogen wurde und der 10prozentige Lohnabbau sofort mit dem 16. März in Kraft getreten ist.

Wir haben schon in einem früheren Ueberblick auseinandergelegt, daß nach unserem Dafürhalten diese ganze Lohnabbauaktion bei beiderseitigem guten Willen die Schärfe nicht hätte annehmen brauchen, die sie durch die Entwicklung der Verhältnisse erfahren hat. Niemand wird bestreiten, daß die Lage der deutschen Saarländische Industrie äußerst ungünstig ist, daß die Deflationsskriege sich auch lohnpolitisch auswirken muß. Die Verhandlungen mit den Arbeitern haben auch gezeigt, daß diese dieser Lage Rechnung zu tragen gewillt sind, daß sie aber erwarten, daß auch ihrer schwer gefährdeten wirtschaftlichen Lage im Hinblick auf die im Saargebiet herrschende Teuerung Rechnung getragen wird. Auch darauf haben wir schon hingewiesen, daß bei der ganzen Lohnabbaupolitik die französische Grubenverwaltung aus politischen Gründen ihre Hand im Spiele hat, und unter allen Umständen zu verhindern suchte, daß zwischen Hüttenarbeitern und Hüttenindustriellen eine Verständigung herbeigeführt wurde. Jedenfalls muß es bedauert werden, daß jene Gruppe der deutschen Hüttenindustriellen sich nicht hat durchsetzen können, die versucht hat, eine Verständigung mit der Arbeiterschaft zu erzielen.

Eines verdient bei dieser Gelegenheit wieder festgehalten zu werden, daß nämlich die Saarregierung nichts unternommen hat, um einen vermittelnden Ausgleich herbeizuführen. Sie hat sich darauf beschränkt, die Wünsche und Beschwerden der beiden Parteien anzuhören, ohne selbst eine Vermittlungsaktion durchzuführen. Sie ist sogar der allgemeinen Tendenz des Lohn- und Gehaltsabbaues gefolgt und hat sowohl die Gehälter der deutschen Beamten der Saarregierung, wie auch die Löhne der Staatsarbeiter des Saargebietes herabgesetzt. Für eine Völkerbunds-Kommission nicht eigentlich sehr viel in der Richtung einer Betätigung für den sozialen Ausgleich.

Vom Saargbergbau.

Feierschichten und Lohnabbau.

Angesichts der bestehenden Absatzschwierigkeiten hat die französische Saargrubenverwaltung wieder mit Feierschichten begonnen. Am 28. März wurde die erste im gesamten Revier versahren. Diese Maßnahme, die in Anbetracht des am 16. März erfolgten Lohnabbaues von den Belegschaften als überaus drückend empfunden wird, läßt erkennen, daß neben den Auswirkungen der Frankfurter Besserung die allmähliche Rückgewinnung des Absatzmarktes durch die englische Kohlenindustrie sich auch bei den Saargruben bemerkbar macht. In der Tat sind die Halbenbestände der Saargruben, die mit 145 000 Tonnen im November den höchsten Stand des Jahres 1926 erreicht hatten, und im Dezember sich auf 68 000 Tonnen bezifferten, heute bereits wieder auf etwa 300 000 Tonnen angewachsen. In Saarländische Kreisen führt man die starken Ausmaße einer Verschlechterung in erster Linie auf die verfehlte Absatz- und Kohlenpreispolitik der französischen Saargrubenverwaltung zurück. Es macht sich bereits jetzt in Frankreich selbst eine starke Absatzsenkung bemerkbar. Scheinbar hat man auch verkannt, durch Abschluß langfristiger Lieferungsverträge sich gegen die zu erwartende starke englische Konkurrenz nach Abbruch des Bergarbeiterstreiks zu schützen.

Opfer französischen Raubbaues.

Der 23jährige ledige Hauer Koller aus Hargarten Kreis Merzig wurde auf der Grube Division Klarenthal (Fettkohlen-grube Louisenenthal) durch niedergehende Kohlenmassen verschüttet. Er konnte nur noch als Leiche geborgen werden. Koller war der Hauptnährer einer zahlreichen Familie, da die Mutter Witwe ist. — Auf der Grube Ramphausen wurden in einer sogenannten Strebstrecke zwei Hauer und ein Schlepper durch niedergehende Gesteinsmassen verschüttet. Nach längeren Bemühungen gelang es, die Verschütteten noch lebend, aber mit schweren Verletzungen zu bergen. Sie mußten sämtlich dem Nilsbacher Krankenhaus zugeführt werden. — Auf der Grube Maybach verunglückte der Bergmann Schuch aus Gresbach lebensgefährlich. Schuch ist erst vor 14 Tagen als Bergmann auf der Grube angefahren. — Tödlich verunglückte auf Grube Kohlwald der Bergmann Fr. S. aus Ottweiler. Er wurde von einem Wagen zu Tode gequetscht. Der Verunglückte hinterläßt Frau und zwei Kinder.

Die tödlichen Unfälle auf den Saargruben haben im Jahre 1926 abermals eine Steigerung erfahren und zwar um 17 gleich 27,1 Proz. Insgesamt sind 80 Bergknappen gegen 63 i. V. auf den Saargruben als Opfer französischen Raubbaues ums Leben gekommen. Dagegen ist die Zahl der Unfälle mit mehr als vier Wochen Arbeitsunfähigkeit von 2824 auf 2614 zurückgegangen. Die Unfallziffer macht somit 3,7 Prozent der Belegschaft aus, was als äußerst hoher Hundertsatz angesprochen werden muß.

Die Belegschaftsstärke auf den Saargruben hat im Jahre 1926 um 1771 Mann zugenommen; sie betrug Ende Dezember 77 472 gegen 75 701 Mann zu Beginn des Jahres. Die Zahl der Bergarbeiter unter und über Tag und in den Nebenbetrieben wird mit 73 807, die der Angestellten und Beamten mit 3665 angegeben. Die Zahl der Untertage-Arbeiter betrug 55 762.

Vom „Bund der Saarvereine“.

Saar- und Pfalz-Verein Ortsgruppe Leipzig des Bundes Saar-Verein. Im überfüllten Karzer des Thüringer Hofes sprach am vergangenen Freitag Frau Prof. Schmidt-Bidemann-Chernig, eine Saarländerin, über Land und Leute an der Saar. Die Geschichte des Saarlandes leitete den Vortrag ein und dann entrollte die sehr geschickte Rednerin ein Bild des Leidens der Bevölkerung an der Saar und in der Pfalz mit dem Ausgangspunkte, daß die Bewohner an der Saar trotz aller Leiden und Bedrückungen zu den treudeutschesten Stämmen des Reiches gehört. Der 1. Vorsitzende, Ing. Sester, sprach im Anschluß an den fesselnden Vortrag über den Völkerbund, der dem treudeutschen Volke an der Saar und in der Pfalz kein Gehör schenke. Der Bevölkerung beizustehen und ihr zu danken für die bisher gehaltene Treue war das Versprechen, das die Versammelten feierlich gaben, dem dann das Deutschlandlied folgte. Von besonderer Bedeutung war noch die Ausführung des 2. Vorst. des Vereins, Reichsgerichtsrat Linz, über die letzte Vorstandssitzung des Bundes in Berlin, in welcher besonders Vertreter aus dem Saargebiet selbst anwesend waren und aufklärende Beiträge gaben.

S Saarverein Ortsgruppe Köln. In unserer zahlreich besuchten Februar-Monatsversammlung begrüßte der 1. Vorsitzende die Erschienenen und ehrte vorerst das so plötzlich verstorbene Mitglied unserer Ortsgruppe, Herrn Fritz Schulz, welcher dem Verein seit dem Gründungstage als Mitglied angehörte. Die Ortsgruppe beteiligte sich mit einer großen Anzahl Mitglieder an der Beerdigung. Den Hinterbliebenen wurden aus der Sterbekasse unserer Ortsgruppe 120 Mark bar ausgezahlt. In seiner Begrüßungsansprache wünschte der 1. Vorsitzende, Herr Weigand, aber auch von allen Mitgliedern, das dem neuen Vorstände durch die Neuwahl entgegengebrachte Vertrauen durch noch besseren Besuch der Monatsversammlungen zu stärken und dadurch das Vereinsleben unserer Ortsgruppe noch mehr zu heben. Nach Verlesung der Niederschrift über die Jahresversammlung wurden die weiteren Punkte der Tagesordnung sowie eine Anzahl eingegangener Anträge erledigt. Die Versammlung konnte hierauf in den mit großer Spannung erwarteten gemütlichen Teil übergehen, welcher die gehegten Erwartungen weitaus übertraf. Den Reigen eröffnete unsere Hauskapelle mit dem von ihr gewohnten Schneid. Ihr folgte als erster Kunstgenuß Herr Dietrich, welcher mit seiner Stimme besonders unsere Damenwelt sehr erfreute. Der Erfolg blieb nicht aus und die Teilnehmer konnten an diesem Abend noch mehrmals seiner Stimme lauschen. Nachdem nunmehr das Eis gebrochen war, zog unter den Klängen des Büttensmarsches Herr Winterscheid auf und brachte einen von ihm verfaßten Schlager „Die Sterbekasse“. Der Vortrag genügte, um die Wogen des Frohsinns hochgehen zu lassen. Einen weiteren Kunstgenuß brachte uns Herr Sunding mit seinem „Sänger vom Rhein“ und anderen von ihm vorgetragenen Liedern. Er ist der Ortsgruppe Köln kein Unbekannter und von allen ein gern gesehener Gast. Ihm folgte das Mitglied Herr Steffen und brachte mit viel Humor „Frau Neureich“ zum Vortrag sowie verschiedene andere humoristische Vorträge. Auch unser 2. Vorsitzender Herr Jacobs brachte Humorvolles zu Gehör. Reicher Beifall lohnte die Vortragenden für ihre Darbietungen. Alle wetteiferten an diesem Abend durch weitere Vorträge für die Unterhaltung unserer Mitglieder und alle Teilnehmer konnten vollauf befriedigt über den gut gelungenen Verlauf der Februarversammlung spät nach Mitternacht den Heimweg antreten. — In der am Mittwoch abgehaltenen Monatsversammlung dankte der 1. Vorsitzende den Er-

schienenen für das rege Interesse an unserem Saar-Verein. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles hielt der gemütliche Teil die Anwesenden noch einige Stunden zusammen. Die Ausgabe der neuen Mitgliedsbücher erfolgt bis zur nächsten Monatsversammlung am 6. April 1927. Gleichzeitig mit den Mitgliedsbüchern gehen den Mitgliedern auch die Statuten der Sterbekasse unserer Ortsgruppe zu.

S Ortsgruppe Dortmund des Bundes der Saarvereine. Der Vorsitzende der Ortsgruppe, Herr Oberbergamts-Direktor Dr. Weise, eröffnete gegen 6 Uhr die in Anbetracht des Volkstrauertages nur mäßig besuchte, am 13. März 1927 im Restaurant Berghoff, Körnerplatz, stattfindende Versammlung. Er bittet die Versammlungsteilnehmer, mit Rücksicht auf den Volkstrauertag mit einer kurzen Versammlung vorlieb zu nehmen. Hierauf kam der Versammlungsleiter auf den Volkstrauertag, der alle Deutsche an die 1 800 000 gefallenen Volksgenossen und uns Saarländer an die verloren gegangene Saarheimat erinnert, zu sprechen. In ausführlicher Weise schilderte er dann seine persönlichen Erlebnisse als höherer Bergbeamter im Saargebiet zu Beginn und nach Beendigung des Krieges. Er betonte hierbei die geschlossene Einheit sämtlicher deutschen Volksteile zu Beginn des Krieges, dem leider nach Schluß des 4 1/2 Jahre dauernden Krieges eine ebenso große Spaltung gefolgt sei. Wenn man bei den 1 800 000 Gefallenen, so führte der Redner weiter aus, daran denkt, daß einer für den anderen sein Herzblut gelassen hat, so muß es doch heute ebenso möglich sein, daß alle Volksgenossen sich wieder auf einer mittleren Linie treffen und gemeinsam zum Wohle unseres Vaterlandes zusammenwirken, wie dies auch im Saarverein vornehmlich zum Wohle unserer Saarheimat geschieht. In seinen Schlußworten bat der Redner die Versammlungsteilnehmer angesichts der gefallenen Helden zu geloben, jeder an seiner Stelle dazu beitragen möge, die Gegensätze in deutschen Vaterlande zu überbrücken, um am Aufbau des deutschen Vaterlandes mitzuhelfen. Im Anschluß daran berichtete der Vorsitzende Herr Oberingenieur Ost in ausführlicher Weise über die am 18. 2. in Berlin stattgefundene Vorstandssitzung. Der Schluß der Sitzung blieben die Versammlungsteilnehmer noch längere Zeit zusammen um Gedächtnis und Erinnerungen auszutauschen.

Der Bund der Saarvereine, Ortsgruppe Düsseldorf, veranstaltete am 30. März abends im Ritteraal der Tonhalle in Anwesenheit von Vertretern der Behörden eine große Kundgebung. Archivdirektor Dr. Wenzke-Düsseldorf hob in seiner Rede hervor, daß sich das urdeutsche Saargebiet im Laufe der Jahrhunderte stets seinen deutschen Charakter bewahrt habe. Alle Mittel französischer Rheinpolitik hätten hieran nichts ändern können. Der Redner wies auf die Jahrtausendfeier im Jahre 1925 hin und auf die historische Abstammung, durch die die Bevölkerung befundet habe, daß sie in allen Beziehungen mit Deutschland verbunden bleiben wolle. Der Geschäftsführer des Bundes zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, Dr. Schlenker-Düsseldorf, der früher im Saargebiet tätig war, beleuchtete die wirtschaftliche Bedeutung des Saargebiets. In den Saargruben würden zurzeit 75 000 Bergarbeiter beschäftigt und monatlich eine Million Tonnen Kohlen gefördert. Die gesamte Arbeiterzahl im Saargebiet belaufe sich auf 150 000 Köpfe, die mit ihren Familienangehörigen 350 000 Menschen ausmachten bei einer Gesamtbevölkerung von 750 000 Seelen. Eine Saarfrage sei geschaffen worden durch die Lüge Clemenceaus, daß im Saargebiet 150 000 Menschen französischer Rasse vorhanden seien. In Wirklichkeit seien es aber höchstens 10 000. Die Worte des Redners klangen aus in die Versicherung: „Frei deutsch die Saar!“, ein Gelöbniß, das durch die packenden Darlegungen des Pfarrers Rosch-Andernach noch besonders bekräftigt wurde. (kt)

Ingenieur, Saarländer, 45 Jahre alt, verheiratet, mit reichen Erfahrungen auf dem Gebiete der Projektierung, der Ausführung und des Verfahrens von Hüttenwerks-Anlagen, sowie im allgemeinen Hüttenmaschinenbau, selbständiger Konstrukteur und Bauleiter, infolge gänzlicher Stilllegung der Eisenhütte Holstein stellenlos geworden, sucht neuen Wirkungskreis im In- oder Ausland und bittet die Herren landsmännischen Kollegen ihm dabei behilflich zu sein. Gute Zeugnisse und Referenzen vorhanden. Gefl. Angebote an Heinrich Mang, Ingenieur, Rendsburg-Audorf in Holstein.

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. mit der vierseitigen illustrierten Monatsbeilage „Saar-Heimatbilder“. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsliste S. 268) erbitten. In Sonderfällen erfolgt Zufendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein e. V., Berlin SW. 11, Königgräber Straße 94. Fernsprech-Anschluß: Amt Hasenheide 8243. — Bezugspreis monatlich 30 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 665 36 oder auf Deutsche Bank, Depostenkasse O. Berlin SW. 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein e. V.“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erbitten. — Für den Gesamteinhalt verantwortlich: Kurt Meuser, Berlin. — Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein e. V.“, Berlin SW. 11, Königgräber Str. 94; Druck: Deutscher Schriftverlag, Berlin SW. 11.